

WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND



MITTEILUNGSBLATT NR. 1 • 5. JAHRGANG • JANUAR 1953

Der westdeutsche Eisenerzbergbau

— oi — Vom Peildeck aus habe ich oft mit Heinrich Röhde, dem Kapitän der „Johann Schulte“ (vgl. „Wir holen Erz aus Schweden“ in der September-Ausgabe 1952) den Blick über die Schiffsmite mit ihrem Schornstein und ihren Verladebäumen und über das Heck auf die blauen Weiten der Ostsee gleiten lassen. Es war ein Blick, wie ihn das Titelbild zeigt. Damals erzählte mir Röhde, daß er bald ein anderes, neues Schiff seiner Reederei Schulte & Bruns übernehmen werde. Er freute sich darauf. Und doch sprach er davon, daß dieses neue Schiff, die „Melanie Schulte“, keinen glatten Stapellauf gehabt habe; ein alter Seemannsglaube besage, daß einem solchen Schiff leicht Widrigkeiten zustießen. Wer nimmt schon als Landratte einen solchen Seemannsglauben ernst! — Auf der zweiten Erzfahrt dieser „Melanie Schulte“ von Narvik gab das sehr moderne Schiff unter seinem Kapitän Röhde am 21. Dezember 1952 den letzten Positionsfunke. Es ist mit 35 Mann Besatzung verschollen . . . Seemannsglaube, Seemannslos. —

*

8 bis 10 Dampfer sind auf See, um von Narvik oder Lulea Schwedenerz zu holen, von dem unsere Hütte durchschnittlich 40 000 bis 50 000 Tonnen im Monat verbraucht. Die gleiche Menge ausländischen Erzes beziehen wir monatlich aus Afrika, den Ländern des Mittelmeerraumes usw. Zu der augenblicklichen Erzlage erklärt uns der Leiter unserer Rohstoffabteilung, Ernst Schütz:

Erhebliche Steigerung der westdeutschen Eisenerzförderung

Die Eisenerzförderung des Bundesgebietes hat im Jahre 1952 15,4 Mill. t erreicht, wie aus vorläufigen Errechnungen hervorgeht. Die Höhe dieser Förderung wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Förderung im Jahre 1950 noch 10,9 Mill. t betrug. Sie ist also in zwei Jahren um mehr als 50 Prozent gestiegen. Diese Mehrleistung war möglich durch die in gleichem Umfang gestiegene Roheisen- und Rohstahlerzeugung im Bundesgebiet. Aber auch der prozentuale Anteil der Inlandserze am Roheisen ist gestiegen und in den Nachkriegsjahren erheblich höher als vor dem letzten Kriege. Im Jahre 1936 betrug der Anteil an Fe aus Inlandserzen im Roheisen im Altreich 17,6 Prozent. In den Jahren 1950 und 1951 betrug der prozentuale Anteil an Fe aus Inlandserzen im Bundesgebiet 30,9 und 31,0 Prozent.

Es ist bekannt, daß die Mehrzahl der deutschen Erze einen erheblich niedrigeren Eisengehalt aufweist als die Auslandserze, die von den Ruhrwerken zugekauft werden. Die Tatsache, daß heute der Anteil der deutschen Erze am Möller der Ruhrwerke höher liegt als vor dem Kriege, bedeutet deshalb eine Mehranforderung an die Hochofenanlagen, die ihren Ausdruck findet in der Neuerrichtung von Hochöfen. Auch der Bau des neuen Ofens VI auf unserem Werk steht im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, in erheblichem Maße geringhaltige Inlandserze zu verarbeiten.

Die Preise der Auslandserze sind in Ausnutzung der ständig steigenden Roheisen- und Rohstahlproduktion und der damit in Zusammenhang stehenden Mangellage an Eisenerzen in den letzten Jahren rapide angestiegen. Die Preiserhöhung für Kiruna D-Erz frei Dortmund betrug in der Zeit vom 1. 1. 1950 bis 1. 1. 1953 67 Prozent. Demgegenüber haben sich die Preise der deutschen Erze nur entsprechend dem effektiven Anstieg der Förderkosten — z. B. bei Echte-Erz nur um 28 Prozent — verteuert. In Zeiten normaler Auslandserzpreise wird Roheisen aus Inlandserzen in Anbetracht des geringen Eisengehaltes dieser Erze teurer sein als Roheisen aus hochhaltigen Auslandserzen. Zur Zeit liegen aber die Roheisenkosten aus Inlandserzen gar nicht erheblich über den Roheisenkosten aus Auslandserzen. In einigen besonders gelagerten Fällen ist Roheisen aus guten deutschen Erzen sogar billiger als aus schlechten Auslandserzen. Man darf aber nicht vor der Tatsache die Augen schließen, daß bei zurückgehender Konjunktur das Ausland in der Lage ist, seine Erzpreise unter Abbau der zur Zeit erzielten sehr

hohen Gewinne erheblich zu reduzieren, während hierzu die deutschen Erzgruben nicht in nennenswertem Umfang in der Lage sind.

Verknappung der Auslandserze

In der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg hat die Westfalenhütte im Verbrauch von Schwedenerzen unter den Ruhrwerken an der Spitze gelegen. Wir waren dadurch in der Lage, mit verhältnismäßig geringem Hochofenraum eine hohe Roheisenerzeugung darzustellen. Die Verknappung an Auslandserzen und die daraus sich ergebende Notwendigkeit der gleichmäßigen Verteilung auf alle Hüttenwerke machte es uns unmöglich, unseren Einsatz an Schwedenerzen wesentlich über dem der übrigen Ruhrhüttenwerke zu halten. Dies war uns nur in kleinem Umfang möglich. Entsprechend lag auch unser Verbrauch an deutschen Erzen unter dem Ruhrdurchschnitt.

Nachstehend ein Vergleich des prozentualen Anteils an Fe im Möller des Thomasroheisens aus Auslandserzen und Inlandserzen des Durchschnitts der Ruhrwerke mit der Westfalenhütte:

	Ruhrwerke insgesamt %	Westfalenhütte %
Auslandserze		
1950	36,8	43,1
1951	45,1	49,3
1952 (geschätzt)	47	53
Inlandserze		
1950	30,7	28,2
1951	32,5	28,1
1952 (geschätzt)	30	29



Förderturm des Hauptschachtes
der Eisenerzgrube „Echte“, Kreis Osterode

Über die Entwicklung und über die wichtigsten Probleme des deutschen Eisenerzbergbaus stellt uns Herr Bergwerksdirektor Bergrat Horst Weigelt eine größere Arbeit zur Verfügung, der wir entnehmen:

Die wechselvolle Geschichte des Erzbergbaus

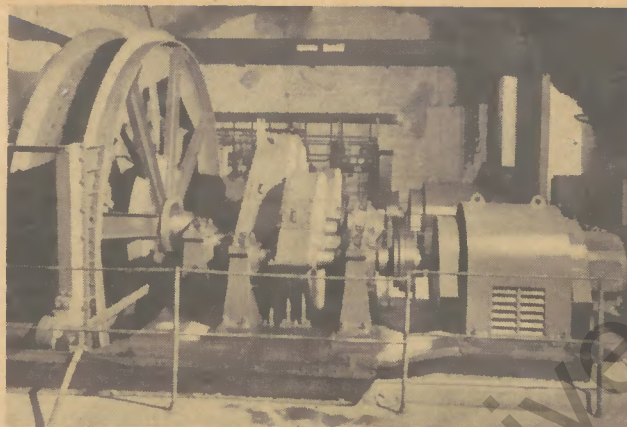
Die Geschichte des „kleinen Bruders“ des deutschen Kohlenbergbaus, des Bergbaus auf Eisenerze in Deutschland, reicht viel weiter in die geschichtliche Vergangenheit zurück als die der Kohलगewinnung, die erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts Bedeutung gewann. Sie ist auch viel wechselvoller als die des Kohlenbergbaus.

Man sagt, daß bereits um die Zeit vor 1000 v. Chr. in Deutschland die Suche auf Eisenerze betrieben wurde. Im Siegerland sollen die dortigen Erzgänge gegen 400 v. Chr. in Abbau genommen worden sein, wobei bereits eine Eisenerzeugung in größerem Umfange stattfand. Römer und Kelten nutzten die Eisenerzvorkommen der Eifel, des Hunsrücks, an Lahn und Dill und im Aachener Bezirk.

Tabelle 1

Die deutsche Eisenerzförderung von 1900 bis 1952

Jahr	Eisenerzförderung — Roherz — (1000 t)	Bemerkungen
1900	12 792	einschließl. lothringische Minette
1913	28 608	
1920	6 362	gesamtes Altreich
1929	6 374	
1932	1 340	
1935	6 043	
1936	7 073	
1937	10 796	
1943	14 283	
1944	9 937	
1946	3 877	Gebiet der Bundesrepublik
1947	4 444	
1948	7 275	
1949	9 112	
1950	10 883	
1951	12 923	
1952	14 500 (geschätzt)	



Fördermaschine

Die Verhüttung der Erze fand regelmäßig in unmittelbarer Nähe des Gewinnungsortes statt. Bei den verhältnismäßig geringen Erzeugungsmengen und dem großen Waldreichtum Deutschlands war die Brennstofffrage kein Problem. Die Erze wurden mit Holzkohle in Gruben oder kleinen Öfen, die aus Lehm oder Steinen hergestellt waren, unter natürlichem Luftzug verschmolzen. Eine Verbesserung der Eisengewinnungsverfahren brachte die Anwendung von wasserangetriebenen Gebläsen. Die Benutzung von Hochofen geht bis auf das 13. Jahrhundert n. Chr. zurück.

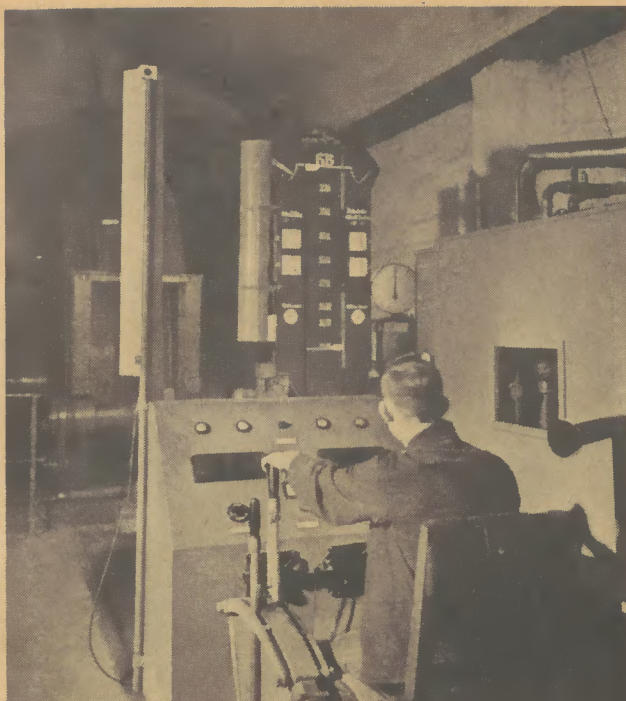
Doch als das Ruhrgebiet entsteht . . .

Eine entscheidende Wende brachte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Anwendung der Stahlgroßerzeugungungsverfahren im Bessemer- und Thomaskonverter, nachdem es bereits vorher gelungen war, Eisenerze in großem Umfange mit Koks im Hochofen zu Roheisen zu verschmelzen und die Hochofentechnik weitgehend zu verbessern. Die Erzbedürfnisse einer an der Ruhr entstehenden Großindustrie für Eisen und Stahl konnten von den damals erschlossenen, vielfach zerstreuten und qualitativ häufig armen und verschiedenartigen deutschen Eisenerzlagerstätten nicht mehr befriedigt werden. Die Nutzbarmachung bedeutend reicherer und größerer ausländischer Eisenerzvorkommen und die Hereinnahme solcher wesentlich reicherer und vorteilhafter zu verhüttenden Auslands-erze brachten den deutschen Eisenerzbergbau in Bedrängnis. Die Eisengewinnung wanderte aus der „Erzgebundenheit“ zum größten Teil nach dem kohlenreichen und für die Erzeinfuhr günstig gelegenen Rhein-Ruhr-Gebiet ab. Dabei mußten viele kleine Inlandshütten ihren Betrieb schließen. Nur auf wenigen deutschen Erzgebieten konnte sich noch eine eigene örtliche „erzgebundene“ Hüttenindustrie halten, wie sie heute durch die Ilseder Hütte, die Maximilianshütte, die Luitpoldhütte, die Buderusschen Eisenwerke, verschiedene Hütten im Siegerland und neuerdings durch das Hüttenwerk Watenstedt im Salzgittergebiet verkörpert werden.

Nach 1870 erhielt der deutsche Eisenerzbergbau jedoch wieder eine bedeutende Grundlage durch die Aufschließung der nach dem Thomasverfahren im großen nutzbar zu machenden, billig gewinnbaren lothringischen Minettevorkommen. Die Förderung erreichte dort unter deutscher Verwaltung ihren Höchststand mit rund 20 Millionen t im Jahre 1913. Damals deckte die deutsche Eisenindustrie ihren



Tagesanlage der Eisenerzgrube „Friederike“ bei Bad Harzburg



Fördermaschinist

Rohstoffbedarf tatsächlich zu etwa zwei Drittel aus dem eigenen Lande, ohne daß dabei die bedeutenden Erz-lagerstätten von Salzgitter erschlossen waren. Die deutsche Gesamterzförderung im Jahre 1913 betrug 28,6 Millionen t. Durch die Abtrennung Lothringens nach dem Versailler Vertrag schrumpfte die deutsche Eisenerzproduktion auf fast ein Fünftel (22,2 v. H.) des bisherigen Umfanges zusammen. Der Import ausländischer Erze, insbesondere aus Schweden, nahm in den folgenden Jahren erheblich zu, während der deutsche Eisenerzbergbau seine Förderung in den 20er Jahren kaum zu steigern vermochte.

Neue Gebiete werden erschlossen

Mitte der 30er Jahre setzten in Deutschland nachhaltige Bemühungen ein, die armen, sauren, jedoch in großem Umfange vorhandenen Salzgittererze sowie die im Doggergebiet Badens, Württembergs und Bayerns vorhandenen Lagerstätten und andere, bisher noch nicht genutzte inländische Eisenerzvorkommen aufzuschließen und unter großzügigem Ausbau entsprechender Betriebsanlagen nutzbar zu machen. Damit sollte im Sinne einer erhöhten Sicherung des inländischen Rohstoffbedarfs der seinerzeitige Verlust der Minettegruben soweit wie möglich ausgeglichen werden. Mehr als 1,5 Milliarden t Erz wurden hierdurch erschlossen und modernste Aufbereitungsanlagen sowie die bedeutenden Watenstedter Hüttenwerke für das sogenannte „saure“ Schmelzen hergestellt. Diese starke Ausweitung des Inlandserzbergbaus kam allerdings zunächst nicht im vorgesehenen Umfang zur Ausnutzung, da die Entwicklung des 1939 ausgebrochenen zweiten Weltkrieges der deutschen Eisenindustrie die Inanspruchnahme des Minettegebietes und anderer ausländischer Erzvorkommen mit reicheren Erzen als den deutschen möglich machte . . .

Eine Übersicht über die Eisenerzförderung seit 1900 gibt Tabelle 1. Sie zeigt erhebliche Schwankungen in den jährlichen Produktionsziffern, die, wie erwähnt, teilweise durch politisch-geographische, teils durch allgemein konjunkturelle und teils durch schwankende Bezugsmöglichkeiten an Ausländerzen bedingt sind. Die derzeitige Gesamtförderkapazität des deutschen Eisenerzbergbaus ist mit rd. 20 Millionen t im Jahr zu beziffern. Sein Jahresumsatz liegt bei nahezu 250 Millionen DM.

Tabelle 2

Die Eisenerzbezirke der Deutschen Bundesrepublik
Roherzförderung 1951 und Eisengehalt der Förderung
Anteil am Gesamtaufkommen

(Eingeklammerte Zahlen beziehen sich auf den Eisengehalt)

Lfd. Nr.	Bezirk	Menge	Roherzförderung	
			Anteil an deutscher Gesamtförderung	Durchschnittl. Eisengehalt der Erze des betr. Bezirkes
		(1000 t)	v. H.	v. H.
1	Salzgitter	4 789	37,0	28,5
		(1 365)	(39,3)	
2	Peine — Lengede	2 161	16,8	23,2
		(501)	(14,4)	
	Lahn — Dill — Waldeck — Sauer-			
3	land — Vogelsberg	1 512	11,6	28,2
	— Taunus — Hunsrück	(426)	(12,3)	
4	Siegerland	1 363	10,6	31,3
		(426)	(12,3)	
	Weser	1 173	9,1	16,9
5	Wiehengebirge Osnabrück	(198)	(5,7)	
6	Harz	739	5,7	21,7
		(160)	(4,6)	
7	Württemberg	681	5,3	26,7
	Baden	(182)	(5,2)	
8	Bayern	505	3,9	42,6
		(215)	(6,2)	
insgesamt Bundesrepublik		12 923	100,0	26,9
		(3 474)	(100,0)	



Vor der Einfahrt

Die Erzversorgungsbedingungen der deutschen Montanindustrie

Deutschlands Anteil an den bekannten Gesamteisenerzvorräten der Welt ist relativ gering, jedoch nicht bedeutungslos. Er beträgt mit z. Z. rd. 2,5 Milliarden t Roherz knapp 2 v. H. An der Weltförderung, die 1951 rd. 300 Millionen t Roherz betrug, ist Westdeutschland z. Z. mit 4,3 v. H. beteiligt. Im Jahre 1913, als die Minettegruben noch zum Deutschen Reich gehörten, war Deutschland mit mehr als 14 v. H. an der Weltförderung, die damals allerdings nur 200 Millionen t betrug, beteiligt. Der deutsche Anteil an der gesamten internationalen Rohstahlerzeugung betrug 1951 6,4 v. H. Wahrscheinlich wird er künftig noch steigen. Die Relation zwischen Rohstahlanteil und Erzförderanteil zeigt, daß der Rohstoffbedarf Deutschlands nicht von den Inlandsgruben allein gedeckt wird. Zu 10,6 Millionen t hüttenfertigen Inlandserzen mit einem Eisengehalt von rd. 3,2 Millionen t, die 1951 von den deutschen Hüttenwerken verschmolzen wurden, mußten noch rd. 6,3 Millionen t Auslandserze mit 3,4 Millionen t Fe-Inhalt hinzukommen, um den Gesamtbedarf zu decken. Der Durchschnittsgehalt der eingesetzten, teilweise aufbereiteten deutschen Eisenerze betrug dabei rd. 30 v. H. Fe, der der ausländischen Erze rd. 55 v. H. Fe.

Standortfrage, wirtschaftliche und organisatorische Bedingungen

Die Eisenerzvorkommen Gesamtdeutschlands liegen fast sämtlich in der Bundesrepublik, d. h. innerhalb der Westzonen. Im Sowjetzonengebiet sind nur wenige Lagerstätten vorhanden, und die dortige Förderung war und ist gering. Die einzelnen deutschen Erzbezirke und die in der Bundes-

Die Fotos wurden uns zur Verfügung gestellt von der „Gewerkschaft Eisenerz Zug“ in Eisfeld-Sieg und der „Sieg-Lahn-Bergbau-GmbH.“, Bergverwaltung Goslar, Bad Harzburg

republik im Jahre 1951 geförderten Roherzmengen nebst dem durchschnittlichen Eisengehalt sind in Tabelle 2 wiedergegeben.

Der größte Förderanteil wird heute durch den seit etwa 15 Jahren in größerem Umfang aufgeschlossenen Salzgitterbezirk bestritten. Dort liegen auch die weitaus größten Eisenerzvorräte Deutschlands. Der niedersächsische Raum ist mit insgesamt nahezu 70 v. H. an dem gesamten deutschen Erzauftreten beteiligt.

Die deutschen Erze sind nach Art und Qualität sehr verschieden. Im Roherz schwanken die Eisengehalte der einzelnen Gruben zwischen etwa 15 und 50 v. H. Sie liegen



Vor Ort



Am Bohrgerät

im Durchschnitt nicht unerheblich niedriger als die auf dem internationalen Markt angebotenen Erze. Die Nebenelemente der deutschen Erze sind hauptsächlich Kalk oder Kieselsäure. Überwiegenden Kieselsäuregehalt führen insbesondere die „sauren“ Salzgittererze und die süd-deutschen Doggererze. Soweit technisch möglich, wird die Kieselsäure als unerwünschter Ballast durch Aufbereitungsverfahren abgestoßen, die in den letzten 15 Jahren in besonderem Maße fortentwickelt wurden. Kalk ist metallurgisch für die deutschen Hütten im allgemeinen ein erwünschter Eisenbegleiter, so daß kalkige (basische) Erze heute teilweise sogar mit Eisengehalten von nur etwa 15 v. H. in beträchtlichen Mengen gefördert werden (Wiehengebirge). Besonders hochwertig sind die manganhaltigen, phosphorarmen Spateisenerze des Siegerlandes, deren Metallgehalt durch Röstung und Aufbereitung bis auf insgesamt 60 v. H. Fe und Mn angereichert werden kann. Von der gesamten deutschen Roheisenförderung werden etwa 55 v. H. durch Aufbereitung angereichert, ehe sie in den Hochofen eingesetzt werden. Eine starke Vorbelastung des deutschen Eisenerzes für die Hochöfen bedeutet neben dem durch seinen Schlackenreichtum bedingten hohen Koksverbrauch die meist langen Bahntransportwege von der Grube zur Hütte, wobei allerdings die von der Bundesbahn eingeräumten Ausnahmetarife merkliche Erleichterung bieten.

Zweifelloos üben die meist eisenreicheren Auslandserze, soweit sie frei am Markt erhältlich sind, wegen ihrer in vielen Fällen billigeren Roheisenselbstkosten einen Druck auf den Inlandserzbergbau aus, der sich in der Vergangenheit teilweise recht ungünstig auswirkte. Die Lage ist hier ähnlich wie beim deutschen NE-Metallbergbau, der inländischen Erdölgewinnung und schließlich auch in der deutschen Landwirtschaft. Deshalb besteht auch für deutsche Erze bis auf wenige Ausnahmen keine Exportmöglichkeit. Andererseits hat besonders in den letzten zwei Jahrzehnten die Entwicklung der Aufbereitungstechnik und der Zugutemachung deutscher Erze vielfach so erhebliche Fortschritte gemacht, daß damit die Konkurrenzfähigkeit wenigstens einer Reihe von Erzsorten wesentlich gehoben wurde.

Die Lage auf dem internationalen Eisenerzmarkt

Sie hat sich heute gegenüber den vor einigen Jahrzehnten gegebenen Verhältnissen nicht unerheblich verändert. Die Eisen- und Stahlproduktion der Welt wurde erheblich ausgeweitet, und entsprechend steigerte sich die Nachfrage nach Eisenerz. An erster Stelle stehen hierbei die USA. Aber auch Frankreich und England haben ihre Stahlherstellungskapazitäten gesteigert bzw. sind bemüht, dies noch weiter zu tun. Viele Länder, die früher reine Rohstoffexportländer waren, wollen diese Rohstoffe heute selbst verarbeiten, bewirtschaften oder sie sich für die Zukunft sichern. Die Freizügigkeit der Rohstoffe ist stark eingeschränkt, und weltwirtschaftliche Zweckmäßigkeiten verlieren an Geltung. Zahlreiche in den letzten Jahrzehnten zu nationaler Selbständigkeit gelangte Völker sind bestrebt, eigene Eisen- und Stahlindustrien aufzubauen. Die reichen Eisenerzvorräte der USA sind im Schwinden. Schon heute führen die USA erhebliche Erzmengen aus anderen Ländern ein. Am schwedischen Eisenerz ist heute eine wesentlich größere Abnehmerzahl interessiert als früher. Gleichzeitig wurden die Preise stark erhöht. Ob Minette in größerem Umfange auch nach Wirkwerden des Schuman-Planes auf den deutschen Markt kommt, muß im Hinblick auf die stark gestiegenen eigenen Rohstoffbedürfnisse der französischen Stahlindustrie und den Mangel an Bergarbeitern zweifelhaft sein. Gegebenenfalls werden wahrscheinlich in erster Linie Posten von weniger begehrter kieselsäurehaltiger Minette auf den Markt kommen.

Die OEEC hält den Ausbau und die Fördersteigerung auch aus den armen Eisenerzlagern für notwendig; ein Bestreben, das nicht den einhelligen Beifall der Hüttenindustrien findet, deren Hoffnung darin besteht, immer noch billigere reiche Auslandserze zu bekommen. Die in fortwährender Entwicklung begriffene Verbesserung der Aufbereitungs- und Verhüttungsmethoden für arme Erze und die zunehmende Entwicklung der für Großförderung besonders geeigneten niederdeutschen Erzvorkommen bedeutet eine positive Chance des deutschen Eisenerzbergbaus. Trotz aller Schwierigkeiten und naturhaft bedingten Benachteiligungen wird dabei der deutsche Eisenerzbergbau in Zukunft nicht das Aschenbrödel unter den Rohstofflieferanten der deutschen Eisen- und Stahlindustrie zu sein brauchen, sondern als Lieferant eines beachtlichen und möglichst gleichmäßigen Grundanteils von Erzen eine wichtige Daueraufgabe zu erfüllen haben.



Am Füllort

Die weitere volkswirtschaftliche Bedeutung des deutschen Eisenerzbergbaus liegt im übrigen darin, daß seine Rohstofflieferungen unabhängig von ausländischen Zufuhrstockungen sind, keine Devisen oder maßgebliche außenhandelspolitische Zugeständnisse kosten und daß seine Betriebe einer beachtlichen Zahl von Volksangehörigen Arbeit und Brot geben. Dieses sozialpolitische Moment darf im Hinblick auf die starke Bevölkerungsdichte von Westdeutschland nicht zu gering eingeschätzt werden.

Die Lage der Eisenindustrie zur Jahreswende 1953

Aus umfassenden Darstellungen der Wirtschaftsvereinigung sollen die markantesten Zahlen und Probleme einmal an dieser Stelle herausgestellt werden, um das Verständnis für die Situation zu vermitteln, in der sich zu Beginn des neuen Jahres die deutsche Eisen- und Stahlindustrie befindet und damit auch unsere Westfalenhütte.

Zunächst kann festgestellt werden, daß sich die deutsche Rohstahlerzeugung in den letzten Jahren in erfreulicher Weise entwickelt hat:

Rohstahlerzeugung der Bundesrepublik	1948	5,6 Mio. t
	1949	9,1 " "
	1950	12,1 " "
	1951	13,5 " "
	1952	15,7 " "

Für 1952 bedeutet dies ein Monatsmittel von etwa 1,31 Mio. t. Die Höchsterzeugung im Monat Oktober brachte sogar 1,462 Mio. t, was einer Jahresleistung von 17,8 Mio. t entsprechen würde. Wenn also für das Jahr 1953 von 18 Mio. t gesprochen wird, so liegt dies nicht außer Bereich der Möglichkeit, zumal das Hamborner Werk „August-Thyssen-Hütte“-A.G. und auch das Hüttenwerk Watenstedt-Salzgitter G.m.b.H. zur weiteren Steigerung beitragen werden.

Es kann weiterhin festgestellt werden, daß die Walzstahlerzeugung des Jahres 1936, sogar einschl. Oberschlesiens und des Saarlandes, nämlich 822 000 t, heute überschritten ist. Im Oktober wurden sogar 1 Mio. t erreicht. Interessant ist hierbei, daß die Erzeugung immer noch unzureichend ist.

Dies erklärt sich daraus, daß die Abnehmer unserer Produktion, die sogenannte weiterverarbeitende Industrie, sich stärker ausbauen und modernisieren konnte, während die eisenschaffende Industrie, also die Hüttenwerke selber, nicht nur unter Kriegsschäden und Rohstoff Sorgen zu kämpfen hatten, sondern auch infolge gebundener Verkaufspreise kaum Überschüsse zur Modernisierung, geschweige denn zum Ausbau aufbringen konnten.

Nimmt man wiederum das Jahr 1936 zum Vergleich, so erreichten die verschiedenen Industriezweige im November 1952 folgende Prozentzahlen:

Gesamte Industrie	167,3 %
Kohlenbergbau	121,4 %
Eisen- und Stahlerzeugung	121,2 %
Eisenverarbeitende Industrie	195,9 %
davon Maschinenbau	201,8 %
Fahrzeugbau	200,7 %
Elektrotechnik	348,9 %
Eisen-, Blech-, Metallwaren	149,6 %

Man sieht aus diesen Zahlen, daß die weiterverarbeitende Industrie der Grundindustrie, also ihren Versorgern Bergbau und Stahlerzeugern, weit vorausgeeilt ist.

Bei dieser an sich erfreulichen Entwicklung, die vor allem durch den Export von Fertigerzeugnissen wesentlich zur Verbesserung der deutschen Außenhandelsbilanz beigetragen hat, kann jedoch vom Standpunkt der Eisenindustrie gar nicht genug betont werden, daß dies einmal durch die gestoppten Eisenpreise möglich wurde — wovon die Weiterverarbeitung den Nutzen hatte —, daß weiterhin den Hüttenwerken der Export beschränkt wurde und z. T. heute noch beschränkt ist, so daß der Ast, auf dem die deutsche Volkswirtschaft wachsen soll, nämlich die Grundindustrien Kohle und Eisen, zwar nicht abgesägt, aber doch im Wachstum gewaltsam beschränkt war.

Wenn heute die Versorgungslücke aus den westeuropäischen Ländern, wo die Stahlindustrie mit amerikanischem Geld z. T. auf modernsten Stand gebracht wurde, gefüllt wird, also durch Import von Stahlerzeugnissen, so ist das eine bedenkliche Entwicklung.

Wenn dazu heute französische Wirtschaftler bemerken, daß die Gefahr bestünde, daß die deutsche Industrie mit französischem Rohstahl bzw. Walzprodukten große Verdienste erarbeiten würde, so muß dies uns — als deutsche eisen-schaffende Industrie — geradezu grotesk anmuten.

Tatsache ist, daß die monatliche Halbzeugeinfuhr von Walzprodukten heute bereits die 100 000-t-Grenze überschritten hat. Wünschenswert wäre, daß diese Versorgungs-

lücke durch die deutsche Eisenindustrie beseitigt werden könnte. Die Probleme sollen kurz in der Entwicklung der letzten Zeit aufgezeigt werden.

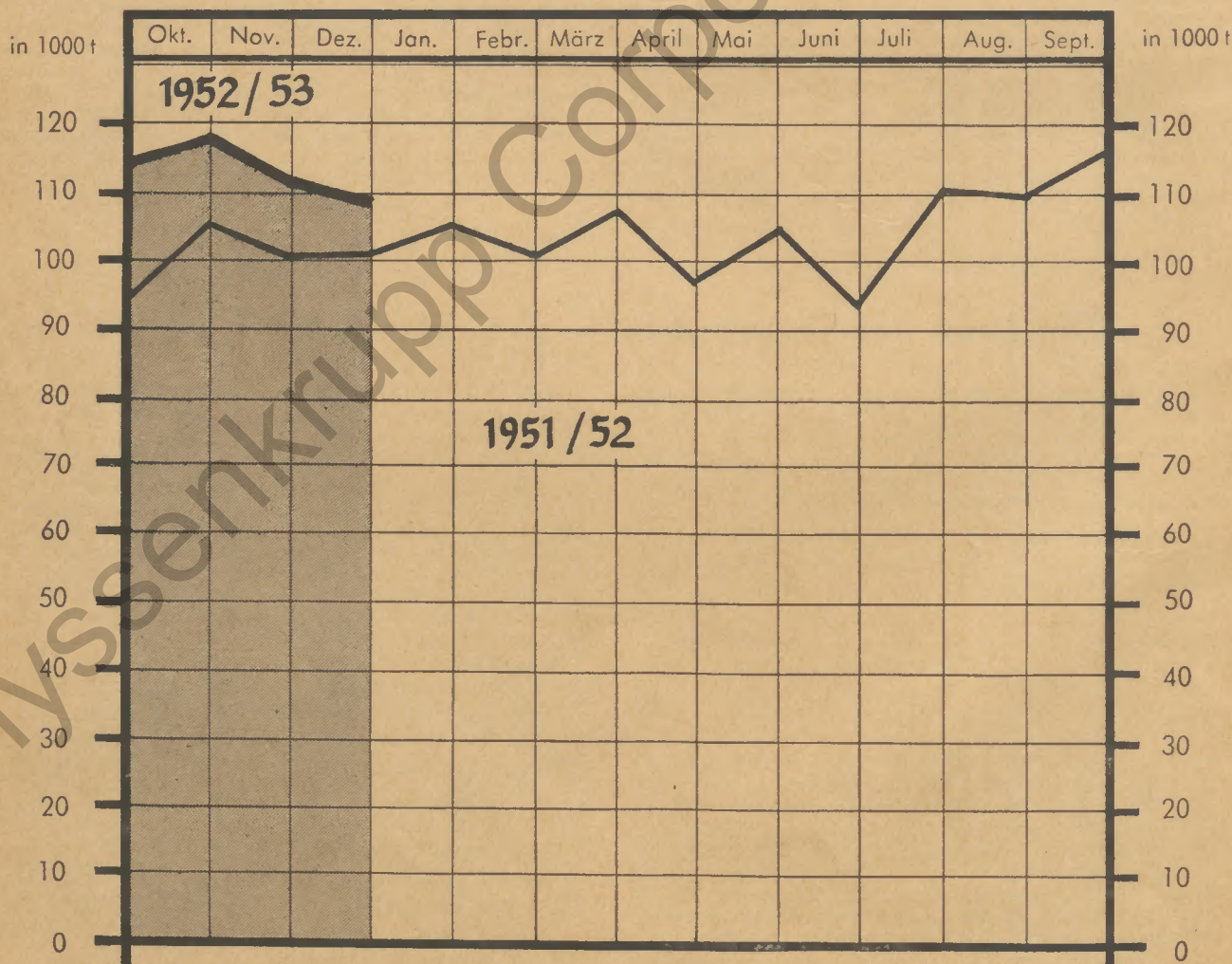
Die Grundlagen für die Rohstahlerzeugung sind der Schrott und das Roheisen, für das Roheisen wiederum das Erz und der Brennstoff, also Koks.

Koks

Die Steinkohlenförderung des Bundesgebietes hat sich von Oktober 1950 mit 9,5 Mio. t auf 11 Mio. t im Oktober 1952 erhöht. Die Eisenindustrie ist an dieser Steigerung nicht in gleichem Maße beteiligt worden, sondern hat ihren Bedarf in steigendem Maße aus amerikanischer Kokskohle decken müssen. An der Versorgung des Jahres 1950 gemessen, beweisen das folgende Zahlen:

	Eisen-Industrie	
	deutsche Richtmengen Oktober 1950 = 100	Anteil der US-Kohle in v. H. des Gesamt-Steinkohlen- und Steinkohlenkoks-verbrauchs
1. Halbjahr 1951	81,1	9,0 %
2. Halbjahr 1951	69,1	24,7 %
1. Halbjahr 1952	87,9	23,7 %
2. Halbjahr 1952	93,1	25,2 %

Unsere Rohstahlerzeugung



Die Eisenindustrie bekommt also heute noch 7 Prozent weniger deutsche, d. h. billigere Kohle im Vergleich zu 1950. Der Anteil an amerikanischer Kohle muß mengenmäßig den Ausgleich bringen, was eine erhebliche Verteuerung für die Erzeugung bedeutet. Es muß darauf hingewiesen werden, daß heute die eisenschaffende Industrie praktisch der einzige Abnehmer der US-Kohle ist. Rund 30 Prozent Anteil des teuren Koks, nur auf den Hochofenverbrauch gerechnet, kann selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Gesamt-Rohstahlkosten bleiben.

Grundsätzlich kann andererseits festgestellt werden, daß der heutige Koksbedarf annähernd gedeckt wird, daß sogar wieder gewisse Koksbestände vorhanden sind — etwa für 10 Tage —, daß aber andererseits die Kokereien heute einen absoluten Engpaß darstellen und bei einer Rohstahlsteigerung ein Ausbau der Kokereikapazität erfolgen muß. Eine Reihe überalterter unwirtschaftlicher Kokereien ist aus diesem Grunde noch in Betrieb. Dies ist z. B. auch bei uns auf der Zeche Kaiserstuhl II der Fall.

Gas

Gekoppelt mit dem Koks-Problem ist die Gasversorgung. Auch diese ist nur zeitweilig ausreichend. Vor allem in den Wintermonaten sind erhebliche Kürzungen um 20 bis 30 Prozent an der Tagesordnung. Durch Ausbau von Kokereien würde auch hier Abhilfe zu erwarten sein.

Die Westfalenhütte wird hiervon weniger betroffen, da seit Herbst 1952 unser Gasbedarf von Kaiserstuhl II fast ganz gedeckt wird.

Erz

Auf dem Weltmarkt, vor allem bei den Schwedenerzen, ist gegenüber den Vorkriegsverhältnissen eine Verknappung eingetreten, da vor allem England und auch Amerika als Käufer in stärkerem Maße aufgetreten sind. Erfreulicherweise konnte in letzter Zeit der deutsche Schwedenerzbezug etwas gesteigert werden:

1951	7,4 Mio. t Schwedenerze
Jan. bis Okt. 1952	8 Mio. t Schwedenerze

Es werden also 1952 etwa 2 Mio. t mehr als im Vorjahr zur Verfügung gestanden haben.

Da vor dem Kriege diese Mengen fast doppelt so hoch waren, mußte diese Lücke über Inlandserz ausgeglichen werden. Die deutsche Erzförderung ist dieser Notlage gefolgt.

Die deutsche Roherzförderung betrug

Monatsdurchschnitt 1951	1,07 Mio. t
1952	1,28 Mio. t

Im ganzen ist aber im letzten Jahr wegen des gestiegenen Gesamtbedarfes an Erzen die Entwicklung wieder nach den Auslandserzen gegangen, die zum Teil im außer-europäischen Ausland gekauft wurden.

	Fe-Anteil kg / t		Roheisen Schrott
	Inland	Ausland	
1951	298	286	120
1952	322	363	103

Bei einer Verminderung der Inlandserzbestände haben die Bestände an Auslandserzen sogar etwas zugenommen. Wenn die Roheisenerzeugung mit den vorhandenen Hochofen gesteigert werden soll, ist der Einsatz größerer Mengen hochprozentiger Auslandserze notwendig, zumal der Schrotteinsatz in dem gegebenen Schrottmangel seine Grenzen hat.

Schrott

Der mit etwa 90 DM bis Anfang des Jahres 1952 festliegende Schrottpreis hatte zu erheblichen Schwierigkeiten in der Schrottversorgung geführt. Nach Freigabe im Mai stieg der Preis sprunghaft auf 170 DM, womit durch Enthaltung der Schrotthandelsläger eine ungewöhnliche Steigerung des Angebotes einsetzte. Die Gründung der Schrott-Vermittlungs-G.m.b.H. führte dann zu vertrag-

lichen Grundlagen der Schrottlieferung, so daß die Entwicklung im Jahre 1952 als befriedigend bezeichnet werden kann. Die Schrottläger sind bei den Werken angestiegen, so daß der Preis ab 1. Januar sogar wieder auf 160 DM zurückging.

Da der Schrottbedarf der Stahlwerke noch nicht ganz gedeckt werden konnte, wurde in gemeinsamer Abstimmung der Stahleiseinsatz in den SM-Stahlwerken etwas erhöht. Er liegt zur Zeit bei etwa 32 Prozent.

Roheisen

Der Ausgleich bei der Versorgung der SM-Werke über Stahleisen war möglich, da das Angebot auch hier im Laufe des Jahres 1952 sich in befriedigendem Ausmaß entwickelte. Dies war vor allem deswegen möglich, weil die Gießereiindustrie in Erwartung rückläufiger Preise auf dem Roheisenmarkt mit Gießereiroheisen zurückhaltend disponierte. Aus diesem Grunde wurde dort zum Teil auf Bestandsreserven zurückgegriffen.

Damit können die Marktverhältnisse beim Roheisen als ausgeglichen angesehen werden. Das Thomas-Roheisen kann ja nicht als Handelsobjekt bezeichnet werden. Es besteht dafür auch kein offizieller Preis.

Das Thomas-Roheisen wird ja im allgemeinen direkt vom Hochofen in flüssigem Zustand in den bei den Thomashütten verfügbaren Konvertern verarbeitet. Da die Erzversorgung im Jahre 1952 noch als ausreichend bezeichnet werden kann, andererseits auch die Koksbestände in gewissem Umfange aufgestockt wurden, kann man hier annehmen, daß nach den gegebenen Hochofen- und Stahlwerkskapazitäten Thomas-Roheisen und entsprechend Thomas-Rohstahl erzeugt wurde.

Rohstahl

Eine Steigerung der Rohstahlerzeugung setzt einmal die Überwindung der Engpässe in der Rohmaterialversorgung voraus, zum anderen die Erstellung neuer Kapazitäten in den Hochofen- und Stahlwerken. Der Weg über das Roheisen, also den Hochofen, erscheint bei dem gegebenen Schrottmangel hier als der richtige.

Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß nach Überwindung der Brennstoff- und auch der Schrottkrise noch Anfang 1952 die vorhandenen Hochofen- und Stahlwerkskapazitäten ausgenutzt wurden. Ein gewisser Schrottmangel wird durch höheren Stahleiseinsatz mit dadurch erhöhten Erzeugungskosten ausgeglichen.

Der Rohstahl wurde bisher noch glatt abgesetzt. Die trotz erreichter Rohstahlhöchsterzeugung nicht ausreichende Erzeugung an Walzwerksprodukten wurde in steigendem Maße durch Einfuhr aus dem europäischen Ausland kompensiert, während der Export von SM-Stahl — von den Hüttenwerken direkt — heute noch begrenzt ist.

Sollte nun die steigende Einfuhr von Walzserzeugnissen zu einer Drosselung der deutschen Rohstahlerzeugung führen, so kann dies zu schwersten Rückschlägen für die Stahlindustrie führen. Aber schon die Tatsache, daß die modernisierte Stahlindustrie der außerdeutschen Länder heute zu billigeren Preisen anbieten kann als die deutschen Werke, und vor allem das Verlangen der weiterverarbeitenden Industrie, nunmehr die Preise zu senken, führt zu bedenkliehen Aussichten für die Zukunft. Denn erst seit kurzer Zeit, nämlich seit der Freigabe der Eisenpreise im Herbst 1952, hat die deutsche Stahlindustrie eine gewisse Aussicht, auch ihre Anlagen zu modernisieren oder zu vergrößern.

Es ist deswegen mehr denn je die Forderung der Stunde, daß wir viel und billig produzieren und auch qualitätsmäßig mit dem Auslande Schritt halten, damit wir unsere deutschen Kunden zufriedenstellen und auf diese Weise halten können und außerdem auf dem gemeinsamen europäischen Markt, der im Rahmen der Montanunion ab Februar zu erwarten ist, konkurrenzfähig bleiben.

— Franksen —

Wirtschaftsaufschwung? Wirtschaftsdepression?

— oi — Wir sind allzumal gern optimistisch. Und wir hätten eigentlich nicht allzu viele Gründe, es zu sein. An anderer Stelle („Blick über die Grenze“) haben wir auf einige neuralgische Punkte der Welt hingewiesen. Auch um uns im engeren Kreis geht es wahrlich turbulent genug zu.

Da hat uns zunächst das vergangene Jahr eine Riesensbürde von Verpflichtungen aufgelastet: Schuldendienst, Wiedergutmachung an Israel, Lastenausgleich, anschwellender Sozialetat. Dazu kommt mit Sicherheit demnächst der Verteidigungsbeitrag.

Tatsache ist, daß sich das Leben zwar für viele gebessert hat, aber längst nicht für alle. Immer noch sind nach Schätzung des Bundesinnenministeriums 14 Millionen Menschen auf Renten und Unterstützungen angewiesen. Dieser breiten Schicht nützen keine schönen Zahlen und blendende Fassaden. Diesen sozialen Sprengstoff entschärft man nicht nur von der Verteilung her. Zunächst muß für das Verteilen mehr verfügbar sein. Dies erreichen wir nur durch eine weitere Steigerung des Sozialprodukts, also der Summe aller wirtschaftlichen Leistungen, und durch gerechte Verteilung. Und daran hapert es ganz gewaltig. Blicken wir zurück, so zeigt die Kurve der Industrieproduktion einen ständigen Anstieg. Im November 1951 stand sie bei 153 v. H. des Jahres 1936, im November 1952 erreichte sie den Rekord von 167. Bei genauerem Zusehen ergibt sich jedoch, daß die Zuwachsrate 1951 mit 11 v. H. größer war als 1952 mit schätzungsweise 8 bis 9 v. H.

Der tiefere Grund hierfür dürfte darin liegen, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft zu einem gewissen Abschluß gelangt ist. Es kommt jetzt darauf an, die Betriebe zu modernisieren und den Rationalisierungsprozeß kräftig anzukurbeln. Aber immer wieder: gerechter Anteil des Mehrwertes und der Mehrerlöse für die Schaffenden — unter gleichzeitiger Preiserabsetzung zur Erhöhung der Massenkaukraft. Diese Stichworte umreißen Aufgabe und Chance des kommenden Jahres.

Die Grenzen sind schon zu sehen

Die Grenzen unseres wirtschaftlichen Wachstums sind schon deutlich zu sehen, stellte die Industrie- und Handelskammer Koblenz in ihrem Jahresrückblick auf 1952 unter Hinweis auf die Tatsache fest, daß einmal die Zuwachsraten des Bruttosozialproduktes ständig sinken und zweitens die Ausdehnung der industriellen Produktion zurückgeht.

Weiter müsse zur Kenntnis genommen werden, daß sowohl das Niveau der deutschen Produktion als auch die Höhe des Sozialproduktes und des Konsums in der Bundesrepublik noch erheblich unter dem Durchschnitt der westeuropäischen Staaten verharren. Es deute sich somit die Gefahr an, daß wir bei einem Produktionsvolumen und einem Lebensstandard stehenbleiben, die viel niedriger sind als die unserer Nachbarn und Wettbewerber. Zum Außenhandel stellte die Koblenzer Kammer fest, daß nicht nur die Einfuhrbehinderungen und die staatlichen Exportförderungen des Auslandes, sondern auch die Verständnislosigkeit deutscher Regierungskreise gegenüber den Erfordernissen der deutschen Ausfuhr schuld an der Entwicklung seien, die im nächsten Jahre die Aktivität unserer Zahlungsbilanz in eine Passivität umschlagen lassen kann.

Der geographische Schwerpunkt des westdeutschen Exports liegt in Europa

Das Weltwirtschaftsinstitut in Kiel erklärt in seinem letzten Halbjahresbericht über die deutschen Exportausichten: Der nach wie vor hohe Stand der Investitionstätigkeit in der Welt spreche dafür, daß der westdeutsche Export sich auch in naher Zukunft auf recht hohem Niveau halten werde, da er sich durch einen großen Anteil an Investitionsgütern auszeichne. Da sich die Rohstoffländer in ihrer Einfuhrpolitik wieder stärker nach der Kreditgewährung ihrer Handelspartner orientieren, komme dem Ausbau der Exportfinanzierung wachsende Bedeutung zu. Der geographische Schwerpunkt des westdeutschen Exports liege jedoch in Europa, wo die allgemeine Importfähigkeit durch die Besserung der „Terms of trade“ eher zu- als abgenommen habe. Alles in allem bestehe kein Anlaß zu der Befürchtung, daß in naher Zukunft mit einer Verringerung des westdeutschen Anteils am Weltexport ge-

rechnet werden müsse. Die Periode des stürmischen Wachstums sei jedoch abgeschlossen und einer Phase der Konsolidierung des gewonnenen Terrains gewichen. Dabei dürfe jedoch nicht übersehen werden, daß im Vergleich zum Vorkriegsstand der westdeutsche Export hinter dem der übrigen großen Industrieländer noch weit zurückgeblieben sei.

Keine Dollarhilfe mehr!

In die ersten Januartage platzt etwas unfreundlich eine halboffizielle Ankündigung für die Bundesrepublik aus amerikanischer Quelle, wonach man von der Form der bisherigen Dollarhilfe im kommenden amerikanischen Wirtschaftsjahr, das am 1. Juli 1953 beginnt, abrücken wird. An sich ist es schon wahr, was immer wieder vom Bundeswirtschaftsminister erklärt wird, daß nämlich der Handel der Bundesrepublik im Konzert der westeuropäischen Länder besondere Fortschritte gemacht hat. Das gilt nicht nur für das Verhältnis zur EZU, das gilt auch — wenigstens vorübergehend — für unsere Dollarbilanz. Eine Reihe unerwarteter und uneinkalkulierbarer Faktoren hat mitgewirkt, sie überraschend günstig zu gestalten, obwohl schon von den Importen des Jahres 1952 nur noch für rund 100 Millionen Dollar auf das Konto der amerikanischen Wirtschaftshilfe kamen, während es 1951 noch 460 Millionen Dollar waren.

Diese Fortschritte aber waren nicht etwa wirtschaftlich oder exportmäßig begründet. Ihre Faktoren waren vielmehr ein erheblicher DM-Eintausch der amerikanischen Besatzungsmacht gegen Dollars, ein erheblicher Anstieg der unsichtbaren Dollareinfuhr, vermutlich auf Grund einer regeren Reisetätigkeit und nicht zuletzt die einmalige Einfuhr nicht unbeträchtlicher Mengen aus dem Dollarraum gegen Bezahlung in Pfund Sterling. Betrachtet man — und das wird in offiziellen Verlautbarungen meist übersehen — den reinen Warenhandel auf Dollarbasis, so erreichte das Defizit des vergangenen Jahres immerhin die beträchtliche Summe von 350 Millionen Dollar. Es ist durchaus nicht der Optimismus berechtigt, daß dieses Defizit durch Mehrexporte nach Dollarländern wesentlich verringert werden kann, zumal der Kampf um den Dollar verschärft entbrennen wird, wenn die seit geraumer Zeit erkennbare Abneigung gegen die bedingungslose Wirtschaftshilfe etwa für ganz Westeuropa zu einer neuen Vergebungsskala führt.

Beunruhigender noch als die Spannung in der Dollareinfuhr ist das angekündigte Versiegen der Gegenwertmittel infolge des Wegfalls der amerikanischen Wirtschaftshilfe. Die Investitionen der Bundesrepublik aus Gegenwertmitteln werden aufhören. Um ihre Bedeutung zu ermessen, muß man sich erinnern, daß aus diesem Fonds fast 3 Milliarden DM investiert sind. Die Gegenwertmittel werden uns vor allem auch deshalb fehlen, weil der deutsche Kapitalmarkt den Gesundungsprozeß der übrigen Wirtschaft nicht geteilt hat. Der Verlust wäre nur dann weniger schmerzlich, wenn die schon so oft vergeblich herbeigewünschten privaten amerikanischen Kapitalgeber wirklich kämen. Offenbar aber scheint die internationale Lage ein solches Wagnis immer noch nicht zu rechtfertigen. Vom finanziellen Status her ist, wenn man die raue Wirklichkeit dem parteipolitischen Zweckoptimismus gegenüberstellt, das wirtschaftliche Bild der Bundesrepublik offensichtlich erheblich überbewertet.

Die Montanunion läuft inzwischen an

Die in ihr zusammengefaßten sechs europäischen Staaten haben im Jahre 1952 42 Millionen Tonnen Stahl erzeugt. Die Vereinigten Staaten erzeugten im gleichen Zeitraum 95 Millionen Tonnen und die Sowjetunion 35 Millionen Tonnen.

Wie in den ersten Januartagen von Wirtschaftssachverständigen der Hohen Behörde der Montanunion bekanntgegeben wird, soll u. a. auf Empfehlung der OEEC relativ kurzfristig eine 25prozentige Produktionssteigerung auf den wichtigsten Sektoren der europäischen Wirtschaft angestrebt und erreicht werden. Diese Empfehlungen über die zur Steigerung der Gesamtproduktion der Mitgliedstaaten zu ergreifenden Maßnahmen erstrecken sich: auf den Kohlensektor (für den für Deutschland im Jahr 1956

eine Kohlenförderung von 150 Mill. t geplant ist); auf die Steigerung der gesamten Elektrizitätserzeugung Westeuropas von 250 Mrd. kWh im Jahre 1951 auf mindestens 350 Mrd. kWh im Jahre 1956; auf die Steigerung der gesamten Rohstahlproduktion Westeuropas auf mindestens 70 Mill. t im Jahr 1956; auf die Steigerung der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung Westeuropas bis 1956/57 auf ein 17 Prozent über dem von 1950/51 oder noch höher liegendes Niveau, dessen Erreichung die Organisation unter Berücksichtigung der Möglichkeit für eine Expansion der Landwirtschaft der Türkei für möglich hält; auf die Erhöhung des Wohnungsbaues, die im Jahre 1956 eine Erstellung von zwei Millionen Wohnungseinheiten pro Jahr für die westeuropäischen Länder erreichen soll, und insbesondere auf die Erzielung größtmöglicher Fortschritte in der Beseitigung einschränkender Vorschriften, Formalitäten und anderer Hemmnisse für die freie Beweglichkeit der Arbeiter in den einzelnen Mitgliedstaaten; sie erstrecken sich auch auf den sinnvollen Einsatz der Arbeitskräfte, auf die Produktivitätssteigerung schlechthin, auf die Verbesserung der Zahlungsbilanz gegenüber dem Dollarraum, auf die finanzielle Stabilität der europäischen Länder und anderes mehr.

Das sind schöne Empfehlungen und Zielsetzungen. Aber man wird eines nicht vergessen dürfen: die Hebung des Wohlstandes der arbeitenden und verbrauchenden Massen. Noch bedarf es bei allen überstaatlichen Einrichtungen, Plänen, Anregungen einer Wandlung des Geistes, um dann auch auf dem politischen Gebiet die geistigen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, die eine Erhöhung des europäischen Sozialprodukts ermöglichen oder es jedenfalls weitgehend beeinflussen und erweitern helfen. Und von dem politischen Geiste haben wir in der Regierungserklärung des französischen Ministerpräsidenten Mayer einen schlechten Hauch verspürt.

Flucht nach vorn

Unter dieser charakteristischen Überschrift finden wir in der Zeitung „Die Welt“ folgende Äußerung:

Diese Fälle der Ent-Fesselungen „auf einen Schlag“ muten an wie eine Flucht — eine Flucht, diesmal nicht zurück in das Gehege einer vom Staate garantierten Sicherheit, sondern wie eine Flucht in die „Freiheit des totalen Risikos“. Wenn man nicht das Gefühl des Fluchtartigen hätte, könnte dies Programm befreiend wirken — aber so beschleicht uns Beklemmung, wie die Freiheit sich auswirken mag, wenn wir an die unstabile innen- und außenwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik denken. Wie soll ein „globale Preisentzerrung“ möglich sein, ohne zu einer Verteuerung der Lebenshaltungskosten und damit zur Auslösung der Lohn-Preis-Spirale zu führen? Wie soll der Kapitalverkehrsausschuß aufgelöst werden, wenn wir noch auf Jahre hinaus an langfristigen Kapitalmangel leiden werden? Wie soll die DM konvertibel gestaltet werden, wenn wir an einer chronischen Dollarlücke leiden und unsere Zahlungsbilanz durch die Schuldentilgung zusätzlichen Belastungen ausgesetzt ist, während gleichzeitig für die nächsten Monate mit steigenden Importen und schrumpfenden Exporten gerechnet werden muß? Wie soll eine „totale“ Gewerbefreiheit funktionieren, wenn Kapitalmangel herrscht und jede Spekulation zu volkswirtschaftlichen Verlusten führt? Wie soll ein Kartellgesetz mit generellem Verbotscharakter volkswirtschaftlich sinnvoll funktionieren können, wenn seine natürlichen Voraussetzungen: ein „Gesetz zum Schutz lauterer Wettbewerbs“ und eine volkswirtschaftliche Rahmenplanung fehlen?

Diese „Flucht nach vorn“ in die „Freiheit“ kann nur allzuleicht in der völligen Unfreiheit enden. Deshalb sollte der freiheitliche Weg besser etwas langsamer, dafür aber mit sicherem Erfolg beschriftet werden.

Oh, die Propaganda!

Man spricht das Wörtchen „frei“ auch aus im Zusammenhang mit der Marktwirtschaft. Nun, wir können uns an dieser Stelle frei wissen von Parteipropaganda; wir können deshalb objektiv sein:

Eine volkswirtschaftlich vernünftige Planung hat mit Zwangswirtschaft, wie sie in den Notjahren 1945—1948 bestand, nichts zu tun. In jedem Betrieb wird geplant, auch

in der Montanunion wird geplant. Die damalige Zwangswirtschaft war eine Folge der Kriegswirtschaft, die die Erzeugung wichtigster Konsumgüter verhinderte — Sowjetrußland und Mitteldeutschland geben uns hier immer noch sichtbaren Beweis — und durch Bevorzugung der unproduktiven Rüstungspolitik trotz Anspannung aller Kapazitäten zwangsläufig zur Bewirtschaftung aller knappen Wirtschaftsgüter führte. Die nach dem Krieg verbliebene Zwangswirtschaft vermochte an diesem Notstand zunächst nichts zu ändern, da tausende Betriebe zerschlagen, alle produktiven Kräfte erschöpft, die staatlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge zerrissen waren und die deutsche Währung vernichtet war. Die Zwangswirtschaft jener Jahre war nichts anderes als eine Notstandsmaßnahme zur Verteilung lebenswichtiger Güter, die zur Versorgung nicht ausreichten und ohne Zwangsbewirtschaftung zum Untergang der nicht geldkräftigen Bevölkerung geführt hätten. Wo der Gütermangel behoben ist — am Tage nach der Währungsreform waren durch ein Wunder sämtliche Geschäfte mit Waren überfüllt —, verlieren Bezugscheine und Rationierungskarten für Konsumgüter selbstverständlich ihren Sinn. — Diese Lesart ist ganz einfach und klar, weil sie ohne Zweckpropaganda ist.

Frei allerdings waren und sind weite Kreise der deutschen Wirtschaft im Verdienst. Sie sind es auf Kosten des Volkes und einer vernünftigen Volkswirtschaft. Beweis sind hier die Investitionen, die allein als Anlageinvestitionen — ohne Lagerinvestitionen — für die Zeit nach der Währungsreform vom WWI auf insgesamt 75 Milliarden DM beziffert werden. Sie sind in übermäßigem Ausmaße gelandet in Gaststätten, Hotels, Banken, Versicherungen und — in der öffentlichen Verwaltung. Sie sind zum großen Teil Fehlinvestitionen, zum Teil, mindestens in der heutigen Situation (Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot, Flüchtlingsproblem usw.), unnötig. Zwei Drittel aller Bruttoinvestitionen wurden über die Selbstfinanzierung durchgeführt. Die wichtigsten Grundstoffindustrien aber wurden in der Investitionspolitik erheblich vernachlässigt.

Man sagt nach einer Faustregel, daß jeder Hüttenarbeiter dafür sorgt, daß 56 Arbeiter in der Weiterverarbeitung beschäftigt werden können. Hieraus erhellt — neben anderen Gründen — die Notwendigkeit, aus allgemein- und volkswirtschaftlichen Erwägungen modernste und leistungsfähigste Hüttenwerke anzustreben. Hier liegt auch die Verpflichtung eines jeden von uns. So sehr uns die Umwelt drückt — und wir sehen uns ja nicht syndikalistisch, nur betrieblich —, so können wir als Betrieb mit dem bisher Erreichten zufrieden sein und insoweit optimistisch in die Zukunft sehen.

Aber die Steuerreform!

Sie ist uns wieder einmal angekündigt. Und sie wäre notwendig. Mit leichter Übertreibung gesagt ist es so, daß der größte Gehaltsempfänger unseres Werkes der Finanzminister ist. Darüber hinaus: die Steuerlast hat sich in erschreckendem Ausmaße auf die Allgemeinheit verlagert. 1951 entfielen 59 Prozent des gesamten Steueraufkommens auf indirekte und 41 Prozent auf direkte Steuern — im Gegensatz zu 1947 mit 49 Prozent indirekten und 51 Prozent direkten Steuern. Die Praxis der Einkommenbesteuerung hat sich immer mehr von dem Grundsatz der gleichmäßigen Belastung aller Steuerpflichtigen entfernt. Auf der einen Seite steht die breite Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, die ihrer Steuerpflicht in vollem Umfange nachkommen muß — auf der anderen Seite erlauben es die gegenwärtigen Gewinnermittlungsvorschriften vielen veranlagten Einkommensempfängern, zu Lasten der Staatsfinanzen einen Teil ihrer Ausgaben für die private Lebenshaltung zu verwenden oder erhebliche steuerbegünstigte Vermögensanlagen zu schaffen.

Aber, wie gesagt: wieder einmal ist eine Steuerreform angekündigt. Wir wollen im Gegensatz zu unserem sonstigen Optimismus hier nicht zu optimistisch sein. Immerhin wollen wir uns alle gegenseitig „ein erfolgreiches neues Jahr!“ wünschen. Das ist ein gesunder optimistischer Wunsch. Und den teilen auch die beiden großen Lager der Wirtschaftler und Politiker, die die heutige Wirtschaftsordnung beibehalten oder die sie geändert wissen wollen. Aber darüber wird die kommende Bundestagswahl, die ihre Schatten vorauswirft, zu entscheiden haben.

Der erste Schritt zum Dollar

Es ist kein Zufall, daß sich nach dem Auslaufen der Marshallplanhilfe die deutschen Bemühungen um die Erschließung neuer amerikanischer Hilfsquellen verstärkt haben. Die Wirtschaft braucht langfristiges Kapital, um ihre Investitionsvorhaben durchführen zu können. Die begrenzte Eigenfinanzierung sowie der Mangel an Fremdkapital, der nunmehr durch die Kapitalmarktförderung beseitigt werden soll, stehen dem Ausbau und der Modernisierung von Industrieanlagen, insbesondere der Schwerindustrie, hemmend im Weg. Auch die Dollarlücke in der Außenhandelsbilanz, die in den vergangenen Jahren durch die ERP-Hilfe überdeckt wurde, fordert Sofortmaßnahmen.

Es ist daher begreiflich, daß die westdeutsche Wirtschaft das erste Ergebnis von Beratungen der ins Leben gerufenen deutsch-amerikanischen Kapitalkommission in New York mit Genugtuung begrüßt. Ohne Übertreibung kann man heute schon sagen, daß sich als Folge der Begegnung zwischen deutschen und amerikanischen Wirtschaftsexperten eine neue Phase des deutsch-amerikanischen Waren- und Kapitalverkehrs anbahnen wird. Die Kommission ist sich darüber einig, daß nach dem Auslaufen der Marshallplanhilfe Deutschlands schwerwiegender Kapitalmangel auf rein geschäftlicher Grundlage beseitigt werden kann, ohne daß die amerikanischen Steuerzahler noch weiterhin belastet werden.

Ebenso bedeutungsvoll wie die grundsätzliche Bereitschaft der in diesem Gremium vertretenen USA-Wirtschaftsführer zur Bereitstellung von langfristigem Privatkapital ist zweifellos die verständnisvolle Haltung gegenüber den deutschen, in erster Linie um die Dollarlücke kreisenden Außenhandelssorgen. Die Kommission erkennt an, daß Westdeutschland Dollar verdienen muß, um seine Einfuhren aus dem Dollarraum finanzieren, seine alten Schulden zurückzahlen und um Dividenden und Amortisationskosten auf bestehende sowie auf neue Investitionen in Dollar bezahlen zu können. Erstmals haben sich führende USA-Wirtschaftsführer dafür ausgesprochen, auf eine Senkung der überhöhten USA-Zölle hinzuwirken.

Es wird noch eine Weile dauern, bis die Empfehlungen der deutsch-amerikanischen Kommission Wirklichkeit werden. Viele Widerstände müssen noch bis zur Niederkämpfung des amerikanischen Zollprotektionismus überwunden werden. Auch die Bundesrepublik hat noch einige Voraussetzungen für das Hereinströmen amerikanischen Privatkapitals zu schaffen. Immerhin ist der erste Schritt für eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern getan, von der ganz Westeuropa profitieren wird.

Ein neuer Hochofen wird gebaut

Direktor Dr. Harr nahm am 19. Dezember 1952 den ersten Spatenstich für den Neubau eines Hochofens vor. Dieser Ofen wird insofern von besonderem Interesse sein, als er in seinen Abmessungen und damit in seiner Leistung über den bisher üblichen Rahmen der europäischen Ofen hinausgeht.

Die Westfalenhütte hat bereits vor dem Kriege fünf Hochofen betrieben, mit einem Ofen in Reservestellung. Insofern bedeutet dieser jetzt begonnene sechste Ofen nur einen Ersatzbau. An der Stelle, wo ein alter im Jahre 1893 gebauter Hochofen bis auf den Grund abgerissen wurde, wird nun ein neuer Ofen entstehen, der die bisherige Größenordnung auch der großen Ofen noch erheblich übertreffen wird. Der an dem neuen Ofen vorgesehene Gestelldurchmesser von acht Meter bedeutet eine Vergrößerung der arbeitenden Gestellfläche und damit auch der Leistungsmöglichkeit.

Ob sich diese größere Kapazität auch in einer größeren Roheisenerzeugung auswirken wird, ist eine Frage der Erzversorgung. Gegenüber einem Vorkriegs-%-Anteil im Möller von etwa 70% hochwertiger Schwedenerze liegen die deutschen Hochofenwerke z. Z. nur bei etwa 30%. Dies bedeutet bei dem bestehenden Schrottmangel einen stärkeren Einsatz deutscher, weniger eisenhaltiger Erze und damit ein schlechteres sogenanntes „Ausbringen“. Dies aber bedeutet bei gleichem Koksdurchsatz weniger Roheisen-Erzeugung. Die vergrößerte Kapazität des neuen Hochofens soll also hauptsächlich dazu dienen, die Verschlechterung in den Erzverhältnissen aufzufangen.

Ein täglicher Koksdurchsatz von etwa 1300 t erfordert bei den heutigen Erzverhältnissen eine Materialzufuhr von täglich rd. 5000 t Koks und Erz, entsprechend 250 Waggons zu je 20 t. Die Bewältigung dieser enormen Materialmenge erfordert die Lösung schwierigster technischer Probleme des Transportes und auch der Erzvorbereitung.

Wiederholte eingehende Studienreisen von Fachleuten unserer Westfalenhütte in Amerika sind der Projektierung dieses Ofens vorausgegangen. Die auch in Amerika unterschiedlichen Erz- und Koksverhältnisse haben die Möglichkeit geboten, hinsichtlich der Auslegung des neuen Ofens eine Wahl zu treffen, die für die deutschen Erzverhältnisse ein Optimum an Leistung erwarten läßt. Andererseits wird die Inbetriebnahme dieses Ofens bei deutschen Verhältnissen Pionierarbeit von den Hochofnern verlangen.

Es kann festgestellt werden, daß der Hochofen von Fachleuten der Westfalenhütte in Zusammenarbeit mit dem deutschen Ingenieurbüro Paul Wolf in Duisburg entwickelt worden ist, wobei die Erkenntnisse aus der amerikanischen Praxis auf die deutschen Verhältnisse Anwendung gefunden haben. Bei dem jetzt begonnenen Bau des Ofens, zu dem ebenfalls nur namhafte deutsche Firmen zugezogen werden, wird auch



eine amerikanische Ingenieurfirma beratend tätig sein, um die amerikanischen Erfahrungen zu verwenden und eine kürzeste Bauzeit zu erreichen.

Der neue Hochofen wird Thomas-Roheisen erzeugen. Bei seiner Inbetriebnahme wird jedoch ein jetzt im Feuer befindlicher Ofen zur Neuzustellung ausfallen. Die Westfalenhütte wird also in ihrer Erzeugung nur die Mehrproduktion des neuen größeren Ofens gegenüber dem ausfallenden Ofen gewinnen. Die damit für den Anfang des Jahres 1954 erwartete Rohstahlerzeugung von 125 000 t wird nicht nur die jetzige Produktion von 115 000 t, sondern auch die Vorkriegsleistung überschreiten.

Block der 600 Millionen

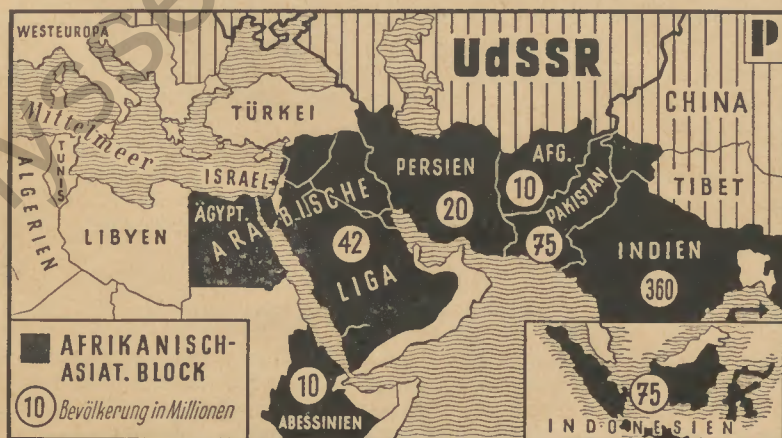
Schon Ende 151 wurde in der UNO eine außenpolitische Zusammenarbeit zwischen den arabischen und asiatischen Delegationen sichtbar. Seitdem hat sich das Zusammengehörigkeitsbewußtsein der Länder zwischen Kairo und Djakarta wesentlich verstärkt. Kerngebiet dieses Blockes ist Indien, das jenseits aller machtpolitischen Aspirationen immer mehr in die Rolle eines Vermittlers zwischen den Fronten des Kalten Krieges hineinwächst. Indien legt Wert darauf, mit Moskau—Peking ebenso gute Beziehungen zu unterhalten wie mit Washington und Westeuropa.

Der westliche Flügel dieses Blockes zwischen dem Mittelmeer und dem Pazifischen Ozean wird von der arabischen Welt gebildet. Die sieben Staaten der Arabischen Liga arbeiten in außenpolitischen Angelegenheiten immer enger mit den übrigen islamischen Ländern und mit Indien zusammen. Zusammengeschweißt werden die arabischen Staaten heute vornehmlich durch ihre gemeinsame Stellung in der Palästinafrage. Mit Unterstützung der asiatischen Staaten gelang es der Arabischen Liga, den von einigen südamerikanischen Delegationen in der letzten Generalversammlung der UNO eingebrachten und von Großbritannien, Frankreich und den USA unterstützten Vorschlag zur Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten zu Fall zu bringen.

Kurz vor Weihnachten fand in Kairo eine Konferenz von zwölf arabisch-asiatischen Staaten statt, die in einer Entschliebung ihre Sympathie mit den Völkern Nordafrikas „in ihrem Kampf für ihre rechtmäßigen nationalen Ziele“ zum Ausdruck brachte und ihren Regierungen empfahl, in Paris gegen die französische Politik in Nordafrika zu protestieren.

Auf dieser Konferenz war auch Indonesien vertreten, das sich ebenso wie Indien nach dem Kriege aus der kolonialen Umklammerung befreite und trotz aller inneren Schwierigkeiten in der östlichen Welt zunehmend an Gewicht gewinnt.

Wenn diese Länder des afrikanisch-asiatischen Raumes auch noch zahlreiche Sonderinteressen vertreten, so sind doch die Anfänge einer Blockbildung deutlich sichtbar. 600 Millionen Menschen, d. h. ein Viertel der Weltbevölkerung, leben in diesem Raum. Im Gleichgewicht der weltpolitischen Kräfte wird eine beträchtliche Verschiebung eintreten, wenn die riesigen Arbeitskraftreserven und natürlichen Reichtümer dieses Raumes erst einmal entwickelt sein werden.



Am Rande der Gesellschaft

Es hat wenig mit sozialem Sinn und nichts mit Taktgefühl zu tun, wenn die Schicht der alten Menschen gewohnheitsgemäß unter Gesichtspunkten ihres wachsenden Anteils an der Gesamtbevölkerung und der entsprechend sich steigernden öffentlichen „Soziallast“ beurteilt wird. Spricht man von Sozial-„Leistung“ statt Sozial-„Lasten“, so verschiebt sich der Akzent, der Gedanke der Produktivität tritt hinzu. Aber der Würde des Alters ist auch dann noch nicht Genüge getan. Es gibt einen Kult des Produktiven, der durchaus unumschlich ist. Zu fragen wäre doch, ob man der erhöhten menschlichen Lebenserwartung nicht mehr abgewinnen kann als eine hinausgeschobene (und gegebenenfalls weiter hinauszuschubende) Produktivitätsgrenze, jenseits derer das ganz und gar Unproduktive liegt.

Dem Alter ist noch kein sozialer Rang zuteil geworden. Man fürchtet es vielmehr, als Kollektivbürde und als Einzelschicksal. Jugend- und Manneszeit stehen im Lichte der öffentlichen Wertung, die Greisenzone liegt auf der Schattenseite. Aber immer deutlicher wird, daß es dabei nicht sein Bewenden haben kann. Das Alter fordert als Lebensstand seine Einordnung in die Gesellschaft und ins gesellschaftliche Bewußtsein. Die Forderung gilt in erster Linie für die städtisch-industrielle Gesellschaft. Hier herrscht der Typ der kleinen und kinderlosen Familie vor, der die Isolierung und Vereinsamung der Alten zum Gegenstück hat; hier tritt auch ihre wenig beneidenswerte und daher gesellschaftlich nicht attraktive materielle Lage krasser zutage.

Eine verdienstvolle Studie des Soziographischen Instituts an der Universität Frankfurt, die einer Zusammenstellung von Thesen und Tatbeständen über die Altersfrage („Das Alter als Lebensstand“) zugrunde liegt, hat dazu Einzelheiten ermittelt. In welchen Grenzen sie repräsentativ sind, müßte durch weitere Untersuchungen geklärt werden. Es ergab sich, daß 59,0 v. H. der alten Menschen (65 Jahre und darüber) für sich allein und 41,0 v. H. mit Kindern oder anderen Angehörigen zusammenlebten. Dabei waren die Alleinstehenden (Einzelpersonen oder Ehepaare) überwiegend auf Renten und Unterstützungen angewiesen, während Pensionen und Einkommen aus Erwerbstätigkeit (bei Selbständigen) zu meist mit dem Einkommen der Kinder oder anderen Angehörigen zusammentrafen. Also: hier Sicherheit des Einkommens im größeren Daseinsverband, dort Armut und Alleinsein.

Fast die Hälfte der Alleinstehenden hatte ein monatliches Einkommen von weniger als 100,— DM. Entblößung von allen kleinen Annehmlichkeiten des Lebens ist die Folge; Unterhaltungsmittel fehlen, man verliert den Kontakt mit dem öffentlichen Geschehen, wird scheu, sperrt sich ab gegen die Mitmenschen. Das Leben dümmert dahin, bis es erlischt. Tragisch das Schicksal der Frauen, die in der Regel ihre Ehemänner überleben, aber oft nicht aus eigener versiche-

runbspflichtiger Tätigkeit einen Rentenanspruch erworben haben. Sie waren ja nur Hausfrauen!

Das hier angesprochene Problem ist insoweit ein sozialpolitisches, wie es die Aufgabe der materiellen Altersversorgung betont. Diese hätte die — kollektive und individuelle — Furcht vor dem Alter zu bannen durch Sicherung des Lebensabends für jedermann, auf eine für jedermann plausible Weise. Der Rest fällt in die Sozialethik. Alter als höchste Lebensstufe, die Muße, Besinnung, Erfüllung des Daseins erwarten läßt — von dieser Vorstellung, wie sie die Studie entwirft, werden wir unter jedem System der sozialen Sicherung weit entfernt sein. Sie generell zu erwarten, wäre zudem unreal, da der Blick des schaffenden Menschen zwar auf die Zukunft, aber nicht aufs Alter gerichtet zu sein pflegt. Die Untersuchung gibt auch keine Wege an, die zu einer Umkehr in der öffentlichen Wertung des Alters führen würden. Indessen möchte es schon genügen, wenn die Tätigen dann und wann durch Haltung und Verhalten der Existenz der Alten um sich herum inne werden, ohne deren Lebensleistung sie heute nicht tätig sein könnten. Es darf keine Ausgestoßenen der Gesellschaft geben. mr.

Unterhalten Sie sich noch mit Ihrer Frau?

Verständnisvolle Gesetzgeber haben andauerndes Schweigen zu einem Scheidungsgrund erhoben. Ein Mann muß mit seiner Frau sprechen, wenn er nicht will, daß sie schlecht von ihm spricht... oder daß sie sich rächt und stundenlang telefoniert.

*

Eine Frau, die den ganzen Tag durch häusliche und mütterliche Pflichten ans Haus gebunden ist, sehnt sich danach, abends dieser erstickenden kleinen Welt zu entfliehen und vom Mann zu erfahren, was los ist, wovon man redet und was man so denkt in der Welt.

Sie sind den ganzen Tag mit beruflichen Diskussionen überschüttet worden und haben zweifellos keine Lust dazu. Sie sehnen sich nur danach, zu schweigen und still zu sein. Erwarten Sie nicht, daß Ihre Frau Sie darin versteht! Sie müssen im Gegenteil fürchten, daß sie Ihnen Ihr Schweigen übelnimmt. Im übrigen stellt eine derartige Unterhaltung keine großen Ansprüche. Könnten Sie nicht laut träumen? (Allerdings nicht ohne Vorsicht!) Sie können von ihrem Kleid reden, von ihrem Aussehen, ihrer Mutter — es spielt gar keine Rolle. Wie der kleine Hansel seine Kiesel, so sollten Sie Worte austreuen, die den gemeinsam durchteilten Weg bezeichnen. Sie brauchen nur wenig zu reden, um ihr die Freude zu lassen, viel plaudern zu können.

*

„Wie die andern“ hat auch Ihre Frau das dringende Bedürfnis, ernst genommen zu werden. Deshalb legt sie ihre Meinungen über alle möglichen Dinge, das Weltall und seine Zusammenhänge dar. Sie tut das mit naiver Dogmatik und mit Widerspruchsgeist, die zwar

BLICK

ÜBER DIE GRENZE: Die politischen Wetterzonen

Die wichtigsten Brennpunkte des weltpolitischen Geschehens im vergangenen Jahr werden auf unserer Karte noch einmal in unseren Blickpunkt gerückt. Wie man sieht, liegen die meisten dieser Brennpunkte am Rande des „roten Kontinents“, dort, wo sich der Festlandkoloß der UdSSR an das offene Weltmeer heranschiebt. In diesem „Unglücksgürtel“ der Erde reiht sich ein Gefahrenpunkt an den anderen.

Über 2½ Jahre hält nun der heiße Krieg zwischen Ost und West in Korea an. Immer noch ist die Frage offen, wie dieser schwere Konflikt beendet werden kann. Der neue Präsident Eisenhower steht hier vor seiner schwierigsten Aufgabe.

Vor 6 Jahren begann der Krieg in Indochina. In den letzten Wochen entwickelte sich hier für die französischen Truppen eine bedrohliche Situation. Frankreich hofft aber, durch eine Verstärkung der amerikanischen Hilfeleistungen im kommenden Jahr in die Lage zu kommen, seine Stellung gegenüber den Vietminh-Rebellen verbessern zu können. Seit 1948 dauern auf der Halbinsel Malaya die Kämpfe der Engländer gegen die kommunistischen Partisanen an. Im letzten Jahr sind aber die Engländer wieder weitgehend Herr der Lage geworden.

Seit 1947 ist die amerikanische Außenpolitik von dem Ziel bestimmt, quer durch den eurasiatischen Doppelkontinent einen Wall gegen kommunistische Aggressionsversuche aufzurichten. Im Fernen Osten sind



Verteidigungspakte der USA mit Australien, Neuseeland, den Philippinen und Japan abgeschlossen worden. In Westeuropa und in Ostasien sind solche Verteidigungslinien errichtet worden, wenn sie auch längst noch nicht stark genug sind. Durch die Aufnahme Griechenlands und der Türkei in den Atlantik-Pakt wurde die Abwehrlinie der westlichen Welt im östlichen Mittelmeer geschlossen. Aber in der südlichen Flanke dieser Abriegelungsfront gähnt eine große Lücke zwischen der Türkei und Burma. Und gerade in dieser Zone entwickelten sich schon 1951 zwei neue Spannungsfelder: Persien und Ägypten. Der Funke fiel in beiden Fällen dicht neben das Pulverfaß. Immer noch ist die Gefahr nicht gebannt, daß diese nahöstlichen Spannungsfelder zu Explosionspunkten werden.

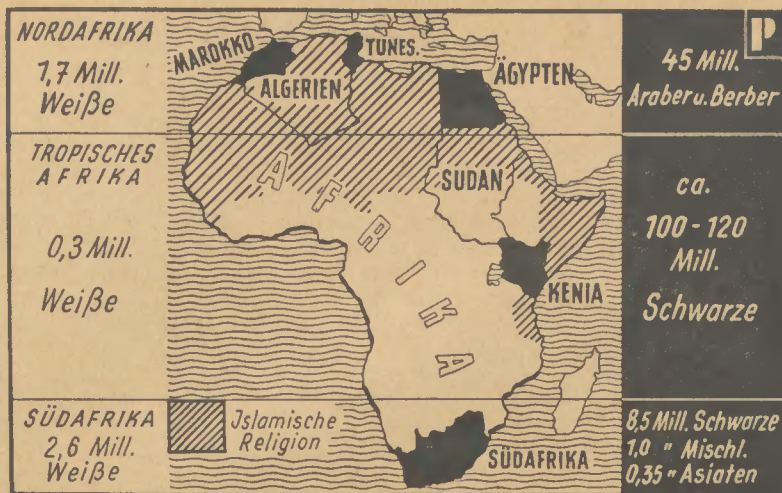
Die Auswirkungen dieser Gärung in der islamischen Welt bekam Frankreich im letzten Jahr in Marokko und Tunis zu spüren.

Die schweren Unruhen in Südafrika und Kenia haben sichtbar gemacht, daß auch die Flut des schwarzen Nationalismus im Steigen begriffen ist.

Und Deutschland schließlich? Wir wissen es: Auch im vergangenen Jahre stand unser Land im Mittelpunkt des großen Ost-West-Konfliktes. Es ist nicht leicht, sagen zu müssen: erst wenn der Westen den Kräfteausgleich wirklich wiederhergestellt hat, wird der Osten die Politik der Überrumpelungsversuche aufgeben.

Afrika in Gärung

Der Prozeß der Schrumpfung des europäischen Kolonialraumes, der nach dem Krieg zunächst die asiatischen Kolonialterritorien betraf, hat jetzt auch den schwarzen Kontinent erfaßt, wo die europäische Herrschaft bisher noch am wenigsten umstritten war.



In Marokko und Tunesien kommt es immer wieder zu offener Rebellion gegen die Protektoratsmacht Frankreich. Eben erst führten die Krawalle in Casablanca zu einem Blutbad.

Die Beziehungen zwischen Großbritannien und Ägypten haben sich nach der Ausweisung des Königs Faruk entspannt. Indessen bleibt das Problem: Suezkanal! Auch das Ägypten des Generals Nagib will so schnell wie möglich die Suezkanalzone der britischen Kontrolle entziehen und die volle Souveränität über das ganze Land erreichen. Eine Lösung der Sudan-Frage, die Ägypten und Großbritannien befriedigen könnte, ist in Sicht.

Kenia: Der Kolonialminister Lyttelton hat vor wenigen Tagen im britischen Parlament zugegeben, daß wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit die atavistische Mau-Mau-Bewegung gefördert habe. Der Prozeß gegen Kenyatta, den wahrscheinlichen Führer des Aufstandes der Kikuyu, ist vorerst vertagt worden.

In der Südafrikanischen Union gärt es seit langem. Im letzten Jahr ist es aber, wie wir alle wissen, zu sehr heftigen Spannungen zwischen Schwarz und Weiß gekommen. Die Zukunft der weißen Rasse in Afrika hängt in hohem Maße von einer konstruktiven Lösung des Eingeborenenproblems in der Südafrikanischen Union ab, die die „Wachstumsspitze“ des europäischen Einflusses in diesem Kontinent bildet. Obwohl die Union an der Gesamtfläche Afrikas nur mit 4% beteiligt ist, leben über 50% aller afrikanischen Weißen in diesem südlichen Zipfel.

Mit der Aufgabe, das Schicksal Südafrikas zu gestalten, ist den Weißen gleichzeitig auch die weit größere Aufgabe anvertraut, den Weg zu weisen, auf dem Afrika und Europa eine Schicksalsgemeinschaft werden können. Schon vor mehr als zwei Jahrzehnten erklärte General Smuts, der hervorragende südafrikanische Staatsmann: „Wenn Schwarz und Weiß in Afrika, ihrer Eigenart gehorsam, sich über einen Plan verständigen könnten, der die gemeinsame Erschließung der Reichtümer dieses Kontinents garantiert, dann würden sie der Zukunft der Menschheit einen großen Dienst erweisen.“

Der rasche Vormarsch des Islam in Afrika ist auch ein Zeichen dafür, daß der Widerstand gegen den weißen Mann, der das Christentum mitgebracht hat, ständig wächst. Schon bekennen sich 70 bis 80 Millionen von den rund 180 bis 200 Millionen Einwohnern Afrikas zum Islam.

*Hast du im Leben 1000 Treffer,
Man sieht's, man nickt, man geht vorbei;
Doch nie vergift der kleinste Kläffer,
Schießt du ein einzig Mal vorbei!*

keinen ernsthaften Diskussionswert haben mögen, über die zu lachen Sie sich aber hüten sollten. Weibliche Eigenliebe ist immer auf dem Sprung und wartet nur darauf, gekränkt zu sein.

Aus „Wenn die Männer wüßten“ von Dominique le Bourg (Perlen-Verlag, Marbach, Neckar)

Verdammte Schmeichler . . .!

Ein Rabe trug ein Stück vergiftetes Fleisch, das der erzürnte Gärtner für die Katzen seines Nachbarn hingeworfen hatte, in seinen Klauen fort. Und eben wollte er es auf einer alten Eiche verzehren, als sich ein Fuchs herbeischlich und ihm zurief: „Sei mir gesegnet, Vogel des Jupiter!“ — „Für wen siehst du mich an?“ fragte der Rabe. — „Für wen ich dich ansehe?“ erwiderte der Fuchs. „Bist du nicht der rüstige Adler, der täglich von der Rechten des Zeus auf diese Eiche kommt, mich Armen zu speisen? Warum verstellst du dich? Sehe ich denn nicht in der siegreichen Klaue die ersehnte Gabe, die mir dein Gott durch dich zu schicken noch fortführt?“ Der Rabe erstaunte und freute sich innig, für einen Adler gehalten zu werden. „Ich muß“, dachte er, „den Fuchs aus diesem Irrtum nicht bringen.“ — Großmütig-dumm ließ er ihm also seinen Raub herabfallen und flog stolz davon. Der Fuchs fing das Fleisch lachend auf und fraß es mit boshafter Freude. Doch bald verkehrte sich die Freude in ein schmerzhaftes Gefühl; das Gift fing an zu wirken, und er verreckte.

Möchtet ihr euch nie etwas anderes als Gift erloben, verdammte Schmeichler!

G. E. Lessing

Wachsendes Ruhrgebiet

Um die Jahreswende 1948/49 hatte die Bevölkerung des Ruhrgebietes, abgesehen von den in die Hunderttausende gehenden Opfer des Krieges und die Zehntausende von Evakuierten, den Höchststand der Vorkriegszeit von 4,35 Millionen überschritten, betrug Mitte 1952 4,78 Millionen und dürfte heute bereits die 5-Millionengrenze überschritten haben. Die Untersuchungen über das Ansteigen ergaben, daß die Zunahme seit Kriegsende 1,5 Millionen betrug und ein Drittel dieses Zuwachses von Heimatvertriebenen gestellt wird. Diese Heimatvertriebenen verteilen sich insbesondere auf Dortmund — das die Spitze hält — mit 53 300, gefolgt von Essen mit 47 300, Gelsenkirchen mit 38 000, Duisburg mit 35 000 und Landkreis Recklinghausen mit 34 900. Ein weiterer günstiger Gesichtspunkt ist die natürliche Bevölkerungszunahme, wobei der Geburtenüberschuß im Ruhrgebiet relativ größer ist als in anderen Bezirken Nordrhein-Westfalens.

Die hier genannten Zahlen beziehen sich (denn eine eindeutige geographische Begriffsbestimmung des Ruhrgebietes gibt es noch nicht) auf das Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk mit 18 Stadt-, 6 Voll- und 3 Teil-Land-Kreisen mit einer Fläche von etwa 4600 qkm.

Stahlproduktion soll 1953 auf 18 Mill. t gesteigert werden

1952 wurden im Bundesgebiet insgesamt 15,8 Mill. t Rohstahl gewonnen, meldet das Statistische Bundesamt. Unter Berücksichtigung dieser Leistung und der Kapazitätsausweitung der deutschen Hütten wurde für 1953 eine Stahlproduktion von 18 Mill. t erwartet.

Weltstahlgewinnung geringer

Die Weltstahlgewinnung im Jahre 1952 wird auf 228,6 Shorttons veranschlagt; das sind 1,3 Mill. sh. t weniger als 1951. Für 1953 wird in den USA eine Stahlproduktion bis zu 118,8 Mill. sh. t erwartet.

Über 123 Millionen Tonnen Steinkohle

Mit einem Jahresergebnis von 123,3 Mill. t wurde 1952 im westdeutschen Steinkohlenbergbau die Vorkriegsförderung des Jahres 1936 (117 Mill. t) um über 6 Mill. t überschritten. Die Mehrförderung gegenüber 1951 betrug 4,4 Mill. t oder 3,7 v. H., während der Förderzuwachs 1951 gegenüber 1950 8,2 Mill. t oder 7,4 v. H. ausmachte.

Die Schwedenerz-Einfuhr

Bei den in letzter Zeit zwischen westdeutschen Hüttenwerken und schwedischen Erzgesellschaften geführten Verhandlungen über die Lieferung von Schwedenerz im Jahre 1953 wurde eine Erhöhung der Bezugsmenge für 1953 auf 6 Mill. t angestrebt gegenüber 5,25 Mill. t im vergangenen Jahr. Schwierigkeiten sollen lediglich noch in der Preisfrage bestehen, da die Preise gegenüber dem Vorjahre erhöht worden sind. Weiterhin müßten sich die deutschen Kohle- und Kokslieferungen nach Schweden erhöhen.

Das größte norwegische Eisenerzbergwerk bei Kirkenes fördert wieder

Die durch den Krieg zerstörten Eisenerzbergwerke der AS Syd Varanger Bergwerksgesellschaft bei Kirkenes (Nordnorwegen) liefern gegenwärtig wieder Erzkonzentrate in einer Höhe, die einer Jahresförderung von fast 1 Mill. t entspricht. Die Förderung ist im Sommer 1951 wieder aufgenommen worden und seitdem in stetem Anstieg. — Die zerstörten Anlagen wurden mit einem Kostenaufwand von 8,25 Mill. Pfund Sterling wieder aufgebaut. Fast das gesamte Erz wird nach Großbritannien und Westdeutschland geliefert.

317 Seeschiffe auf deutschen Werften in Bau

Ende September 1951 befanden sich bei den deutschen Werften 317 Seeschiffe mit einer Gesamttonnage von 805 909 BRT in Bau; davon sind 90 Seeschiffe mit 363 023 BRT für ausländische Auftraggeber bestimmt. Im Jahre 1952 wurden bis einschließlich September fertiggestellt: 137 Seeschiffe mit 135 616 BRT für deutsche Rechnung, 42 Seeschiffe mit 214 872 BRT für ausländische Rechnung.

TECHNIK und PRODUKTION

Das Erzkoks-Verfahren

Es handelt sich bei dem auf den Thyssenschen Gas- und Wasserwerken in Duisburg-Hamborn entwickelten „Erzkoksverfahren“ um ein Verfahren, bei dem man Steinkohlen und Feinerze zusammen vor der Verkokung mischt und diese schüttfähige, aber nicht brikettierte Mischung im normalen Koksofen verkocht. Hierbei entsteht dann „Erzkoks“, der entweder in unmittelbar der Kokerei angeschlossenen Verhüttungsöfen verhüttet oder dem Hochofen zugeführt wird.

Die Entwicklung des Verfahrens erfolgte von der Gasseite aus, infolge der zwingenden Notwendigkeit, die Ferngasdarbietung zu erweitern. Einsatzprodukte bei dem Erzkoksverfahren sind hauptsächlich Gas- und Gasflammkohle, die mit dem Fortschreiten des Bergbaus nach Norden in stärkerem Maße anfallen, und Feinerze, die normalerweise für die Begichtung im Hochofen erst gesintert werden müssen. Beide Stoffe ergeben in einer üblichen Koksofenbatterie einen festen, stückigen Erzkoks, der bereits in hohem Maße vorreduziertes Eisen enthält. — Ein Teil des Erzkokes wird auf der Kokerei selbst verarbeitet, um durch das Gichtgas die Unterfeuerung frei zu machen. Damit ist eine weitaus höhere Ferngasausbeute verbunden, vor allem bei den Kokereien, die außerhalb des Verbundes mit der Gichtgaswirtschaft unserer Hochöfen stehen.

Für die eisenschaffende Industrie ist aber mit der Anwendung des „Erzkoksverfahrens“ der „Engpaß Koks-kohle“ durchbrochen, und dem Auslande eröffnen sich neue Perspektiven, ihre eigenen, nicht verkockbaren Kohlen über das Erzkoksverfahren für die Verhüttung in Anwendung zu bringen.

Hohe Walzstahlaufträge aus Deutschland für saarländische und französische Hütten

Der saarländische Walzstahlabatz nach Deutschland ist in den letzten Monaten in einer kaum zu erwartenden Weise in Fluß gekommen. In der Hauptsache wurden Aufträge über Stabstahl und Formstahl erteilt. Die Aufträge kommen nicht nur saarländischen, sondern zum Teil auch lothringischen und nordfranzösischen Walzstahlerzeugern zugute. Im einzelnen gliedern sich die bestellten Mengen z. B. im Oktober vergangenen Jahres in 24 600 t Stabstahl, 13 000 t Formstahl, 8100 t Walzdraht, 6500 t Bandstahl, 3600 t Grobblech, 7600 t Feinblech, 4200 t Mittelblech und 1400 t Universaleisen. Die Gesamtmenge von 69 500 t stellt rd. 10 Prozent der gesamten Walzstahlproduktion der Wirtschaftsunion Frankreich-Saar oder die Hälfte der saarländischen Erzeugung dar. Man gibt sich jedoch im Saarland kaum der Illusion hin, daß der Pfälzer und süddeutsche Markt in der Lage sei, solche großen Stahlmengen regelmäßig zu absorbieren.

Zur Erläuterung der Absatzmöglichkeiten geben wir nachstehende Statistik über den durchschnittlichen Verbrauch an Walzwerkfertigerzeugnissen in Deutschland aus den letzten Jahren:

Absatzgebiet	Monats- durchschnitt 1951	%
Nordrhein-Westfalen	377 049 t	49,6
Niedersachsen	37 713 t	6,3
Schleswig-Holstein	12 435 t	1,6
Hamburg	21 833 t	2,9
Bayern	42 258 t	5,6
Württemberg-Baden	38 847 t	5,1
Großhessen	23 129 t	3,0
Enklave Bremen	8 270 t	1,1
Rheinland-Pfalz	29 254 t	3,8
Südbaden	3 407 t	0,4
Württemberg-Hohenzollern	3 864 t	0,5
West-Berlin	9 376 t	1,2
Ostzone	1 212 t	0,2

Die für das Saarland als Absatzgebiet in Frage kommenden Länder Rheinland-Pfalz, Württemberg-Baden, Südbaden, Bayern, Württemberg-Hohenzollern und Großhessen haben nur 18,4% = 140 749 t im Monatsdurchschnitt 1951 aus der westdeutschen Erzeugung bezogen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Länder Rheinland-Pfalz, Großhessen und Bayern nur teilweise zum Absatzgebiet der Saarlütten gehören und die errechnete Verbrauchsmenge noch um rd. ein Drittel zu reduzieren ist.

Modisch

preiswert

gut

kauft man bei

Küster

DORTMUND · SCHWERTE · HÖRDE · HOMBRUCH

Kaufabkommen mit der Westfalenhütte; alles Nähere erfahren Sie bei Ihrer Sozial-Abteilung.

Ernst Schackmann

Mineralöle

Dortmund

Körnebachstraße 106

Ruf 3 14 53 / 3 14 54 / 4 06 63

Der Lieferant für Walzwerke und die gesamte Hüttenindustrie

Spezialität: Walzenfettbrikett, Kranfett, Spezialfette und -öle für schwierigste Schmierungsverhältnisse
Berater der gesamten Hüttenindustrie in allen schmiertechnischen Fragen



schon
wieder

Möbel von Pfeiffer

Eigentum
Hoesch-Archiv, Dortmund
Bibliothek

Der beste Rat - seid jetzt auf Draht!

Auch im Winter-Schluß-Verkauf

...tragt Kleidung von

Büchler



DORTMUND, WESTENHELLWEG 59-63
LÜNEN, AM MARKT · HÖRDE, ALFRED-TRAPPEN-STR. 12

Wir haben mit der Sozialabteilung der Westfalenhütte AG, Dortmund, ein Sonderabkommen getroffen für den Einkauf von Kleidung aller Art. Auskunft erteilt die Sozialabteilung.



Lederwaren

sind erstaunlich anpassungsfähig,
immer elegant und preisgünstig



Das Haus vornehmer Lederwaren
Gersmann & Co.
Westenhellweg, Ecke Weberstraße

ODEON

FILM-THEATER

■■■■■ AUF DER BRÜCKSTRASSE ■■■■■
RUF 31150

Das Haus mit der
ältesten Dortmunder Theatertradition zeigt

Spitzenfilme

der Weltproduktion
in Ur- oder Erstaufführungen

Das Textilkauflhaus für Jedermann

DRAHOTA

Dortmund · Steinplatz

Nutzen Sie den Vorteil, den wir Ihnen durch unser Kaufabkommen mit der Westfalenhütte bieten

Allgemeines

Unseren Jahresbericht für 1950 schlossen wir damit, daß wir mit den besten Hoffnungen in das neue Geschäftsjahr gehen konnten. Diese Hoffnungen haben sich erfüllt. Zwar war der Überschuß, den die Kasse erzielte, nicht so hoch wie im Vorjahr, immerhin überschritten aber die Einnahmen auch im Jahre 1951 erheblich die Ausgaben, und wir konnten mit einer Zuweisung an die Rücklage von 135 870 DM abschließen.

In der Erkenntnis, daß es nicht Zweck der Krankenversicherung ist, möglichst viel Kapital anzusammeln, sondern daß die einkommenden Mittel für Leistungen an die Mitglieder bestimmt sind, geht unser Bestreben dahin, außer der Bildung einer für Notfälle ausreichenden Rücklage Einnahmen und Ausgaben in Übereinstimmung zu bringen. Dies konnte durch Ermäßigung der Beiträge oder durch Ausbau der Leistungen geschehen. Wir haben den letzteren Weg gewählt, weil wir glauben, daß es für unsere Versicherten leichter ist, den bisherigen Beitrag auch weiterhin aufzubringen, als im Krankheitsfall auf Mehrleistungen zu verzichten. Hierdurch wurde ein erheblicher Teil des bisher entstandenen Überschusses abgeschöpft.

Andererseits mußten wir uns auch mit fortlaufenden Erhöhungen der Kosten für Sachleistungen abfinden. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen und muß bei der weiteren Planung in Rechnung gestellt werden. Den erzielten Überschuß legten wir wie im Vorjahr zum größten Teil in Baudarlehen an. Es wurden 5 Baudarlehen im Gesamtwerte von 110 000 DM bewilligt. Das Vermögen der Kasse betrug am Ende des Jahres 1 410 685,99 DM gegenüber 1 274 815,99 DM am Beginn des Jahres.

Unsere Mitgliederzahl stieg weiter an. Zu Beginn des Jahres zählten wir 13 770 Mitglieder, am Ende des Jahres 14 296. Wir verzeichneten mithin einen Zuwachs von 526 Mitgliedern.

Eine für unsere Mitglieder sehr wichtige Änderung unserer Satzung trat am 25. August 1951 in Kraft, als wir den Höchstbetrag für Zuschüsse zu großen Heilmitteln auf 250 DM heraufsetzten. Während wir bis dahin nur $\frac{1}{3}$ des Rechnungsbetrages bis zum Höchstbetrage von 150 DM übernahmen, tragen wir jetzt die gesamten Kosten bis zum Betrage von 250 DM. Da diese Summe fast nie überschritten wird, übernehmen wir in fast allen Fällen die gesamten Kosten auch für große Heilmittel.

In der Familienwochenhilfe trugen wir den Zeitverhältnissen dadurch Rechnung, daß wir am 18. Dezember 1951 beschlossen, das Wochengeld auf 1,— DM und das Stillgeld auf 0,50 DM je Tag heraufzusetzen. Damit wurden diese Leistungen verdoppelt.

Die Richtlinien des Kassenleiters über die Gewährung von Zahnersatz wurden durch den Beschluß erweitert, daß als Zuschuß für festen Zahnersatz nicht mehr wie bisher die Hälfte, sondern der ganze Betrag bis zur Höhe von 250 DM übernommen wird. Allerdings bleibt die Voraussetzung bestehen, daß bei festem Zahnersatz durch einen Vertrauenszahnarzt festgestellt werden muß, daß der beantragte Zahnersatz nötig ist und loser Zahnersatz nicht in Frage kommt. Auch die Voraussetzung, daß der Zahnersatz noch nicht in Angriff genommen sein darf, bleibt bestehen.

In der Gesetzgebung trat am 22. Februar das lange erwartete Gesetz über die Selbstverwaltung und über Änderungen von Vorschriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung in Kraft. Seit dem Aufbaugesetz von 1934 herrschte in der Sozialversicherung das „Führerprinzip“, das dem Leiter die volle Verfügungsgewalt gab, während die Versicherten nur durch einen Beirat mit beratender Stimme vertreten waren. Nach dem Zusammenbruch bildeten die Krankenkassen vorläufige Vorstände, deren Tätigkeit aber im Gesetz nicht verankert war. Das neue Gesetz stellt nunmehr die Verhältnisse wieder her, wie sie vor 1933 waren. Die Versicherten wählen eine Vertreterversammlung, diese wählt den Vorstand, der aus seinen Reihen den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter wählt. Im Gegensatz zu früher hat der Geschäftsführer die Verantwortung für die Verwaltung der Kasse. Er wird bei Betriebskrankenkassen vom Arbeitgeber bestellt, bedarf aber des Vertrauens des Vorstandes. Bei den anderen Kassenarten wird er vom Vorstand gewählt. Leider ließ die praktische Durchführung des Gesetzes auf sich warten, weil die notwendige Wahlordnung noch nicht erschienen war. Als vorläufige Lösung wahrt das Versicherungsamt die Rechte der Versicherten. Also anstatt Mitbestimmung Bevormundung durch die Aufsichtsbehörde! Für unsere Kasse war diese Entwicklung praktisch von sehr geringer Bedeutung. Weder in der Zeit des Führerprinzips noch in der Übergangszeit hat der Kassenleiter einen Beschluß ohne Zustimmung des Beirates gefaßt. Auch ist es niemals in einer Beiratssitzung zu einer Abstimmung gekommen. Bei uns ist also die Mitbestimmung der Versicherten restlos durchgeführt, und, soweit uns bekannt ist, ist es bei den anderen Betriebskrankenkassen ebenso. Wir können also die weitere Entwicklung in Ruhe abwarten, denn unsere Versicherten sind sicher, daß ihre Interessen gewahrt werden.

Ein wenig zweckmäßiges Gesetzeswerk war das Teuerungszulagengesetz vom 10. August 1951, das unter bestimmten

Voraussetzungen eine Zulage von 0,10 DM je Tag für jeden arbeitsunfähigen Kranken und seine Angehörigen vorsah, die von der Krankenkasse bezahlt und ihr vom Bund erstattet werden sollte. Abgesehen von der großen Verwaltungsarbeit, die in keinem Verhältnis zu den geringen Beträgen stand, fehlten Ausführungsbestimmungen, so daß niemand mit dem Gesetz umzugehen wußte. Ab 1. Juli 1952 ist es für die Krankenversicherung wieder aufgehoben worden.

Wie schon angedeutet, mußten wir auch im Berichtsjahr wieder erhebliche Steigerungen der Ausgaben für Sachleistungen verzeichnen. So wurden die Pflegesätze in den Städtischen Krankenanstalten Dortmund, die zu Beginn des Jahres 7,25 DM je Tag betrugen, am 1. Mai 1951 auf 7,60 DM und am 1. Oktober 1951 auf 8,— DM je Tag heraufgesetzt. Diese Aufwärtsentwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Bei den anderen Krankenhäusern entwickelten sich die Pflegesätze entsprechend.

Ab 1. Oktober 1951 wurde die Bezahlung der Zahnärzte bei den Betriebskrankenkassen auf Bezahlung nach Einzelleistungen mit Begrenzung umgestellt. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, bedeutet das eine Erhöhung unserer Ausgaben auf diesem Gebiete um etwa 50%. Die erwartete günstige Auswirkung bei den Ausgaben für Zahnersatz ist bis jetzt ausgeblieben. Wir hatten angenommen, daß durch die Bezahlung nach Einzelleistungen mehr Sanierungen vorgenommen würden, wodurch entsprechend weniger Zahnersatz benötigt werde. Die Entwicklung muß noch abgewartet werden.

In der Verwaltung der Kasse traten wesentliche Änderungen nicht ein. Infolge der Zunahme an Mitgliedern mußte die Zahl der Angestellten vergrößert werden. Dadurch wurde der zur Verfügung stehende Arbeitsraum recht eng, die Werkleitung hat aber bereits Abhilfe zugesagt.

Die Leitung der Kasse lag weiterhin in Händen des Arbeitsdirektors Alfred Berndsen. Seine Vertreter waren der Geschäftsführer Hermann Köhling und Dr. Sieben, der gleichzeitig die Interessen der zur Hoesch AG. gehörenden Mitglieder vertrat. Dem Beirat gehörten an: Gustav Schwentke, Konrad Dippel und Gustav Graf. Ihre Vertreter waren: Fritz Hövelmann und August Monin. Die laufenden Geschäfte erledigte der Geschäftsführer Hermann Köhling.

Die in der Satzung vorgeschriebenen vierteljährlichen Kassenprüfungen durch den Leiter gaben zu Beanstandungen keinen Anlaß. Die Jahresrechnung für 1951 wurde am 31. Juli 1952 vom Beirat geprüft. Beanstandungen wurden nicht vorgefunden. Dem

Leiter und dem Geschäftsführer wurde durch den Beirat Entlastung erteilt. Eine Prüfung durch den Landesprüfer der Landesversicherungsanstalt, die vom 13. bis 26. Mai 1952 stattfand und sich auf die Geschäftsjahre 1949, 1950 und 1951 bezog, ergab ebenfalls keine Beanstandungen.

Mitgliederzahl

Wie bereits eingangs erwähnt, nahm die Zahl unserer Mitglieder auch im Berichtsjahr zu, wenn auch nicht so stark wie im Vorjahr. Wir hatten zu Beginn des Jahres 13 770, am Ende 14 296 Mitglieder, also 526 mehr. Im Jahresdurchschnitt zählten wir 1950 13 028, im Jahre 1951 14 100 Mitglieder, also 1072 = 8,23 % mehr gegenüber einer Zunahme um 13,04 % im Vorjahr. Von der durchschnittlichen Mitgliederzahl von 14 100 entfielen 10 780 = 76 % auf die Westfalenhütte und 3320 = 24 % auf die Hoesch Aktiengesellschaft. 12 534 Mitglieder waren pflicht- und 1566 freiwillig versichert. Die Gesamtmitgliederzahl setzt sich also aus 88,88 % Pflicht- und 11,12 % freiwilligen Versicherten zusammen. Die Zahl der versicherten Angestellten betrug im Vorjahr 1100, im Berichtsjahr 1474. Von ihnen waren 801 freiwillig versichert.

Das Verhältnis der Mitgliederzahlen bei den beiden Werken hat sich nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr geändert.

Auch in der altersmäßigen Zusammensetzung ist eine bemerkenswerte Verschiebung nicht eingetreten. In der jüngsten Altersgruppe nahm der Prozentsatz etwas ab, in der ältesten etwas zu, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

Altersgruppe	1950		1951	
	Zahl	%	Zahl	%
14—19 Jahre	897	6,51	912	6,38
20—39 Jahre	5 628	40,88	5 855	40,95
40—59 Jahre	6 020	43,72	6 177	43,21
üb. 60 Jahre	1 225	8,89	1 353	9,46
Zusammen	13 770	100,00	14 297	100,00

Die durchschnittliche Mitgliedschaftsdauer, die sich im vorigen Jahre durch die Einstellung namentlich jüngerer Leute verringert hatte, stieg im Berichtsjahr von 11,7 auf 11,91 Jahre an. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder betrug die Beschäftigungsdauer:

Jahre	1951 bei	1950 bei
bis 1	8,18	16,9
1 - 3	26,24	27,9
4 - 6	18,70	7,7
7 - 10	5,25	5,3
11 - 15	8,41	9,3
16 - 20	10,83	9,3
21 - 25	5,03	6,7
26 - 30	6,46	6,5
31 - 40	9,96	9,2
41 - 50	0,85	1,0
über 50	0,09	0,2
	% der Mitglieder	

Einschließlich der Familienmitglieder sind anspruchsberechtigt insgesamt 30 112 Personen, von denen 16 342 = 54,2 % Angehörige sind. Im Vorjahre waren es 26 495 Personen, davon 14 487 = 54,7 % Angehörige.

Jahresrechnung 1951

Das abgelaufene Geschäftsjahr erbrachte wiederum einen erheblichen Überschuß, jedoch nicht in der gleichen Höhe wie das Vorjahr. Im Jahre 1950

hatten wir bei einer Gesamteinnahme von 2 738 816,39 DM einen Überschuß von 479 856,38 DM = 17,6 % der Gesamteinnahme, dagegen im Jahre 1951 bei einer Gesamteinnahme von 3 166 164,52 DM einen Überschuß von

135 870,— DM = 4,2 % der Gesamteinnahme.

Je Mitglied betrug die Einnahme 224,55 DM, die Ausgabe 214,92 DM, der Überschuß 9,63 DM gegenüber 36,83 im Vorjahre.

Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1951

Kap.	Tit.	Bezeichnung	Insgesamt DM	je Mitglied DM	% der Gesamt-Einn. bzw. -Ausg.
Einnahmen					
I	1	Beitr. d. versicherungspfl. Mitgl.	2 906 950,71	231,93	91,9
II	2	Beiträge d. freiw. Mitglieder	216 811,33	138,45	6,8
III		Kapitalerträge	39 183,78	2,78	1,2
IV	2	Mehreingänge, Ersparnisse	2 799,06	—,20	0,1
		Sonstige Reineinnahmen	419,64	—,03	—
			3 166 164,52	224,55	100,0
Ausgaben					
V	1	Ärztliche Behandlung	441 368,11	31,30	14,8
	2	Vertrauensärztliche Tätigkeit	18 609,60	1,32	—,6
	3	Zahnbehandlung	90 237,07	6,40	3,0
VI	1a	Arznei- und Heilmittel aus Apotheken	148 544,02	10,54	4,9
	1b	Sonstige Arznei- und Heilmittel	81 488,61	5,78	2,7
		Zahnersatz	143 436,92	10,17	4,7
	2	Krankenhauspflegekosten	225 883,08	16,02	7,5
	5	Krankengeld	848 769,45	60,20	28,0
	6	Hausgeld	119 649,36	8,49	4,0
	7	Taschengeld	16 345,88	1,16	0,5
	8	Fürsorge für Genesende	10 777,88	—,76	0,3
VII	1a	Arznei und Heilmittel aus Apotheken	153 639,91	10,90	5,1
	1b	Sonstige Arznei- und Heilmittel	37 618,81	2,67	1,2
		Zahnersatz	88 584,85	6,28	2,9
	2	Krankenhauspflegekosten	294 430,37	20,88	9,7
	3	Sonstige Ausgaben für Krankenpflege	2 461,20	—,17	0,1
VIII		Wochenhilfe für Mitglieder	10 386,95	—,74	0,3
IX		Wochenhilfe für Angehörige	61 332,72	4,35	2,0
X		Gesundheitsfürsorge	171 140,32	12,14	5,6
XI	1	Sterbegeld für Mitglieder	30 346,—	2,15	1,0
	2	Sterbegeld für Angehörige	18 263,95	1,30	0,6
XII	2	Sächliche Verwaltungskosten	7 054,96	—,50	0,2
XIII	2	Mindereingänge, Verluste	9 924,50	—,70	0,3
			3 030 294,52	214,92	100,—
		Gewinn:	135 870,—	+	9,63
		Verlust:	—	—	—

Vermögensnachweisung vom 31. Dezember 1951

Das Vermögen der Kasse setzt sich wie folgt zusammen:

	im einzelnen	im ganzen	am Schluß des Vorj.	Zu- oder Abnahme + oder —
I Betriebsmittel		417 793,59	347 207,74	+ 43 585,85
Ila Langfristige Anlagen	414 121,55	414 121,55	487 875,55	— 73 754,—
b Wertpapiere		10,—	10,—	—
c Hypotheken	384 948,33	384 948,33	229 823,07	+ 155 125,26
d Geräte	36 616,84	36 616,84	43 053,71	— 6 436,87
III Sonstige unberichtigt gebliebene Forderungen				
a Beiträge Dezember	274 577,82			
c Ersatzforderungen	63 278,98	337 856,80	290 671,86	+ 47 184,94
IV Sonstiges Vermögen	27 207,92	27 207,92	17 728,44	+ 9 479,48
Summa Aktiva		1 618 555,03	1 443 370,37	+ 175 184,66
V Sonstige Verpflichtungen		207 469,04	168 554,38	+ 39 314,66
Summa Passiva		207 469,04	168 554,38	+ 39 314,66
Überschuß der Aktiva über die Passiva		1 410 685,99	1 274 815,99	+ 135 870,—

Beitragseinnahmen

	Insgesamt		davon für Versicherungspflichtige		davon für freiw. Mitglieder	
	DM	je Mitglied DM	DM	je Mitglied DM	DM	je Mitglied DM
1951	3 123 762,04	221,54	2 906 950,71	231,93	216 811,33	138,45
1950	2 718 101,27	208,64	2 572 437,92	217,18	145 663,35	119,79
Mehr	405 660,77	12,90	334 512,79	14,75	71 147,98	18,66

Die Beitragssumme, auf das Mitglied umgerechnet, ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen, aber nicht in dem Maße, in dem die Lohnsumme angestiegen ist. Das ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß immer mehr Mitglieder mit ihrem Lohn die Versicherungsgrenze von 375 DM im Monat übersteigen, wobei der über diese Grenze hinausgehende Betrag bei der Beitragsberechnung nicht zur Anrechnung kommt. Die Folge dieser Unterversicherung eines großen Teiles der Mitglieder ist, daß im Erkrankungsfalle die Barleistungen nicht ausreichend sind und der Kasse für die gestiegenen Kosten für Sachleistungen nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Es wäre wünschenswert, wenn die geplante Heraufsetzung der Versicherungsgrenze auf 500 DM im Monat recht bald durchgeführt würde.

Von den Angestellten, die wegen Überschreitung der Gehaltsgrenze versicherungsfrei sind, machten 914 von der Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung Gebrauch. Im Jahre 1950 waren es 719 Angestellte. Diese Steigerung um 195 = 27,1% zeigt, daß unsere Kasse auch den Ansprüchen dieser Angestellten gerecht wird.

Kapitalerträge

Die Zinserträge betrugen 2,78 DM je Mitglied gegenüber 1,44 DM im Vorjahr. Sie machten 1,2% unserer Einnahmen aus.

In den obigen Zahlen sind die Zinsen für unser Gemeinschaftsrücklage-Guthaben bei der Landesversicherungs-

anstalt nicht enthalten, weil sie erst später eingingen. Sie betragen 6,5%. Da unsere Einlage aber nicht das ganze Jahr hindurch stand, erhielten wir auf unser Kapital von 66 246,— DM 1958,26 DM Zinsen.

Mehreingänge bei Forderungen und Ersparnisse bei Verpflichtungen

Der Posten stellt eine Regulierung der vorigen Jahresrechnung dar. Da wir unsere Bilanz sehr vorsichtig aufgestellt hatten, ist dieser Posten sehr gering. Er beträgt 2799,06 DM = 0,20 DM je Mitglied.

Sonstige Reineinnahmen

Hier werden fast nur Beträge verbucht, die aus Ordnungsstrafen stammen. Leider gibt es immer noch Mitglieder, die sich den Bestimmungen der Krankenordnung nicht fügen. Ohne Ordnung aber ist ein so großer Versicherungsträger nicht zu verwalten. Wir waren daher in 89 Fällen gezwungen, eine Strafe zu verhängen. Das sind 80 Fälle weniger als 1950.

Erfreulicherweise wird die Summe, die wir auf diese Weise einnehmen, von Jahr zu Jahr geringer. Während es im Vorjahr noch 575,36 DM = 0,08 DM je Mitglied waren, sind es im Berichtsjahr nur noch 419,64 DM = 0,03 DM je Mitglied. Begrüßenswert wäre es, wenn es unserer Aufklärungsarbeit gelänge, daß dieser Posten eines Tages ganz verschwände.

Leistungen

Die Kasse gewährt ihren Mitgliedern und den anspruchsberechtigten Angehörigen im Erkrankungsfall freie ärztliche und zahnärztliche Behandlung durch die zur Kassenpraxis zugelassenen Ärzte, Zahnärzte und Dentisten. Die Mitglieder haben unter diesen freie Wahl. Sie übernimmt die Kosten für Arznei und kleine Heilmittel, letztere bis zum Betrage von 50,— DM. Für größere Heilmittel gewährt die Kasse Mitgliedern und Angehörigen nach Prüfung der Notwendigkeit die vollen Kosten bis zur Höhe von 250,— DM. Ebenso gewährt die Kasse Mitgliedern und Angehörigen Zahnersatz in voller Höhe bis zu 250,— DM, festen Zahnersatz allerdings nur dann, wenn die Notwendigkeit festgestellt worden ist und loser Zahnersatz nicht ausreicht. Bei Krankenhausbehandlung werden die vollen Kosten einschl. Transport und Nebenkosten auch für Angehörige übernommen. Die Mitglieder sind verpflichtet, für Transporte möglichst den Krankenwagen des Werkes zu benutzen.

Bei Arbeitsunfähigkeit erhalten die Mitglieder ein Krankengeld, das von der dritten Krankheitswoche an durch Zuschläge für Angehörige bis zur Höhe von 75% des Grundlohnes erhöht wird. Bei Krankenhauspflege wird ein Hausgeld gezahlt, das ebenfalls durch Zuschläge für Angehörige bis zur Höhe des Krankengeldes erhöht wird.

Bei Niederkunft einer Versicherten oder einer Angehörigen wird Wochenhilfe gewährt. Für Mitglieder ist der einmalige Entbindungskostenbeitrag von 10,— DM auf 25,— DM erhöht. Wochengeld und Stillgeld für Angehörige betragen das Doppelte des gesetzlichen Mindestbetrages.

Beim Tode eines Versicherten wird ein Sterbegeld in Höhe des 40fachen Grundlohnes gezahlt, das ist das Doppelte des gesetzlichen Sterbegeldes. Beim Tode der Ehefrau werden $\frac{2}{3}$, beim Tode eines Kindes oder eines sonstigen anspruchsberechtigten Angehörigen 50% des Mitgliedersterbegeldes gezahlt. Der Mindestbetrag beträgt bei Mitgliedern 75,— DM, bei Angehörigen 50,— DM.

Zur Verhütung von Erkrankungen und zur Fürsorge für Genesende führt die Kasse zahlreiche Kuren und Heilverfahren durch, die sowohl für Mitglieder als auch für Angehörige kostenfrei sind.

Die baren Leistungen und die Krankenhauspflege werden für 26 Wochen gewährt. Nach Ablauf dieser Frist besteht noch für 26 Wochen Anspruch auf Krankenpflege. Der Anspruch auf Krankenpflege ist zeitlich unbegrenzt, solange die Mitgliedschaft besteht. In besonderen Fällen kann Fürsorge für

Genesende noch für 13 Wochen nach Ablauf der Krankenhilfe gewährt werden. Das Krankengeld kann über 26 Wochen hinaus gezahlt werden, wenn nach Ansicht des Vertrauensarztes Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit in absehbarer Zeit zu erwarten ist.

Die Morbidität, das heißt die Zahl der Krankheitsfälle, ist, soweit sich dies aus der Zahl der ausgestellten Krankenscheine feststellen läßt, sowohl bei den Mitgliedern als auch bei den Angehörigen gegenüber dem Vorjahr erheblich angestiegen. Das trifft auch auf die Zahnbehandlung zu. Die absolute Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle stieg zwar an, das ist jedoch auf die größere Mitgliederzahl zurückzuführen. Auf 100 Mitglieder gerechnet, nahm sie um 2,2, auf 100 Behandlungsfälle um 3,4 ab. Die durchschnittliche Krankheitsdauer stieg um 0,8 Tage an.

Die Zahl der Krankenhauseinweisungen ging bei den Mitgliedern um 0,6 auf 100 Mitglieder zurück, bei den Angehörigen stieg sie um 1,2 auf 100 Mitglieder an. Erfreulicherweise ging auch die Verweildauer bei den Mitgliedern um 3 je Behandlungsfall zurück. Bei den Angehörigen stieg sie um 0,5 Tage an. Die Krankenhauskosten je Fall stiegen trotzdem bei den Mitgliedern um 7,17 DM, bei den Angehörigen um 23,56 DM an. Das ist auf das immer noch andauernde Ansteigen der Pflegekosten zurückzuführen. Im Durchschnitt gaben wir bei den Mitgliedern 0,94 DM, bei den Angehörigen 0,88 DM je Verpflegungstag mehr aus.

Die Zahl der Sterbe- und der Wochenhilfefälle blieb entsprechend der Mitgliederzahl etwa die gleiche wie im Vorjahr.

Ärztliche Behandlung

Die ärztliche Behandlung der Mitglieder und ihrer Angehörigen wird von den zur Kassenpraxis zugelassenen Ärzten durchgeführt, unter denen der Kranke freie Wahl hat. Die Bezahlung geschieht durch die Kassenärztliche Vereinigung, an die die Krankenkassen für jedes ihrer Mitglieder einen bestimmten Betrag, das sog. Kopfpauschale, bezahlen. Die zwischen den Ärzten und den Krankenkassen schwebenden Verhandlungen über Verbesserung der Bezahlung der Kassenärzte haben immer noch zu keinem endgültigen Resultat geführt. Man hat sich bisher damit geholfen, zu den vereinbarten Sätzen von Zeit zu Zeit Teuerungszuschläge zu zahlen. Im Berichtsjahre ist ein solcher Zuschlag nicht vorgekommen. Da aber das Arztpauschale mit steigendem Grundlohn ebenfalls steigt, mußten wir entsprechend unserer gestiegenen Grundlohnsomme ein höheres Arztpauschale bezahlen als im Vorjahr.

Außer dem Arztpauschale sind als ärztliche Behandlung auch die ambulante Krankenhausbehandlung, Fahrtkosten zum Arzt und die Abschreibungen und Nutzungsbeträge für unsere eigenen Behandlungsgeräte anzusehen.

Wir bezahlten für ärztliche Behandlung

1950 379 465,95 DM = 29,13 DM
je Mitglied,
1951 441 368,11 DM = 31,30 DM
je Mitglied,
mithin 61 902,16 DM = 2,17 DM je
Mitglied mehr.

Diese Arztausgaben setzten sich zusammen aus

Arztpauschale	424 435,56 DM
Sonstige	16 932,55 DM
Zusammen	441 368,11 DM

Die Zahl der Behandlungsfälle für unsere Kasse betrug nach den Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung 57 813. Auf jeden Behandlungsfall entfallen mithin 7,34 DM Honorar. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Fälle, die über ein Kalendervierteljahr hinausgehen, im neuen Vierteljahr als neue Fälle gewertet werden. Im Vorjahr kostete der Behandlungsfall 6,32 DM. Die Kosten haben sich also um 1,02 DM je Fall erhöht.

Unser Verhältnis zu den Kassenärzten und zu der Bezirksstelle der Kassenärztlichen Vereinigung war sehr gut. Während die Honorarfragen von den Spitzenverbänden verhandelt werden, wurden örtliche Fragen in dem zu diesem Zwecke gebildeten Ausschuß behandelt und zur Zufriedenheit beider Teile gelöst.

Vertrauensärztlicher Dienst

Der vertrauensärztliche Dienst wird als Gemeinschaftsaufgabe aller Krankenkassen von der Landesversicherungsanstalt in einer hierfür geschaffenen Dienststelle durchgeführt. Er hat die Aufgabe, Krankmeldungen, Krankenhausweisungen und besondere Verordnungen der Ärzte nachzuprüfen.

Das Ergebnis der Nachuntersuchungen, die sich in der Hauptsache auf die Beurteilung der Arbeitsfähigkeit bezogen, war folgendes:

In	1951	Dagegen 1950
Zahl der Krankheitsfälle	7411	7143
Es wurden vorgeladen	5083	3994
Das sind auf 100 Krankheitsfälle	68,59	55,91
Nicht erschienen	2927	2237
Das sind auf 100 Vorgeladene	57,58	56,01
Es waren entschuldigt	460	353
Vorher arbeitsfähig waren	2303	1681
Unentschuldigt	164	203
Untersucht wurden	2156	1757
Das sind auf 100 Vorgeladene	42,42	43,99
Von ihnen waren arbeitsfähig	775	762
v. H.	35,95	43,37
Weiter arbeitsunfähig waren	1381	995
v. H.	64,05	56,63
Insgesamt waren also arbeitsfähig	3242	2646
Das sind auf 100 Vorgeladene	63,78	66,25

Zahnbehandlung

Bis zum 30. Juni wurden auch die Zahnärzte und Dentisten nach einem Kopfpauschale bezahlt. Ab 1. Juli 1951 haben die Betriebskrankenkassen mit den Zahnärzten und Dentisten einen neuen Vertrag abgeschlossen, der die Bezahlung nach Einzelleistungen vorsieht. Wir wollen damit erreichen, daß der Zahnarzt sich wieder mehr mit der Sanierung der Zähne befassen kann, und daß dadurch mit der Zeit die Zahnersatzfälle zurückgehen, denn Vorbeugen ist besser als Heilen. Eine Zunahme der Kosten war damit natürlich verbunden, wie aus der nachstehenden Aufstellung hervorgeht. Diese Aufwärtsentwicklung der Zahnbehandlungskosten ist auch noch nicht beendet. Unsere Ausgabe für Zahn-

behandlung je Mitglied erhöhte sich von 5,36 DM im Jahre 1950 auf 5,39 DM im Jahre 1951.

Die Zahl der Behandlungsfälle betrug 16 203. Mithin bezahlten wir für jeden Fall 5,16 DM gegenüber 4,50 DM im Vorjahr.

Die Kosten für Zahnbehandlung betragen 3% der Gesamtausgabe gegenüber 3,3% im Vorjahr, das Verhältnis änderte sich also kaum.

Die Kosten für Zahnersatz sind hierin nicht enthalten. Unser Verhältnis zu den Zahnärzten und Dentisten war auch im Berichtsjahr sehr gut. In einem gemeinsamen Ausschuß werden alle auftauchenden Fragen behandelt und zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst.

Arznei und Heilmittel

Die Ausgaben für Arzneien und Heilmittel sind weiterhin erheblich angestiegen, wie sich aus der nachstehenden Übersicht ergibt. Neben den Arzneikosten fällt besonderes die Steigerung der Ausgaben von Bandagen für Angehörige auf, wobei es sich zum größten Teil um Leibbinden handelt. Unter „Bäder“ werden solche Bäder und Sachleistungen aufgeführt, die nicht in unserer eigenen Badeanstalt genommen wurden. Ihre Inanspruchnahme hat sich zugunsten unserer Badeanstalt verringert. Das erhebliche Ansteigen der Ausgaben für sonstige

Heilmittel ist darauf zurückzuführen, daß wir erstmalig in größerem Maßstabe dazu übergegangen sind, Hörapparate bzw. Zuschüsse in Höhe von 250,— DM dafür zu gewähren. Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen Hilfsmittel, zu denen die Hörgeräte gehören, nur zur Behebung vorhandener oder zur Vermeidung künftiger Arbeitsunfähigkeit gewährt werden. Sie kommen daher nur für Mitglieder in Frage, die im Arbeitsprozeß stehen und das Gerät bei der Arbeit gebrauchen können. Die Erfahrungen haben leider gezeigt, daß das nur in den seltensten Fällen zutrifft.

Für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel gaben wir aus:

	Für Arzneien aus Apotheken		Für sonstige Arzneien und Heilmittel	
	1950	1951	1950	1951
an Mitglieder DM	105 932,60	148 544,02	199 343,12	224 925,53
= je Mitglied "	8,13	10,54	15,30	15,95
= % der Gesamtausgabe	4,7	4,9	8,8	7,4
an Angehörige DM	108 515,79	153 639,91	119 637,74	126 203,66
= je Mitglied "	8,33	10,90	9,18	8,95
= % der Gesamtausgabe	4,8	5,1	5,3	4,2
Zusammen DM	214 448,39	302 183,93	318 980,86	351 129,19
= je Mitglied "	16,46	21,44	24,18	24,90
= % der Gesamtausgabe	9,5	10,0	14,1	11,6

Der Betrag für Heil- und Hilfsmittel setzte sich wie folgt zusammen:

Für		Mitglieder		Angehörige	
		1950	1951	1950	1951
Brillen	DM	17 699,37	20 883,40	10 169,26	12 119,81
Bandagen	"	8 309,91	10 745,57	15 985,78	20 415,30
Verbandstoffe	"	11 385,21	7 548,11	—	—
Bäder	"	1 020,43	1 018,44	593,84	986,84
Badeanstalt +	"	26 834,81	29 755,34	—	—
Zahnersatz	"	133 267,25	143 436,92	86 098,45	88 584,85
Sonstige	"	8 885,51	15 420,57	6 790,41	4 096,86
Zusammen	"	207 402,49	228 808,35	119 637,74	126 203,66
davon ab					
sonstige	"	8 059,37	3 882,82	—	—
Verbleibt	"	199 343,12	224 925,53	119 637,74	126 203,66

Bei dem abgesetzten Betrage handelt es sich um Erstattungen, meistens für ausgesetzte Kriegsbeschädigte.

Badeanstalt

Nachdem wir im Jahre 1950 die vorhandene Badeanstalt völlig renoviert und auf den modernsten Stand gebracht hatten, haben wir im Berichtsjahr, den vermehrten Bedürfnissen entsprechend, eine erhebliche Vergrößerung vorgenommen. Es sind viele neue Räume hinzugekommen, und auch unser Gerätebestand wurde erweitert. Wir richteten u. a. ein zweites Stangerbad ein, bauten eine Sauna und setzten eine Zentralhöhen-sonne in Betrieb. Auch die Zahl der Ruheräume

wurde vermehrt. Das Werk legte hierfür 71 297,31 DM an. Diese Summe wird von uns in der Form verzinst und amortisiert, daß wir dem Werk eine entsprechend höhere Summe für die Benutzung der Badeanstalt zahlen. Wir bezahlen an das Werk für die Räume, Löhne und Gehälter, Strom, Wasser, Dampf und sonstigen Bedarf sowie Verzinsung und Abschreibung für die Renovierung und Vergrößerung eine Pauschalsumme von 27 000,— DM jährlich.

Krankenhauspflege

Notwendige Krankenhauspflegekosten werden bei Mitgliedern als Ersatzleistung für Krankenpflege und Krankengeld, bei Angehörigen als Mehrleistung in voller Höhe übernommen. Darin enthalten sind alle durch die Krankenhauspflege entstehenden Kosten, also auch die Transportkosten. Die Tagessätze der Krankenhäuser sind auch im Berichtsjahr nochmals wieder durch Teuerungszuschläge erhöht worden. Wir hatten im laufenden Geschäftsjahr

eine Erhöhung um etwa 10 % zu verzeichnen. Seit 1947 stieg der Satz von 4,70 DM auf 8,— DM, also um 3,30 DM, das sind rund 70 %! Unseres Erachtens überschreitet dieser Satz bei weitem die auf anderen Gebieten festgestellten Preissteigerungen. Die Aufwärtsentwicklung der Krankenhauspflegekosten hält noch weiter an und bereitet uns ernste Sorgen. Unsere Ausgaben für Krankenhauspflege haben sich entsprechend erhöht. Sie betragen in den letzten Jahren:

	Insgesamt DM	= je Mitgl. DM	für Mitglieder DM	= je Mitgl. DM	für Angehörige DM	= je Mitgl. DM
1947	170 037,72	19,83	114 553,15	13,36	55 484,57	6,47
1949	304 058,38	26,38	144 922,26	12,57	159 136,12	13,81*
1950	383 408,66	29,43	173 384,77	13,31	210 024,49	16,12
1951	520 313,45	36,90	225 883,08	16,02	294 430,37	20,88

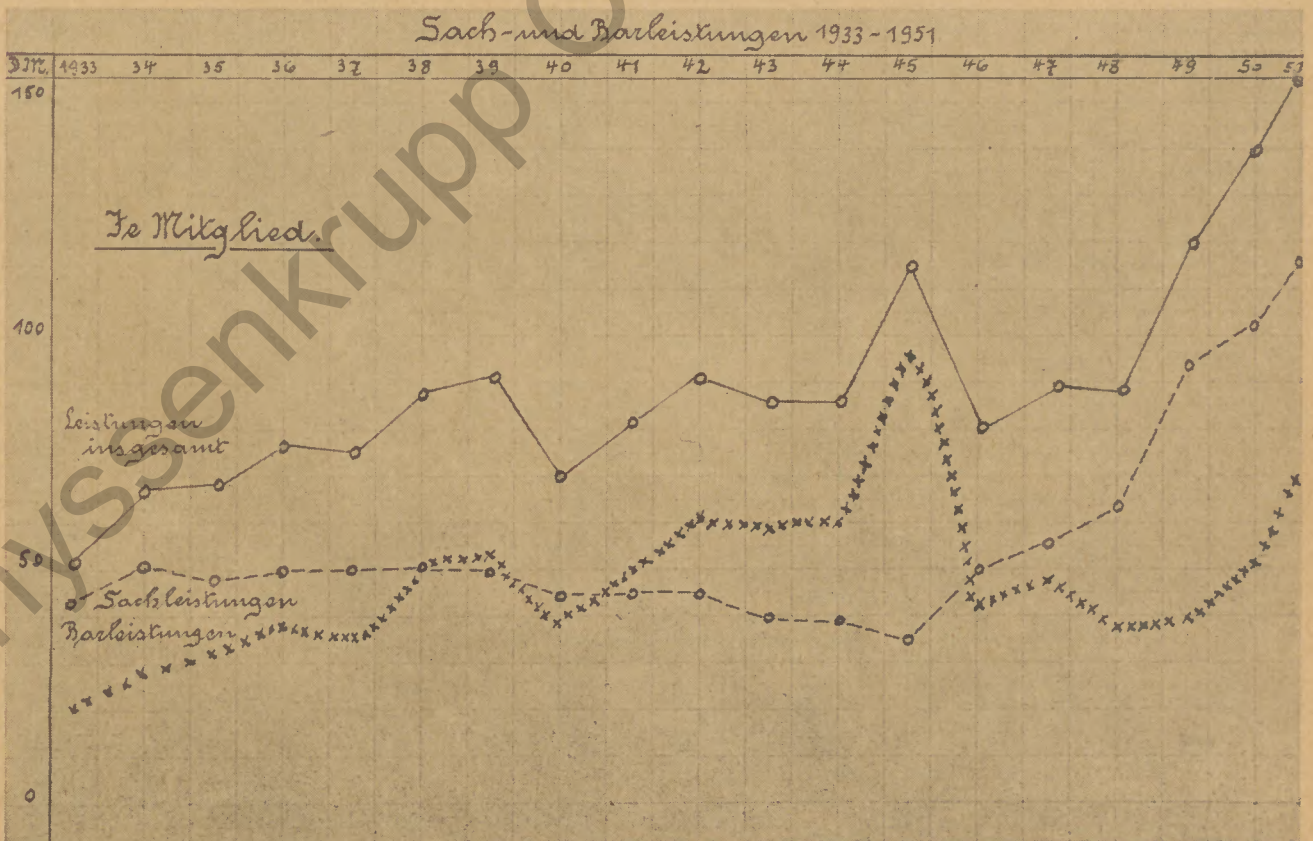
* 1949 wurde durch Satzungsänderung die Beteiligung der Kasse für Angehörige auf 100 % heraufgesetzt.

Die Zahl der Krankenhauseinweisungen von Mitgliedern stieg sowohl im Verhältnis zur Mitgliederzahl als auch

zur Zahl der mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfälle gegenüber dem Vorjahr an. Die 1325 Kran-

kenhauseinweisungen im Jahre 1950 machten 10,17 % der Mitglieder, 18,1 % der Krankheitsfälle, die 1803 Krankenhauseinweisungen im Jahre 1951 dagegen 12,78 % der Mitglieder, 21,7 % der Krankheitsfälle aus. Die Verweildauer ist im Durchschnitt von 28,1 auf 27,6 Tage je Krankenhausfall abgesunken, jedoch stieg sie bei den kleineren Krankenhäusern in den Vororten erheblich an. Daraus ergibt sich, daß diese Häuser trotz geringerer Kosten je Tag die höchsten Kosten je Fall verursachten. Durch Einsatz des vertrauensärztlichen Dienstes sind wir bemüht, die Notwendigkeit von Verlängerungen der Krankenhausbehandlung zu überprüfen.

Bei den Angehörigen ist ebenfalls ein Ansteigen der Einweisungszahl im Verhältnis zur Mitgliederzahl festzustellen. Gegenüber 14,7 im Vorjahr wurden 17,5 Angehörige von 100 Mitgliedern eingewiesen. Auffällig ist es auch, daß die Zahl der eingewiesenen Angehörigen mit 17,5 % gegenüber 12,78 % der Mitglieder erheblich größer ist. Unsere 100prozentige Kostenübernahme mag dabei eine Rolle spielen. Die Verweildauer ist im Durchschnitt etwas angestiegen. Der Verband der Betriebskrankenkassen führt für eine Anzahl von Kassen eine gemeinsame Statistik, die auf dem Hollerith-System aufgebaut ist. Im Jahre 1950 beteiligten sich hieran 70, im Jahre 1951 145 Kassen. Ein Vergleich der Ergebnisse dieser Statistik mit unseren Ergebnissen zeigt, daß bei uns die Zahl der Einweisungen sowohl im Verhältnis zur Zahl der Mitglieder als auch zur Zahl der mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfälle erheblich höher ist.



Krankenhausweisungen 1951

Krankheit	Mitgl. Fälle	Angeh. Fälle
Krankheiten		
der Atmungsorgane	166	98
der Verdauungsorgane	473	439
der Kreislauforgane	155	150
des Nervensystems	70	58
der Sinnesorgane	12	14
der Bewegungsorgane	31	29
Rheumatismus	68	26
Bösartige Geschwülste (Krebs)	9	11
Grippe	44	17
Tuberkulose	25	3
Geschlechtskrankheiten	4	—
Sonstige		
Infektionskrankheiten	10	105
Hautkrankheiten	70	84
Erschöpfungskrankheiten	101	42
Fehlgeburten, Gebärmutterblutung	20	418
Verletzungen	338	21
Sonstige Krankheiten	27	80
Unbestimmte Diagnosen	180	188
Zusammen	1803	2283
Dagegen im Vorjahr	1325	1732

Neben Krankheiten allgemeiner Art führen häufig auch besondere Ursachen zur Krankenhausbehandlung. Genau feststellen ließen sich diese nur bei dem größten Teil der Mitglieder. Als Ursachen stellten wir für 1951 fest:

Ursache	Ein- weisungs- fälle	Verweil- dauer Tage
Arbeitsunfall	276	6 343
Berufskrankheit	1	29
Kriegsbeschädigung	15	429
Personenschaden	—	—
Schlägerei	2	80
Sportunfall	8	207
Anderer Unfall	45	1 308
Sonstige Krankheiten	1 430	40 206
Zusammen	1 777	48 602

Im Vergleich zum Vorjahr fällt dabei besonders der Rückgang der Kriegs-verletzungen und die Zunahme der Arbeitsunfälle als Einweisungsursache auf.

Krankengeld

Wie wir im vorjährigen Bericht mitteilten, wurden ab 1. Oktober 1950 wieder Zuschläge zum Krankengeld gezahlt. Diese Maßnahme wurde erstmalig im Berichtsjahr voll wirksam. Auch die unter „Beiträge“ mitgeteilte Steigerung der Grundlöhne von durchschnittlich 218,56 DM im Jahre 1950 auf 234,80 DM bewirkte eine erhebliche Steigerung des Krankengeldes. Außerdem stieg auch der durchschnittliche Krankenstand von 3,67 auf 100 Mitglieder auf 4,02 an. Das hatte eine nicht unerhebliche Steigerung unserer Ausgaben für Krankengeld zur Folge. Wir gaben für Krankengeld aus:
1950 550 865,30 DM = 42,28 DM je Mitglied = 24,4% der Gesamtausgabe
1951 848 679,45 DM = 60,20 DM je Mitglied = 28% der Gesamtausgabe.
Wir verzeichneten an Krankheitsfällen mit Arbeitsunfähigkeit und Krankheits-tagen bei den einzelnen Dienststellen und in den einzelnen Monaten des Jahres 1951:

1951	Dortmund		Hohenlimburg		Barop		Olpe		Zusammen	
	Fälle	Tage	Fälle	Tage	Fälle	Tage	Fälle	Tage	Fälle	Tage
Januar	736	11 115	168	3 300	56	874	9	243	969	15 532
Februar	518	7 742	123	2 484	50	1 040	15	262	706	11 528
März	417	6 217	125	2 308	32	488	11	435	585	9 448
April	433	6 645	125	2 991	40	529	4	50	602	10 215
Mai	441	6 639	99	1 417	38	659	3	33	581	8 748
Juni	470	7 291	139	2 439	34	555	4	31	647	10 316
Juli	500	7 424	150	2 186	69	1 107	14	394	733	11 111
August	635	9 291	140	2 595	75	1 065	17	249	867	13 200
September	553	7 514	154	2 229	45	795	10	109	762	10 647
Oktober	550	7 094	129	1 992	36	831	9	67	724	9 984
November	416	7 564	114	2 721	29	500	11	201	570	10 986
Dezember	446	7 852	77	2 348	34	754	4	132	561	11 086
1951 zus.	6 115	92 388	1 543	29 010	538	9 197	111	2 206	8 307	132 801
Dagegen 1950	5 463	76 647	1 297	21 201	460	5 974	99	2 159	7 319	105 981

Wir mußten feststellen, daß, abgesehen von Olpe, wo wegen der geringen Mitgliederzahl Zufallsergebnisse nicht ausgeschlossen sind, Dortmund den geringsten, Barop aber den höchsten Krankenstand hatte.

Eine Zusammenstellung nach dem Lebensalter der Erkrankten ergibt, daß die jüngeren Jahrgänge, von denen man eigentlich eine festere Gesundheit erwarten sollte, erheblich öfter krankfeiern als die älteren. Bei den älteren Jahrgängen nimmt die Krankheitshäufigkeit mit zunehmendem Alter ab. Ob diese Erscheinung darauf zurückzuführen ist, daß die Jüngeren tatsächlich anfälliger sind, oder vielmehr darauf, daß die Älteren durch größeren Arbeitseifer ihre größere Anfälligkeit überwinden, läßt sich

schwer feststellen. Im einzelnen ergab sich folgendes:

Alter	Fälle	% Mitgl.
bis 19	798	87,50
20 " 24	1564	83,99
25 " 29	1155	67,70
30 " 34	758	54,51
35 " 39	707	63,80
40 " 44	780	52,20
45 " 49	883	48,22
50 " 54	741	42,48
55 " 59	432	38,98
60 " 64	302	39,94
65 " 69	155	37,99
70 u. mehr	32	16,93
1951 insgesamt	8307	58,10

In den einzelnen Betrieben feierten krank 1951:

Betrieb	Beleg- schafts- stärke	Fälle	Tage	Fälle % Mitgl.	Tage je Mitgl.	Tage je Fall
Hochofen	610	431	7680	70,65	12,59	17,81
Hafen	26	10	104	38,46	4,—	10,40
Thomaswerk	290	182	2971	62,75	10,24	16,32
Martinwerk	508	435	7145	85,62	14,06	16,42
Kaliberwalzwerke einschl. Adjustage	912	814	14407	89,25	15,79	17,69
Kaltwalzwerk	272	34	586	12,50	2,15	17,23
Blechwerk I/II	381	493	6830	129,39	17,92	13,85
Breitbandwalzwerk	155	128	2152	82,50	13,88	16,82
Spezialblechwalzwerk	148	94	1488	63,51	10,05	15,82
Drahtwalzwerk	102	80	1440	78,43	14,11	17,88
Maschinenabteilung	1214	508	8747	41,84	7,20	17,21
Hammerwerk	198	88	1433	44,44	7,23	16,28
Kesselabteilung	71	15	345	21,12	4,85	23,00
Mech. Werkstätten	814	408	6926	50,12	8,50	16,97
Bauabteilung	452	312	5067	69,02	11,21	16,24
Elektr. Abteilung	456	199	3069	43,64	6,73	15,42
Eisenbahn	467	318	5148	68,09	11,02	16,18
Versuchsanstalt	164	91	1129	55,48	6,88	12,40
Zementfabrik	80	46	810	57,50	10,12	17,60
Steinfabrik	129	120	2002	93,02	15,51	16,48
Phosphatmühle	76	47	805	61,84	10,59	17,12
Magazin	41	17	358	41,16	8,73	21,05
Fuhrwesen	75	20	418	26,66	5,57	20,90
Sozialwerkstätten	110	63	1268	57,27	11,52	20,12
Lehrwerkstatt	356	309	440	86,79	1,23	1,42
Drahtverfeinerung	361	202	3361	55,95	9,31	16,43
v. d. Becke	98	65	852	66,32	8,69	13,10
Sonstige Betriebe	725	182	3314	25,10	4,75	18,21
Verwaltung	1287	335	1903	26,02	1,47	5,71
freiw. Mitglieder	624	66	190	10,57	0,30	2,87
Barop	517	535	9197	103,48	17,78	17,19
Übertrag	11719	6647	101585			

Betrieb	Beleg- schafts- stärke	Fälle	Tage	Fälle % Mitgl.	Tage je Mitgl.	Tage je Fall
Übertrag	11719	6647	101585			
Olpe	195	111	2206	56,92	11,31	19,87
Hohenlimburg	2383	1542	29010	64,70	12,17	18,81
Zusammen	14297	8300	132801			
Im Durchschnitt				58,05	9,28	16,00
Dagegen 1950						
Zusammen	13765	7318	105973			
Im Durchschnitt				53,20	7,70	14,50

Wir verzeichneten bei den einzelnen Krankheitsgruppen:

Krankheit	Fälle	% Fälle	Tage	% Tage	Durchschnittliche Krankheitsdauer Tage
Erkrankung der Atmungsorgane	621	7,48	11761	8,86	18,93
Erkrankung der Verdauungsorgane	1484	17,87	20209	15,21	13,61
Erkrankung der Kreislauforgane	347	4,17	9278	6,99	26,73
Erkrankung des Nervensystems	237	2,86	5065	3,82	21,37
Sonstige innere Erkrankungen	18	0,21	325	0,24	18,05
Krankheiten der Sinnesorgane	43	0,52	411	0,31	9,55
Krankheiten der Bewegungsorgane	138	1,66	3020	2,27	21,88
Rheumatismus	465	5,60	7439	5,60	15,99
Bösartige Geschwülste (Krebs)	8	0,09	640	0,48	80,00
Grippe	1146	13,79	11232	8,46	9,78
Tuberkulose	34	0,41	1686	1,27	49,58
Geschlechtskrankheiten	6	0,07	177	0,13	29,50
Sonstige Infektionskrankheiten	25	0,30	275	0,21	11,00
Hautkrankheiten	626	7,54	9480	7,14	15,14
Erschöpfungskrankheiten	132	1,59	1338	1,01	10,13
Gebärmutterblutungen, Fehlgeburten	31	0,37	475	0,36	15,32
Verletzungen	2532	30,48	33575	25,28	13,27
Sonstige Krankheiten, unbestimmte Diagnosen	414	4,99	16415	12,36	39,64
Zusammen	8307	100,00	132801	100,00	15,98

Die Versicherungsmoral unserer Mitglieder kann als gut bezeichnet werden. Die übergroße Mehrzahl ist sich bewußt, daß die Gelder der Krankenkasse Allgemeingut sind, das die Mitglieder für den Fall der Not selbst aufgebracht haben und für das sie selbst verantwortlich sind. Daß es Außenseiter gibt, die ohne jedes Verantwortungsbewußtsein aus der Kasse „herauszuholen“ versuchen, was möglich ist, läßt sich bei der großen Anzahl von Mitgliedern nicht vermeiden. Vor ihnen muß die Allgemeinheit geschützt werden, und eine Kontrolle der Kranken läßt sich daher nicht vermeiden. Wir beschäftigen zu diesem Zwecke drei Kontrollbeamte. Sie sind aber keineswegs nur deswegen da. Viel wichtiger ist es, daß sie im eigenen Interesse der Kranken für die Einhaltung der Krankenordnung sorgen, vor allem aber bei ihren Besuchen darauf achten, ob den Kranken die nötige Pflege zuteil wird, und daß Übelständen abgeholfen werden kann. Wir bedienen uns da, wo unsere Mittel hierzu nicht ausreichen, der Werkpflege und der Sozialabteilung, mit denen wir auf diesem Gebiet eng und mit gutem Erfolg zusammenarbeiten.

Die Zahl der ausgeführten Besuche war im Berichtsjahr nicht so groß wie im Vorjahr, jedoch war die Zahl der Nichtangetroffenen größer. Dementsprechend mußte auch die Zahl der sofort angeordneten vertrauensärztlichen Nachuntersuchungen steigen, während die Zahl der Vorladungen insgesamt herabgesetzt werden konnte. Die Zahl der Fälle, in denen wir mit

Ordnungsstrafen oder Verwarnungen eingreifen mußten, ging auf die Hälfte zurück. Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung unserer Krankenkontrolle in den letzten 3 Jahren.

	1949	1950	1951
Ausgeführte Besuche	6212	7525	5640
Nicht angetroffen	1200	803	933
Zur Nachuntersuchung vorgeschlagen	1408	1664	1358
Sofort vorgeladen	159	269	349
Kontrollanzeigen	540	385	191

Hausgeld

Das Hausgeld, das während einer Krankenhauspflege solchen Mitgliedern gewährt wird, die bisher Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten haben, beträgt ein Drittel des Grundlohnes bei einem, 40% des Grundlohnes bei zwei Angehörigen. Für jeden weiteren Angehörigen erhöht es sich um 5% des Grundlohnes bis zur Höhe des Krankengeldes. Die Ausgaben für Hausgeld sind entsprechend der gestiegenen Zahl der Krankenhausfälle gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Wir zahlten für Hausgeld 1951:

In	DM	= je Mitgl. DM
Dortmund	96 837,06	8,78
Hohenlimburg	18 767,93	7,98
Barop	4 081,63	7,57
Olpe	37,26	0,20
Zusammen	119 649,36	8,49

Das Hausgeld betrug 4% der Gesamtausgabe.

Taschengeld

Versicherte, die keinen Anspruch auf Hausgeld haben, erhalten während einer Krankenhausbehandlung ein Taschengeld. Die gesetzliche Höhe beträgt 10% des Grundlohnes. Wir zahlen als Mehrleistung ein Taschengeld in Höhe des halben Krankengeldes. Im Jahre 1951 wandten wir hierfür 16 345,88 DM = 1,16 DM je Mitglied auf. Das sind 0,5% der Gesamtausgabe.

Wochenhilfe

a) Mitglieder

Die Zahl der Wochenhilfsfälle für Mitglieder ist bei uns entsprechend der geringen Zahl der bei uns beschäftigten Frauen gering. Wie im Vorjahr betrug ihre Zahl 18. Von diesen 18 Entbindungen fanden vier in einem Wöchnerinnenheim statt. Wir gaben hierfür aus: 10 386,95 DM = 577,05 DM je Fall.

Die Ausgabe für Mitgliederwochenhilfe betrug 0,74 DM je Mitglied und machte 2% der Gesamtausgabe aus.

b) Angehörige

Die Zahl der Familienwochenhilfsfälle stieg von 402 im Vorjahr auf 467 im Berichtsjahr an. Hiervon fanden 223 Entbindungen in einem Wöchnerinnenheim statt. Wir gaben hierfür aus: 61 332,72 DM = 131,33 DM je Fall.

Die Ausgabe für Familienwochenhilfe betrug 4,35 DM je Mitglied und machte 5,6% der Gesamtausgabe aus.

Sterbegeld

Die Ausgaben setzten sich wie folgt zusammen:

Sterbefälle von Männern	78
Sterbefälle von Frauen	6
Zusammen	84
Sterbefälle von Angehörigen	93

Krankheitsverhütung u. Gesundheitsfürsorge, Genesendenheim-pflege

Diesem Gebiet hat die Kasse immer besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Einerseits hat sich der Grundsatz „Vorbeugen ist besser als heilen“ immer bewährt, und wir führen daher Kuren schon dann durch, wenn eine Gefährdung der Gesundheit festgestellt wird, um, wenn angängig, eine ernsthafte Erkrankung dadurch von vornherein zu vermeiden. Andererseits hat die Erfahrung gezeigt, daß in sehr vielen Fällen die Folgen einer schweren Krankheit viel schneller ausheilen, wenn vor Wiederaufnahme der Arbeit eine solche Kur durchgeführt wird. Diese Grundsätze beziehen sich nicht nur auf unsere in Arbeit stehenden Mitglieder, sondern auch auf die Familienangehörigen. Wir führten deshalb auch für erwachsene Angehörige Kuren in derselben Weise durch wie für Mitglieder, d. h. wir übernahmen die vollen Kosten einschließlich Fahrt und sonstiger Nebenkosten. Für die Verschickung von Kindern sind wir nicht eingerichtet und haben dieses unserer Werkpflege und den kommunalen und karitativen Verbänden überlassen, beteiligten uns aber mit namhaften Zuschüssen.

Bei den von uns durchgeführten Kuren unterscheiden wir zwischen Landkrankenhausaufenthalt für die Fälle, die der ärztlichen Überwachung und besonderer Kost bedürfen, und einfachen Erholungskuren. Die Durchführung von Badekuren ist an sich Sache der Landesversicherungsanstalt. Wo aber diese aus irgendwelchen Gründen eine an sich notwendige Kur nicht durchführen kann, springen wir auch hier mit unseren Mitteln ein. Wir bedienen uns dabei häufig der Einrichtungen der Landesversicherungsanstalt in der Form, daß diese die Kuren durchführt und wir ihr die Kosten erstatten. Manche Mitglieder zogen es vor, die notwendige Badekur auf eigene Kosten zu machen und erhielten von uns einen angemessenen Zuschuß.

Wir hatten Verträge mit folgenden Erholungsheimen:

Amecke am Sorpese	12 Plätze
Brunskappel bei Winterberg	12 "
Siepen bei Iserlohn	6 "
Körbecke am Möhnesee	2 "
Fredeburg (Sauerland)	4 "
Warstein	4 "
Damscheidt im Hunsrück	6 "

Durchgeführt wurden:

für	Kuren		Verpflegungstage	
	1950	1951	1950	1951
Mitglieder	170	436	5 338	12 208
Angehörige	196	286	5 189	8 008
Zusammen	266	722	10 527	20 216
Kinderkuren				
Zuschuß	368	488		18 970

Verwaltungskosten

Die persönlichen Verwaltungskosten einer Betriebskrankenkasse hat nach dem Gesetz der Arbeitgeber zu tragen. Es kommen also als Verwaltungskosten nur die sächlichen Ausgaben in Frage, die die Krankenkasse zu tragen hat. Bei der engen Betriebsverbundenheit trägt aber darüber hinaus der Arbeitgeber vielfach auch noch einen Teil der sächlichen Verwaltungskosten. Das ist auch bei unserer Betriebskrankenkasse in starkem Ausmaße der Fall. Für die Inanspruchnahme der Büroräume, Schreib- und

Rechenmaschinen, aller Geräte und Bürobedarfsartikel, Porto, Telefon, den größten Teil der Formulare, Büroreinigung und vieles andere zahlen wir dem Werk ein jährliches Pauschale von 3000 DM, das die tatsächlichen Ausgaben bei weitem nicht erreicht. Auf der Einnahmeseite erhielten wir Erstattungen für den Einzug der Beiträge zur Renten- und zur Arbeitslosenversicherung und für die Bearbeitung der Versorgung der Kriegsbeschädigten.

Unsere Verwaltungskosten setzten sich wie folgt zusammen:

	Krankenkasse	Werk	Zusammen
Persönliche DM	—	130 373,50	130 373,50
= je Mitglied DM	—	9,25	9,25
= % der Gesamtausgabe	—	4,30	4,30
Sächliche DM	7054,96	20 985,83	28 040,79
= je Mitglied DM	—,50	1,40	1,99
= % der Gesamtausgabe	0,23	0,69	0,92
Zusammen DM	7054,96	151 359,33	158 414,29
= je Mitglied DM	—,50	10,73	11,23
= % der Gesamtausgabe	0,23	4,99	5,22

Mindereingänge - Verluste

Hier werden Ausgaben verbucht, die aus dem Vorjahre stammen und am Schluß des Vorjahres noch nicht bekannt waren. Der Betrag von 9924,50 DM, den wir hierfür einsetzen mußten, setzt sich wie folgt zusammen:

Abgesetzte Beiträge	224,97 DM
Abrechnung LVA Westfalen	
Umlage	3457,50 DM
Abgesetzte Ersatzansprüche und Sonstiges	6242,03 DM
Insgesamt	9924,50 DM

Verhältnis zu anderen Versicherungsträgern

I. Berufsgenossenschaft

In der Hauptsache arbeiten wir mit der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft, Sektion 4, zusammen. Die Zusammenarbeit war nach wie vor sehr gut. Auch die vereinfachte Abrechnung, nach der wir von der Berufsgenossenschaft für jeden gemeldeten Arbeitsunfall 11,75 DM bekommen, hat sich bewährt. Im Berichtsjahr

rungsanstalt. Wir berichteten darüber bereits unter „Vertrauensarzt“.

b) Invalidenversicherung

Die Invalidenversicherung führte im Berichtsjahr 174 Heilverfahren unserer Mitglieder durch, davon 55 Tuberkuloseheilverfahren, und vergütete uns 43 357,61 DM für vorgelegtes Hausgeld.

Wir zogen zur Invalidenversicherung an Beiträgen 4 805 814,50 DM ein und erhielten hierfür eine Vergütung von 10 524,02 DM.

c) Angestelltenversicherung

An Beiträgen zogen wir 604 679,94 DM ein. Die Vergütung hierfür betrug 1321,75 DM.

d) Außenstelle für Kriegsbeschädigte

Wir rechneten hierfür 6752,97 DM ab.

III. Arbeitslosenversicherung

Mit dem Arbeitsamt hatten wir, da wir kaum Arbeitslose haben, wenig Berührung. An Beiträgen für Arbeitslose nahmen wir 1788,92 DM ein.

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die wir an das Landesarbeitsamt abführten, betrugen 1 881 332,99 DM, die Vergütung, die wir hierfür bekamen, belief sich auf 2043,74 DM.

Verbände und Arbeitsgemeinschaften

Wir arbeiteten auch im Berichtsjahr eng mit dem Verband der Betriebskrankenkassen und den Arbeitsgemeinschaften der Betriebskrankenkassen in Dortmund und Hagen zusammen. Auch die Zusammenarbeit aller Krankenkassen in Dortmund in der hierfür bestehenden Arbeitsgemeinschaft war sehr gut und erfolgreich.

An Beiträgen zahlten wir:

An den Verband der Betriebskrankenkassen 4559,80 DM

An die Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen Dortmund 328,32 DM

An die Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen Hagen 227,40 DM

Bei der Arbeitsgemeinschaft der Dortmunder Krankenkassen entstehen keine besonderen Kosten.

Schlußwort

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es der Kasse gelungen ist, im Berichtsjahr allen an sie gestellten Aufgaben gerecht zu werden, und daß ihre finanzielle Leistungsfähigkeit auch für die Zukunft sichergestellt ist. Vieles konnte geschafft werden, aber große Aufgaben warten noch auf ihre Erledigung. Wir denken dabei zunächst daran, daß endlich die schon so lange notwendig gewordene Selbstverwaltung Wirklichkeit wird. Auch die Reform der Sozialversicherung zählt zu den Aufgaben, die uns die nächste Zukunft bringt. Wir möchten diesen Bericht nicht schließen, ohne unseren Mitarbeitern, besonders den ehrenamtlichen, für ihre rege und verständnisvolle Mitarbeit zu danken und uns für das neue Jahr eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit zu wünschen.



Kaufhaus Liebler

Das Kaufhaus mit den kleinen Preisen

DORTMUND - HÖRDE
Alfred-Troppen-Str. 26-30

CASTROP-RAUXEL
Am Markt
und

LÜNEN-SÜD
Jägerstraße 45

MÖBEL SCHRÖDER

Das bekannte Fachgeschäft

mit seiner großen
Auswahl von mehreren
100 Einrichtungen
und Polstermöbeln in allen
Preislagen bieten Ihnen nach wie
vor **Vorteile** im Einkauf

Vergleichen Sie, bevor Sie sich entscheiden,
Preise und Qualität

Dortmund Ruf **Dtmd.-Hörde**
I. Kampstraße 5 41142 Hermannstr. 42/44
Zahlungserleichterung

Diese Gelegenheit müssen Sie nutzen

Beachten Sie unser großes

Sonderangebot

in **Skihosen**
Wintermänteln
Gabardinemänteln
Stutzern
Knaben- und
Mädchenmänteln

Durch die Lieferung der Fabrik direkt an den Kunden **große Leistung, kleine Preise**



Alfons Müller

Wipperfürth

Bekleidungswerke

DORTMUND

WESTENHELLWEG
In d. Krügerpassage, I. Etg.

Von 8 bis 19 Uhr durchgehend geöffnet

Kaufabkommen mit der Westf. Beamtenbank

Das leistungsfähige Spezialhaus für den günstigen Einkauf von

TEPPICHHAUS Pezzer

WESTENHELLWEG NO 57 DORTMUND

GARDINEN

DEKORATIONEN

TEPPICHEN

MÖBEL Hansa

LUTGE BRUCKSTRASSE 20
zeigt Polstermöbel
Einzelmöbel - Kunstgewerbe



Erd- und
Feuerbestattung

LUTGE BRUCKSTR.
Ruf 2 20 37
Särge in großer
Auswahl
Überführungen mit
eigenen Leichenautos

— KAUFABKOMMEN MIT DER WESTFALENHÜTTE —



Wie früher hilft jetzt allen wieder das millionenfach bewährte DEFAKA-Kreditsystem. Dringend notwendige Anschaffungen können Sie nun sofort machen. Sie brauchen nicht mehr mühselig vorher zu sparen.

Sie erhalten DEFAKA-Kredit bei uns ohne große Formalitäten und ohne zu warten. Kredit und Kauf in einem Haus – das erspart Ihnen zusätzliche Wege.

Die guten Qualitäten unserer großen Spezial-Abteilungen sind allbekannt. Vorteilhafte Warenpreise – gleich niedrig bei Barkauf und Kreditkauf – und bequeme Raten haben das Wort geprägt:

Wenn's Bargeld nicht ganz reicht, DEFAKA macht Dir's leicht!

5 wesentliche Vorteile liegen auf der Hand

Größtmöglicher individueller Kredit, Anzahlung nicht Bedingung.

Krediterteilung und Kauf im gleichen Haus. Sofortiger Kreditentscheid. Keine Wartezeit und keine zusätzlichen Wege.

Gleich gute Qualitäten und dieselben niedrigen Warenpreise wie beim Barkauf.

Keine Bearbeitungsgebühr für Krediterteilung. Bequeme Rückzahlung. Geringer Teilzahlungszuschlag.

Nach jeder Ratenzahlung sofortiger Neukauf möglich bis zur vollen Kredithöhe.

DEFAKA-Kredit ist Dauer-Kredit

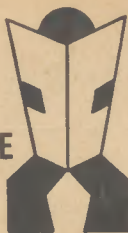
Kaufhaus
KÖSTER



macht Dir's leichter!

DORTMUND, HANSASTRASSE, NEBEN DEM CAPITOL

BLICK IN DIE PRESSE



Wie sieht Deutschlands Zukunft aus?

Die Lage Deutschlands ist gegenwärtig zweifellos gut, aber die Aussichten sind — was die Zukunft betrifft — schlecht. Die Antwort auf die Frage, weshalb, liegt auf der Hand.

In Westdeutschland leben 200 Einwohner auf dem Quadratkilometer, in Frankreich nur 75. In diesem über-völkerten Westdeutschland besteht die Wirtschaft zu 54 Prozent aus Industrie, nur zu 12 Prozent aus Landwirtschaft. Die deutschen Korn- und Kartoffelkammern liegen hinter dem Eisernen Vorhang. Westdeutschland ist heute gezwungen, die Hälfte seines Lebensmittelbedarfes einzuführen, wenn es nicht hungern will.

Zur Bezahlung dieses Importes muß die Bundesrepublik in gigantischem Ausmaß industrielle Erzeugnisse exportieren. Das wiederum bedingt einen rücksichtslosen Konkurrenzkampf um die ausländischen Absatzmärkte.

Wenn wir uns diese erbarmungslose Alternative vergegenwärtigen — erbarmungslos, weil es dabei um Hungern oder Sattessen geht —, dann müssen wir auch die für ganz Europa, für den Frieden und nicht zuletzt auch für unsere eigene französische Wirtschaft entscheidende Bedeutung einer europäischen Regelung und Koordinierung der Wirtschaft unseres Kontinentes begreifen.

Wenn Westdeutschland sich selbst überlassen bleibt, dann muß es gezwungenermaßen, um kaufen und verkaufen zu können, die Industrien anderer Länder erdrücken — oder Hungers sterben. (Rhin France, Saarbrücken)

Natürliche Monopolbetriebe

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung kenne als Wirtschaftssubjekt nur den Unternehmer, erklärte der Direktor der Deutschen Industrie-Werke Berlin-Spandau, Walter Schulze, in einem Vortrag vor der „Gesellschaft für Förderung der öffentlichen Wirtschaft“. Dabei wandte er sich gegen die Auffassung, wonach die Mitbestimmung betriebsfremder Elemente, insbesondere der Gewerkschaften, abzulehnen sei. In den Aufsichtsräten der Kapitalgesellschaften säßen auch betriebsfremde Personen. „Und was den Unternehmern recht ist, ist den Arbeitnehmern billig.“ (Tagesspiegel)

Industrie sichert Koalitionsmandate

Die westdeutschen Industrieverbände stellten in einer offiziellen Mitteilung an die Unternehmer fest, daß bei den letzten Kommunalwahlen überall da, wo sich das Unternehmertum einschaltet habe, der Erfolg für die Bon-

ner Koalitionsparteien nicht ausgeblieben sei. Man habe in einer ganzen Kette von verschiedenen Maßnahmen die Arbeit der Parteien der Adenauer-Regierung unterstützt. Zu diesen Maßnahmen habe u. a. der Druck und die weitgehende Verbreitung von Material gehört, das sich ausschließlich gegen die SPD und gegen den DGB gewandt habe. (Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, Kiel)

Botschaft aus dem Vatikan

Es ist das selbstverständliche Recht des Papstes, in einer Weihnachtsbotschaft auch in der Politik Umschau zu halten und auf Not und Mißstände hinzuweisen. Pius XII. hat in diesem Jahr besonders die sozialen Zustände des Abendlandes behandelt und die Christenheit aufgefordert, noch mehr als bisher zur Bekämpfung der Not und der Sorgen zu tun. Auch das ist sicherlich die Aufgabe des Heiligen Stuhls. Nun hat sich die päpstliche Weihnachtsbotschaft (soweit uns der Wortlaut bekannt wurde) aber mit Ratschlägen, wie dieser Not zu steuern wäre, noch einige Schritte weiter in die politische Arena begeben, und zwar mit so bestimmten Meinungen und Ratschlägen, daß am Ende nahezu ein politisches Programm entstanden ist. Da war davon die Rede, daß dem Überfluß und dem Luxus gesteuert werden müsse, daß die Kapitalisten ihr Geld besser zur Unterstützung der Armen verwenden sollten, statt es ungenutzt in den Tresoren liegen zu lassen. Wo aber die private Wirtschaft die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen könne, solle der Staat mit öffentlichen Arbeiten eingreifen.

Das alles war sicher ausgezeichnet gemeint — und sozial harthörigen Menschen, die es immer gegeben hat und die es auch heute gibt, mit Fug und Recht gesagt. In der allgemeinen Formulierung, wie sie in der Weihnachtsbotschaft gefunden wurde, könnte man aber hier eine Anspielung auf staatswirtschaftliche Experimente vermuten, die besonders dort Widerspruch erzeugen könnten, wo man mit solchen Experimenten schlimme Erfahrungen gemacht hat. Niemand kann und wird verlangen, daß sich Papst Pius XII. zur freien Marktwirtschaft bekennt; aber wenn mancher Hörer seiner Botschaft darin eine Absage an diese Wirtschaftsform zu erkennen glaubte, so könnte man sich fragen, ob das in der Absicht des Papstes lag. (Industriekurier, Düsseldorf)

Wo bleibt die Neutralität?

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das, wie sein Name besagt, sowohl für die Ernährung der Verbraucher als auch für die Belange der Landwirtschaft zuständig ist und deshalb kein leichtes Amt hat, macht die Öffentlichkeit mit einer Erklärung des Deutschen Bauernverbandes bekannt, die sich mit der Preisentwicklung für Butter befaßt. Diese Bekanntgabe des Bundeslandwirtschaftsministeriums ist in doppelter Hinsicht interessant. Einmal deswegen, weil ein Bundesministerium

für die Verbreitung von Ansichten eines großen Interessenverbandes sorgt, dessen Marktpolitik gegenwärtig stark umstritten ist, ohne daß dieses Ministerium seine eigene Stellungnahme hierzu bekanntgibt. Mit dem gleichen Recht kann künftig der Handel vom Bundeswirtschaftsministerium die Publikation seiner Ansichten verlangen, um sie auf diese Weise mit dem Anschein behördlicher Billigung zu versehen. Und schließlich stände, wenn dieser Einzelfall Schule machen sollte, dem Deutschen Gewerkschaftsbund dann auch das Recht zu, vom Bundesarbeitsministerium die kommentarlose Verbreitung gewerkschaftlicher Auffassungen zu verlangen. Man könnte für jedes Ministerium einen solchen Interessenverband finden, und nur in einem einzigen Falle hätte diese neuartige Methode den Reiz des Pikanten, nämlich dann, wenn der Bundesfinanzminister für die Verbreitung der Ansichten des Bundes der Steuerzahler Sorge tragen würde . . . (Stuttgarter Nachrichten)

Stärkung des deutschen Kredits

Das amerikanische Außenministerium gibt seiner Befriedigung über den erfolgreichen Abschluß der Londoner Konferenz zur Regelung der deutschen Auslandsschulden Ausdruck. „Der Kredit der Bundesrepublik und ihrer Staatsangehörigen wird nach Klärung der deutschen Schuldnerposition wesentlich gestärkt und damit der Weg für die uneingeschränkte Beteiligung Westdeutschlands am internationalen Finanz- und Wirtschaftsleben frei gemacht werden.“

Die Londoner „Times“ ist der Ansicht, daß die beschlossene Regelung zu einer Expansion des deutschen Außenhandels beigetragen werde. Als Ergebnis der Konferenz erwartet die „Times“ eine Stärkung der internationalen Kreditwürdigkeit, die sich auf die gesamte Wirtschaftsordnung der deutschen Bundesrepublik vorteilhaft auswirken werde. Der deutsche Außenhandel habe bereits in den vergangenen zwei Jahren einen beträchtlichen Aufschwung erlebt, und die Regelung der deutschen Vorkriegsschulden dürfte dazu beitragen, diesen Außenhandel weiter zu verbessern. (Neue Zeitung, Frankfurt)

Sie sind bereit . . .

„Unsere Freunde haben gezeigt, daß sie bereit sind, den Frieden und den Aufbau des Sozialismus zu verteidigen. Viele Freunde zogen die richtigen Schlußfolgerungen aus der gegenwärtigen Situation und verpflichteten sich, in die Reihen unserer deutschen Volksarmee einzutreten. Margarete Schoenherr, Regina Stolberg, Marlies Neumann und Brunhilde Quenzel aus dem VEB Habaemia haben ein Werbeaktiv gebildet und sich verpflichtet, vier Freunde für die Volksarmee zu werben. Margarete und Regina haben sich weiterhin verpflichtet, selbst in die Reihen der Volksarmee einzutreten. „Greift zum Gewehr, Kameraden — Herz, trommle zornig Alarm“, dieses Lied ist den Teilnehmern des Landeszeitungslagers „Kim Ir-sen“ Verpflichtung.“ (Leipziger Volkszeitung [SED Sachsen])

Mr. Ray in Channah (USA) hat die Stadtverwaltung um die Erlaubnis gebeten, eine zweite Haustür in die Front seines Hauses brechen zu dürfen. Begründet wird das Ersuchen damit, daß Frau Ray bei ehelichen Auseinandersetzungen jedesmal ihren Mann am Ausgehen hindere und, wenn er durch List dennoch entwischt, ihn aussperre. „Sie soll meinethalben ihr Verfügungsrecht über die Haustür behalten“, erklärt Ray, „aber ich will eine andere Tür nur für mich haben, und nur ich darf den Schlüssel dazu bekommen. Sollte die hochlöbliche Stadtverwaltung damit nicht einverstanden sein, wäre ich zu meinem Bedauern gezwungen, die Scheidung einzuleiten.“

— Das nenne ich mir einen tadellosen Druck, um den Herrn-am-Haustürschlüssel-Standpunkt durchzupauken.

Splitter

Das Rezept für eine glückliche Ehe ist einfach: Seid zueinander stets so höflich wie zu euren besten Freunden.

Ein Mann wünscht sich seine Frau klug genug, seine eigene Klugheit zu erlassen, und dumm genug, ihn deshalb zu bewundern.

Viele halten das, was die Regierung für sie tut, für sozialen Fortschritt; das, was sie für andere tut, hingegen für verdammenswerten Sozialismus.

Das einzige, was Kinder schneller abnutzen als ihre Schuhe, sind ihre Eltern.

Figur hat jeder — aber bei Mädchen sieht es hübscher aus.

Gute Erziehung ist die Kunst, eine Frau zu beschreiben, ohne dabei die Hände zu benutzen.

Gewissen ist die leise Stimme, die dir zuflüstert: Diesmal wirst du erwischt werden.

*

Der verlorenste aller Tage ist der, an dem man nicht gelacht hat.
(Chamfort)

Was macht man sich aus der Liebe der ganzen Menschheit, wenn man Zahnweh oder Migräne hat?
(Fontane)

Wer kein freundliches Gesicht hat, darf keinen Laden aufmachen.
(Chinesischer Spruch)

Ich glaube von jedem Menschen das Schlechteste, selbst von mir, und ich habe mich noch selten getäuscht.
(Nestroy)

Eigensinn ist Energie der Dummen.
(Schweizer Volksspruch)

Ein Fisch und ein Gast stinken am dritten Tag.
(Italienischer Volksspruch)

Kein Geld ist vorteilhafter angewandt als das, um welches wir uns haben prellen lassen, denn wir haben dafür unmittelbar Klugheit eingehandelt.
(Schopenhauer)

Das interessiert die Frau

Man darf auch in der Ehe nett sein

Eine Eheberaterin sagte einmal von dem Verhalten des Ehemannes in der Ehe: „Wenn man die Straßenbahn erreicht hat, läuft man nicht mehr hinter ihr her.“ Mit der Ehe fühlt sich der Mann der aufreibenden Mühe enthoben, die Geliebte für sich zu erobern; er wendet sich beruhigt der Aufgabe zu, für sie zu sorgen. Niemals dämmert es ihm, daß auf diese Weise die tiefste Sehnsucht ihres Herzens unbefriedigt bleibt: die Sehnsucht nach ein wenig Romantik in der Liebe.

Romantik in der Liebe ist jeder normalen Frau ebenso wichtig wie materielle Sicherheit und die Treue ihres Mannes. Die meisten Frauen heiraten sogar in erster Linie aus diesem Grunde. Welcher Mann hat je das Herz eines Mädchens gewonnen, indem er ihr versprach: „Ich will den Garten umgraben, die Rechnungen pünktlich bezahlen und eine Lebensversicherung zu deinen Gunsten abschließen“? Nein, statt dessen behauptet er: „Liebling, ich kann ohne dich nicht leben. Ich möchte dich immer in meinen Armen halten.“ Und sie glaubt ihm.

Eingehüllt in diesen Zaubermantel seiner Anbetung tritt sie erwartungsvoll in die Ehe. Doch im Gegensatz zum Mann ist sie nicht gewillt, den Mantel nun abzulegen und ihre Liebe einzig und allein durch Fußbodenschrubben zu beweisen. Die pünktliche Erledigung der Hausarbeiten ist zwar auch ein Beweis ihrer Liebe, aber diese Arbeiten sind für sie selten das, was für den Mann der Beruf ist — nämlich ein Ersatz für Leidenschaft. Für die Frau ist die Liebe ein seelischer Dauerzustand. Und die Liebe wird dadurch, daß zwei Menschen beschließen, ihr Leben miteinander zu teilen, nicht einfach zu einer Selbstverständlichkeit.

Ich glaube, daß für die meisten Frauen nichts eine größere Rolle spielt als lieben und geliebt zu werden. Von der Natur ist ihnen Gefühl, Hingabevermögen, Opferbereitschaft, Wärme, Mitleid und Empfindsamkeit mit auf den Weg gegeben worden.

Ich weiß sehr wohl, daß es viele Frauen gibt, die dumm und zänkisch sind; Ehefrauen, die schlampig und langweilig werden und nichts dafür tun, sich die Neigung ihres Mannes zu erhalten. Aber andererseits würden viel mehr Frauen danach trachten, schön und anziehend zu sein, wenn sie öfter die beglückende Wirkung eines Kompliments gekostet hätten.

Wenn ich ein Mann wäre, dann würde ich jeden Tag damit beginnen, meine Frau ein paar Augenblicke in die Arme zu nehmen. Dies innige Miteinandersein sollte zu einem so festen Bestandteil unseres täglichen Lebens werden, daß jeder von uns sich verloren vor käme, wenn er es missen müßte. Es sollte ein Symbol sein für jenes blinde, stürmische Gefühl des Zusammengehörens, das wir zu Beginn empfanden — ein Augenblick, in dem wir einander nahe sein und uns gegenseitig Kraft geben sollten für alle Anforderungen des Tages. Und ungeachtet alles dessen, was sich zwischen uns drängen würde, sollte diese Umarmung unsere Einigkeit und Verbundenheit am Ende des Tages zu guter Letzt sein.
(Aus Better Homes & Gardens)

Was die Frauen tragen sollen

Wir Rathmänner, alte und neue, von Berlin und Köln thun kund durch diesen Brief, daß wir in unserem Rathe einmütig übereingekommen sind, wie die folgenden Punkte sollen Jahr aus Jahr ein gehalten werden. Zum ersten wollen wir, daß weder Frauen noch Jungfrauen an Armspangen oder Geschmeide mehr tragen sollen als eine halb Mark werth ist. Ferner sollen weder Frauen noch Jungfrauen golddurchwirkte Tücher tragen, die mehr kosten als eine Mark. Ferner befehlen wir, daß weder Frauen noch Jungfrauen Zobelpelz und Besatz auf ihren Kleidern und Mänteln tragen...

Polizeiverordnung aus dem Jahre 1335

Die armen, armen Frauen vor 600 Jahren!



Unser Briefkasten

Viele Dankesbriefe

haben wir in den letzten Wochen erhalten — von unseren Rentnern, Witwen und auch von Organisationen. Aus der Fülle der Schreiben greifen wir wahllos einige heraus.

Frau Marta F., Brilon:

In ganz besonderer Dankbarkeit möchte ich mich bei der Leitung der Westfalenhütte für das empfangene Weihnachtsgeld bedanken. Die Freude beim Empfang des noch höheren Betrages als im letzten Jahr rührte mich aufs tiefste. Ich danke noch einmal herzlich dafür. Ebenso für die Rente, die mir monatlich geschickt wird. In engster Verbundenheit im Sinne meines verstorbenen Mannes wünsche ich der gesamten Leitung der Westfalenhütte gesegnete Weihnachten und ein erfolgreiches neues Jahr.

Frau H. K., Norderney:

Recht herzlich danke ich für die mir durch die Geldspende erwiesene Weihnachtsfreude. Mit großer Freude las ich in dem Schreiben, daß das Werk wieder einen großen Aufstieg zu verzeichnen hat. Ich danke auch herzlich für die mir im Monat zugewiesene Rente. Man fühlt sich doch immer verbunden mit der Arbeitsstätte des so tragisch ums Leben gekommenen Mannes.

Kath. Kindergarten, Kurl:

Für Ihre gütige Beihilfe zur Gestaltung einer frohen, festlichen Kinder-Weihnacht sei Ihnen tausendfacher Dank aus glücklichen Kinderherzen, verbunden mit den besten Grüßen und Wünschen.

Knaben- und Jugendheim
der Inneren Mission, Sölde:

In sehr freundlicher Weise haben Sie auf unsere Bitte um eine Weihnachtsgabe für unsere Kinder und Jugendlichen geantwortet. Über Ihre Gabe haben wir uns sehr gefreut und danken Ihnen sehr herzlich dafür.

Dr. med. habil. O. L.

Ihre Zeitschrift finde ich außerordentlich wertvoll. Sie vermittelt dem Nicht-Werksangehörigen, der aber doch als Bürger der Stadt mit vielen Ihrer Gefolgschaft in enger Verbindung steht, gute Einblicke in die Belange des Werkes und unterrichtet darüber hinaus jeden in vortrefflicher Weise über die sozialen Probleme unserer Zeit in einem sympathischen Geiste.

E. L., Neubauabteilung:

Wir wollen gern unterstellen, daß Sie, wie Sie schreiben, „seit 35 Jahren immer SPD gewählt“ haben. Aber das ist an sich kein politischer oder kommunalpolitischer Befähigungsnachweis. Jedenfalls liegen Sie mit Ihrer Einstellung, wie Sie sie äußern, außerordentlich quer. Man muß nicht nur über etwas nachdenken, sondern man muß versuchen, es zu durchdenken. Da hapert es bei Ihnen. Wir können uns gern mal darüber unterhalten. Das hat mit einer parteipolitischen Handhabung nichts zu tun. Wenn Sie verlangen: „... diesen Artikel ungekürzt und wortgetreu zu veröffentlichen“, so lehnen wir ein solches Verlangen kurz und knapp ab. So etwas konnte einstmals Goebbels verlangen. Heute haben wir Pressefreiheit, und da kann eine Redaktion — denn die Freiheit gilt auch für sie — niemand anders unterworfen sein als ihrem Gewissen und ihrer Verantwortung gegenüber dem Werk, der Belegschaft und der Allgemeinheit — nicht aber einem einzigen — wenn auch noch so hochgeschätzten — Belegschaftskollegen.

H. O., Elektr. Abteilung:

„Ja, wenn ich“ — ich meine den Hinweis in der November-Ausgabe — „etwas besser weiß“, dann soll ich es auch tun.“ Du hast recht. Verbesserungsvorschläge werden immer gern angenommen. Aber glaubst du, daß es uns nur um die ausgezahlte Prämie geht? Viel lieber sehen wir doch unsern Vorschlag, wenn er als gut anerkannt wird, auch ausgeführt. Das ist aber keineswegs immer der Fall. Was nützt es, daß ein Vorschlag eingereicht wird, wenn er nach der Bewertung irgendwo in der Schublade ruht. „Schließlich geht der Betrieb 50 Jahre ohne die Verbesserung und wird es auch weiter tun“, sagte man mir mal auf mein Vorhalten. — Das ist meine Erfahrung, die ich mit Verbesserung gemacht habe.

R. S., Walzwerk:

Meinungen können sich sehr wohl ändern. Auch um 180 Grad. Auch in dieser heißen Frage. Wir zitieren: „Die Bundesregierung erklärt ihre feste Entschlossenheit, die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern!“ (Bundeskanzler Adenauer am 24. November 1949.) „An der grundsätzlichen Gegnerschaft des Bundeskanzlers gegen eine deutsche Wiederaufrüstung hat sich nichts geändert! Nach wie vor sei der Kanzler der Auffassung, daß eine deutsche Wiederaufrüstung eine nicht zu unterschätzende Gefahr für den demokratischen Aufbau bedeute.“ (CDU-Pressedienst vom 2. September 1949.) — Diese Zitate sind keine redaktionelle Stellungnahme. Sie sollen nur als Beweis dienen: was heute schwarz ist, kann morgen sehr wohl weiß sein.

Preis ausschreiben!

Zum letzten Male haben wir in dieser Ausgabe einige Wörter, Silben oder Buchstaben auf den Kopf gestellt. Haben Sie sie entdeckt? Und Sie haben auch die bisherigen „technischen Fehler“ in den früheren Ausgaben gefunden? Dann brauchen Sie jetzt nur noch die Silben so zu ordnen und zusammenzusetzen, daß sich aus ihnen ein Satz ergibt, der für viele Betriebe eine heute eigentlich selbstverständliche Forderung ist, die in unserem Werk bereits seit Jahren erfolgreich durchgeführt wird.

An Preisen setzen wir aus:

- | | |
|------------------|---------|
| 1. Preis | 50,— DM |
| 2. Preis | 40,— DM |
| 3. Preis | 30,— DM |
| 4. Preis | 25,— DM |
| 5. Preis | 20,— DM |
| 6. Preis | 15,— DM |
| 7.—10. Preis je | 10,— DM |
| 11.—16. Preis je | 5,— DM |

Gehen mehrere richtige Lösungen ein, so werden die Preise verlost.

Teilnahmeberechtigt ist jedes Belegschaftsmitglied.

Einsendungen müssen spätestens am 15. Februar 1953 um 12 Uhr bei der Pressestelle, Dortmund, Eberhardstraße 23, eingegangen sein. Sie müssen Vor- und Zunamen des Einsenders, Betriebsabteilung, evtl. Markennummer, enthalten und den Vermerk tragen: „Preis ausschreiben“.

Das Preisrichterkollegium besteht aus: Arbeitsdirektor Berndsen, Betriebsratsvorsitzender Schwentke, Rechtsanw. Hümme, Redakteur Hoischen. Die Entscheidung der Preisrichter ist unanfechtbar.

Die Preisträger werden in der März-Ausgabe 1953 des Mitteilungsblattes veröffentlicht.



Winterberg — Aussichtsturm Kahler Asten

UNSERE HEIMAT

Winterberg

Dem Sportler, dem Sommerfrischler, dem Naturfreund, der nicht von der Sucht ergriffen wird, die Ferien so weit vom Heimatort entfernt zu erleben, als es nur eben möglich ist, wurde Winterberg schon längst zum festen Begriff. Autobusse und Eisenbahn wetteifern, daß man Westdeutschlands höchstgelegene Stadt (700—842 m) vom Industriegebiet aus auf die schnellste Art erreicht.

Eine Höhe von 842 m verzeichnet der Kahle Astenberg, der von Winterberg aus mit Wagen oder Bus in wenigen Minuten auf einer Landstraße, die

durch immer neue Ausblicke über- rascht, zu erreichen ist. Der Fußgänger benötigt etwa eine Stunde, bis er die Höhe erreicht hat.

Es muß allerdings gesagt werden, daß der „Kahle“ seinen Namen heute nicht mehr mit Recht trägt, denn es sprießt und grünt dort oben von Fichten und Kiefern. Es muß auch gesagt werden, daß die Lennequelle nicht mehr quillt und man sich vergeblich den Kopf zerbricht, wieso die Lenne ohne Quelle überhaupt noch lebensfähig ist. Als drittes müssen wir noch hinzufügen, daß der Aussichtsturm zur Zeit keine Aussicht bietet, da er von den Eng- ländern als Funkturm eingerichtet wurde. Trotzdem ist die Aussicht von der Kuppe des Kahlen Asten über das Land der tausend Berge so überaus eindrucksvoll, daß der Aufstieg sich immer lohnt.

Es ist bekannt, daß die Umgebung Winterbergs die besten Schneeverhält- nisse Westdeutschlands aufzuweisen hat. Die Übungsplätze am Nordabhang des Asten, am Herrloh und in der Büre, liegen in Stadtnähe. Man findet dort einen Slalomhang, eine Bobbahn mit Motoraufzug sowie eine Eisbahn für Schlittschufläufer. Weithin sichtbar ragt die Sankt-Georg-Sprungschanze am Herrloh.

Kilometerweite Strecken führen durch die märchenhaft verschneite Landschaft des Sauerlandes. Der Winterwind traut

sich genügend Kraft zu, alle Sorgen und Grillen wegzulegen. Wer zum erstenmal nach Winterberg kommt, wird wohl als ersten Eindruck das herbe Landschaftsbild der Winter- berger Hochebene im besonderen Maße empfinden. Wenn im Flachland der Frühling mit seiner Blütenpracht schon vergangen ist, hält er im Sauer- land erst seinen Einzug.

Um die etwas höher gelegene Kirche Winterbergs gruppieren sich die schie- ferbeschlagenen Häuser. Wenn man die „City“, das elegante kleine Ge- schäfts- und Hotelzentrum, hinter sich gelassen hat, ist man gleich von der ländlichen und sehr reizvollen Klein- stadtatmosphäre umgeben, die Winter- berg sich bewahrt hat. Die runden Holzstöbe stehen wie zu Urvaters Zeiten kunstvoll geschichtet vor den Häusern. Hier und da findet man noch einige alte Bauten, die von den beiden Bränden, die die Stadt einst heim- suchten, verschont geblieben sind.

— L. T. —



Winterberg — Kurhaus



Walter Freitag

An der Schwelle des neuen Jahres

Das Jahr 1953 ist ein Jahr wichtiger Entscheidungen für unser Volk. Darüber hinaus ist es mit schweren Hypothesen und ungelösten Problemen des vergangenen Jahres belastet.

Es ist immer gut, zu wissen, woran man ist. Und die Gewerkschaften wollen über ihre Sorgen, über ihre Wünsche und über ihre Meinung niemanden im unklaren lassen.

Sie sind besorgt darüber, daß ein durch eine rücksichtslos ausgenützte Parlamentsmehrheit gegenüber den Arbeitern, Angestellten und Beamten durchgesetzter Kurs zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Spannung führen konnte. Sie sind besorgt, daß Egoismus und Unverstand auch weiterhin den Arbeitnehmern in unserem Volke den gerechten und angemessenen Anteil am Sozialprodukt vorenthalten.

Die Gewerkschaften warnen nachdrücklichst davor, die unvermeidlichen Kosten einer eventuellen Wiederbewaffnung Deutschlands einseitig auf die Schultern der wirtschaftlich schwachen Bevölkerung abzuwälzen und die ohnehin katastrophale Lebensbasis der Unterstützungsbedürftigen und Rentner weiter zu erschüttern.

Der DGB hat erneut seine Bereitschaft zur loyalen Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern erklärt. Die Gewerkschaften wünschen aber nachdrücklichst, daß jeder Klassenkampf von oben aufhört. Es muß Schluß gemacht werden mit den Versuchen, politische Kräfte, alle möglichen Organisationen und Propagandamittel zur Bekämpfung und Schwächung der Gewerkschaften einzusetzen. Die Drohungen mit einer erneuten gesetzlichen Knebelung der Gewerkschaften schaffen keineswegs den von uns allen erhofften sozialen Frieden. Ebenso wenig sind die Bemühungen, Streikbrecherorganisationen zu schaffen, geeignet, das Vertrauen von Millionen Gewerkschaftern zu fördern und den inneren Frieden zu bringen. Man soll auch damit aufhören, von außen unberechtigtes Mißtrauen ins Volk zu tragen. Die Gewerkschaften sind und bleiben ein Hort der Toleranz allen denen gegenüber, die ebenfalls tolerant sind und handeln. Sie sind und bleiben parteipolitisch neutral allen denen gegenüber, die die Gesetze der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit achten.

Die Gewerkschaften haben die bittere Erfahrung des letzten Jahres keinesfalls vergessen. Sie haben auch nicht vergessen, daß es der Bundeskanzler selbst war, der den Deutschen Gewerkschaftsbund darauf hinwies, daß die in diesem Jahr stattfindenden Bundestagswahlen die Möglichkeit geben, die gewerkschaftlichen Auffassungen über die Mitbestimmung und die Neuordnung unserer Wirtschaft vor dem Volk zu vertreten und durchzusetzen.

Die Gewerkschaften werden von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Sie werden, ohne in den Parteienkampf einzugreifen, den Arbeitern, Angestellten und Beamten raten, die Haltung der bisherigen Vertreter des Volkes zu den berechtigten und verantwortungsbewußten Forderungen der Gewerkschaften zum Prüfstein ihrer Entscheidung über die nächsten vier Jahre zu machen.

Die Gewerkschaften werden auch im Jahre 1953 ihre ganze Kraft einsetzen für den Frieden und die Freiheit, für Gerechtigkeit und soziale Sicherheit.

Sie werden dabei mit allen gemeinsam streben, die aus innerem Herzen das gleiche wollen.

Walter Freitag

Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

*Nachstehende Belegschaftsmitglieder
feierten im Monat Dezember 1952 ihr Dienstjubiläum*

40jähriges Dienstjubiläum

Padberg, Josef	Maschinenabteilung Hochofen
Höhne, Reinhold	Maschinenabteilung Hochofen
Feldmann, Karl	Lokomotivwerkstatt
Lukowiak, Franz	Mechanische Werkstätten
Tepel, Christian	Elektrotechnische Abteilung
Millies, Ernst	Maschinenabteilung Walzwerk I/III
Hanz, Michael	Hafen Hardenberg

25jähriges Dienstjubiläum

Orth, Rudolf	Hafen Hardenberg
Steins, Johann	Sozialabteilung
Lizan, Johann	Kaltwalzwerk
Köchling, Franz	Spezialblechwalzwerk
Voigt, Edmund	Zurichterei I
Horst, Heinrich	Elektrotechnische Abteilung
Schneider, Paul	Martinwerk
Falk, Benno	Maschinenabteilung Walzwerk I/III
Cybula, Reinhold	Maschinenabteilung Hochofen
Nowak, Heinrich	Eisenbahnabteilung
Kunzig, Franz	Blechwalzwerk I/II

Krapholz, Hugo	Blechwalzwerk I/II
Ewert, Hermann	Breitbandwalzwerk
Jankowski, Max	Grubenausbau
Kuhlmann, Richard	Maschinenabt. Walzwerk I/III
Bartsch, Karl	Eisenbahnabteilung
Heinrich, Konrad	Eisenbahnabteilung
Hömberg, Anton	Bauabteilung
Lüneburg, Ferdinand	Maschinenabt. Walzwerk I/III
Zenz, Josef	Mechanische Werkstätten
Gallinski, Hermann	Elektrotechnische Abteilung
Hinze, Karl	Werkaufsicht
Kniest, Wilhelm	Drahtwalzwerk
Wicke, Otto	Thomaswerk
Engel, Richard	Thomaswerk
Koloska, Gustav	Thomaswerk
Schulz, Erich	Zurichterei
Nalewski, Paul	Walzwerk I
Waskowiak, Norbert	Maschinenabt. Betr.-Werkst.
Lewin, Max	Maschinenabteilung Stahlwerke
Becker, Wilhelm	Eisenbahnabteilung
Schleuder, Bernhard	Elektrotechnische Abteilung
Nemetz, Gustav	Bauabteilung
Sielski, Johann	Bauabteilung
Schilling, Otto	Verbandstuben
Berg, Josef	Stahlkontrolle
Zirklewski, August	Gärtnerei
Kiwitt, Josef	Hochofen

*Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft
wünschen nochmals alles Gute*

DGB weist Dehlers Angriffe auf Arbeitnehmer zurück

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in einer Erklärung die Angriffe des Bundesjustizministers Dr. Thomas Dehler auf dem Bundesparteitag der FDP in Bad Ems zurückgewiesen. In einer Presseverlautbarung erklärt der DGB-Bundesvorstand, Dehler habe in seiner Rede die These aufgestellt, daß die Gewerkschaften zu Unrecht Anspruch auf einen Anteil am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erhoben hätten. „Um die Sache voll zu machen, versicherte der Minister, daß der deutsche Wiederaufbau einzig und allein das Verdienst von Unternehmern und Wirtschaftspolitik gewesen sei.“ Diese Ausführungen seien, so heißt es weiter, vielleicht symptomatisch „für des Doktors Temperament, der in der Regel nachträglich überlegt und dann schließlich selbst über das erstaunt ist, was er gesagt hat. Wer sich auch nur schemenhaft an die furchtbaren Jahre nach dem Zusammenbruch erinnert, an den Kampf um jede Schraube und das Ringen um die Erhaltung durch Demontage bedrohter Arbeitsplätze, der kann doch zunächst nur an den Arbeiter als den unmittelbar Beteiligten denken . . .“

Unsere Jugend

Arbeitslosenversicherungsschutz für Lehrlinge

Am 1. November 1952 ist ein Gesetz in Kraft getreten, mit dem die Versicherungspflicht für Lehrlinge innerhalb der letzten zwölf Monate der Beschäftigung eingeführt wurde. Bisher konnten Jugendliche, falls sie nach Beendigung der Lehre arbeitslos wurden, günstigenfalls Arbeitslosenfürsorgeunterstützung beziehen, die von der Anerkennung einer Bedürftigkeit abhängig war; jetzt haben sie einen Rechtsanspruch auf versicherungsmäßige Unterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung wird nach der zuletzt bezogenen Lehrlingsvergütung berechnet. Maßgebend wird in aller Regel die Lehrlingsvergütung sein, die der arbeitslos gewordene Lehrling durchschnittlich in den letzten 13 Wochen bzw. drei Monaten seines Beschäftigungsverhältnisses verdient hat. Wenn auch weder die Lehrlingsvergütung noch die sich daraus errechnende Arbeitslosenunterstützung ausreichen, den Lebensunterhalt zu decken, so wird doch mit dieser auf Rechtsanspruch basierenden Unterstützung die Lage der arbeitslos gewordenen Lehrlinge etwas verbessert.

Das Gesetz sieht noch eine besondere Übergangsregelung vor. Im Normalfall ergeben die letzten 12 Monate einer versicherungspflichtigen Beschäftigung eine Unterstützungsdauer von 26 Wochen (§ 99 AVAVG). Wenn das Lehrverhältnis im Frühjahr des Jahres 1953 endet, die restliche Lehrzeit vom Inkrafttreten des Gesetzes an also weniger als 26 Wochen (1½ Jahr) beträgt, werden nur die letzten 26 Wochen vor Beendigung des Lehrverhältnisses als versicherungspflichtig betrachtet. Die im Frühjahr 1953 (bis April 1953) aus dem Lehrverhältnis ausscheidenden Lehrlinge erhalten damit übergangsweise auch nur eine Unterstützung von 13 Wochen, wenn die restliche Ausbildungszeit vom 1. November an gerechnet also weniger als 26 Wochen beträgt.

Unser Werk wird — wie in den Vorjahren, so auch künftig — alles daransetzen, um jeden Lehrling nach Abschluß seiner Lehre an geeigneter Stelle einzusetzen.

FÜR UNSERE SCHWER- BESCHÄDIGTEN

Steuervergünstigung für körper- beschädigte Familienangehörige

Oft ist nicht der Steuerzahler selbst, sondern seine Ehefrau oder eins der Kinder körperbeschädigt, sei es infolge von Fliegerangriffen oder sonstigen Kriegseinwirkungen oder infolge Unfall oder Geburtsfehler, Kinderlähmung usw. Wird nach dem Bundesversorgungsgesetz eine Rente gezahlt, so ist der Fall ohne weiteres klar. Der Rentenbescheid dient dem Finanzamt gegenüber als Nachweis. In allen anderen Fällen muß durch eine amtsärztliche Bescheinigung der Nachweis geführt werden, daß eine „dauernde Einbuße der körperlichen Beweglichkeit, eine äußerlich erkennbare Körperbehinderung und infolgedessen eine Erwerbsminderung von mindestens 25% vorliegt“. Wohlgedenkt: nicht die Körperbeschädigung selbst, sondern die körperliche Behinderung muß äußerlich erkennbar sein. Diese Feststellung ist aber nicht Sache des Finanzamtes, sondern ganz allein des Amtsarztes. Jedoch muß er die genannten Merkmale in seiner Bescheinigung zum Ausdruck bringen. Ob nun die Ehefrau oder das Kind körperbeschädigt ist, stets kann das steuerpflichtige Familienoberhaupt in den genannten Fällen für sich einen Steuerfreibetrag geltend machen, und zwar können Lohnsteuerzahler denjenigen Freibetrag beantragen, der für Nichterwerbstätige gilt. Einkommensteuerzahler erhalten den für außergewöhnliche Belastung anteilmäßig festgesetzten Freibetrag.

Unfälle im Monat Dezember

Im Dezember 1952 ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 151 leichte Unfälle, auf dem Wege von bzw. zur Arbeit 17 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Beleg- schaftszahl	leicht	schwer	tödl.	Summe
Hochofen	780	9 (12)	— (—)	— (—)	9 (12)
Zementfabrik	86	1 (2)	— (—)	— (—)	1 (2)
Thomaswerk	306	14 (5)	— (—)	— (—)	14 (5)
Martinwerk	537	9 (11)	— (—)	— (—)	9 (11)
Steinfabrik	137	3 (3)	— (—)	— (—)	3 (3)
Phosphatmühle	81	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Kaliberwalzwerke	1071	16 (27)	— (—)	— (—)	16 (27)
Blechwalzwerk I/II	371	10 (8)	— (—)	— (—)	10 (8)
Werk Barop	531	10 (18)	— (—)	— (—)	10 (18)
Breitbandwalzwerk	164	1 (1)	— (—)	— (—)	1 (1)
Spez. Blechwalzwerk	154	4 (3)	— (—)	— (—)	4 (3)
Preß- und Hammerwerk	182	6 (7)	— (—)	— (—)	6 (7)
Grubenausbau	44	1 (5)	— (—)	— (—)	1 (5)
Kaltwalzwerk	317	6 (4)	— (—)	— (1)	6 (5)
Drahtverfeinerung	338	3 (4)	— (—)	— (—)	3 (4)
Maschinenabteilung	1420	13 (8)	— (—)	— (—)	13 (8)
Elektrotechn. Abt.	478	3 (3)	— (—)	— (—)	3 (3)
Mech. Werkstätten	540	3 (6)	— (—)	— (—)	3 (6)
Eisenbahnbetriebe	946	15 (12)	— (—)	— (—)	15 (12)
Baubetriebe	467	9 (5)	— (—)	— (—)	9 (5)
Fahrbetrieb	73	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Versuchsbetriebe	141	2 (2)	— (—)	— (—)	2 (2)
Sonstige Betriebe	365	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Lehrwerkstatt	243	9 (6)	— (—)	— (—)	9 (6)
Sozialbetriebe	334	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Hauptverw. u. Betr.-Ang.	1707	1 (3)	— (—)	— (—)	1 (3)
Summe	11 813	151 (155)	— (—)	— (1)	151 (156)
Wegeunfälle		17 (18)	— (—)	— (1)	17 (19)

Sie wurden belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk bzw. von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft:

Josef Bauer, Werk Barop
August Wichmann, Thomaswerk
Günter Bröckelmann, Kaliberwalzwerke, und
Fritz Hoedt, Hochofen.

Es kann vorkommen . . .

daß jemand sein soziales Gewissen entdeckt. Vielleicht wirft er in die Sammelbüchse der Arbeiter-Wohlfahrt oder in den kirchlichen Klingelbeutel einige Groschen. Vielleicht denkt er dann sogar, sein soziales Hühnerauge entschmerzt zu haben. Man kann es auch anders machen, wie in einer Münchener Zeitung zu lesen ist:

„Im Verein für freiwillige Armenpflege war das Hauptthema die Vorbereitung des ‚Armenballs‘, der zum erstenmal seit 1933 im nächsten Fasching wieder stattfinden wird. Schauplatz dieses traditionellen Festes, das einst zu den größten gesellschaftlichen Ereignissen zählte und im Holtheater den Karneval für die ‚Prominenz‘ einleitete, wird das Deutsche Theater sein. Kronprinz Rupprecht hat, wie früher, das Protektorat übernommen. Der Erlös des repräsentativen Balles, zu dessen Gestaltung Staatsballettmeister Ornelli mehrere Vorschläge machte, kommt den verarmten Einwohnern unserer Stadt zugute.“

Welch „mildtätige“ Arroganz, dieses soziale Alibi der „Prominenz“! Wir werden wahrlich in die Vorstellung versetzt, im Jahre 1860 zu leben, wo ein Hopsassa der Prominenz „für die Ärmsten der Armen“ den Freibrief für Wasweißchalles abgab.

Heute ist jeder in Deutschland von so viel Leid und Not umbrannt, heute bei den Millionen Vertriebenen, Rentnern, Invaliden, daß er in seiner unmittelbaren Nachbarschaft Gutes bis zur Selbstaufgabe tun kann — wenn er will. Ein „Armenball“ ist eine entehrende Ironisierung der trotz aller sozialen Pflasterchen herrschenden Not. Und was hier für den Armenball gilt, gilt wahrlich für manche Erscheinungsform angeblich sozialer Betätigung.



Das Buch für Dich

WALTHER PAHL:

Rohstoffe.

Der Kampf um die Güter der Erde.

400 Seiten Großoktav mit 30 Bildern und 28 graphischen Darstellungen. In Leinen 22,— DM. Wilhelm-Goldmann-Verlag, München.

In dem neuen Buch von Pahl über die Rohstoffe geht es um das „Brot“ der Industrie. Hier werden die vielen Probleme von dem dramatischen Verlauf des Rohstoffkampfes der Weltmächte knapp, anschaulich und übersichtlich zusammengefaßt. Niemand kann sich auf die Dauer den wirtschaftlichen und politischen Fragen der Gegenwart entziehen, und darum ist Pahl's Buch mit seiner klaren Übersichtlichkeit als ein Standardwerk zu bezeichnen. Für ihn sind wissenschaftliche Tatsachen keine Anhäufung von Statistiken und keine trockene, tote Materie. Er gibt eine Bilanz des weltwirtschaftlichen Strukturwandels vom Ende der dreißiger Jahre bis heute und zeigt auf, wie die

Rohstoffwirtschaft der Erde durch den zweiten Weltkrieg eine tiefgreifende Umwandlung erfahren hat. Die Auseinandersetzungen der Weltmächte sind durch das Streben beherrscht, ihr Rohstoffpotential möglichst stark zu machen.

Rohstoffe sind die Güter der Erde. Sie sind ein Geschenk der Natur für alle Menschen, aber — wer die Rohstoffe besitzt, hat den wirtschaftlichen Hebel in der Hand. Da es zu dauernden Verschiebungen auf der Rohstoffkarte der Welt kommt, werden in wachsendem Maße die chemischen Fabriken zu Rohstoffproduzenten. Die Wissenschaft siegt über die Natur, und das chemische Labor ist zu einer Rohstoffquelle ersten Ranges geworden.

Aus allen diesen Abhandlungen geht das eine hervor: hinter allem steht der Mensch. Daher ist das Buch so lebendig von der ersten bis zur letzten Seite.

Walther Pahl, dessen erstes Nachkriegsbuch hier vorliegt, hat sich durch seine großen Übersichtsbücher „Wetterszonen der Weltpolitik“, „Weltkampf um Rohstoffe“, „Das politische Antlitz der Erde“ und durch einige kleinere Arbeiten in den vergangenen Jahren einen außerordentlichen Ruf geschaffen. Die genannten Bücher erreichten eine Auflage von über 400 000 Exemplaren, und es ist bezeichnend, daß sie bald nach Kriegsbeginn im „Dritten Reich“ verboten wurden und nicht mehr gedruckt werden durften, weil sie einen zu guten Einblick in die internationalen Zusammenhänge gaben. Wir können das Buch sehr empfehlen.

BETRIEBS- KRANKENKASSE

Neues Röntgengerät in der werkärztlichen Dienststelle

Unsere ärztliche Dienststelle hat eine wertvolle Neuerwerbung zu verzeichnen. Nachdem das Röntgenreihengerät erneuert worden ist, wurde nunmehr auch ein den modernen Erfordernissen entsprechendes Diagnostikgerät beschafft. Bestehend in seinem einfachen und schönen äußeren Aufbau weist es im Vergleich zu unserem alten Gerät wesentliche Vorteile auf. Der Stromumformer ist erheblich kleiner geworden, obwohl er ein Drittel mehr an Leistung abgibt als der des alten Geräts. Durch diese vermehrte Leistungsbereitschaft lassen sich Aufnahmen in Bruchteilen von Sekunden machen, wodurch einmal die Belastung der Röntgenröhre herabgesetzt wird, zum anderen die Bildschärfe größer wird, da Körperbewegungen sich kaum noch störend bemerkbar machen können.

Eine ganz wesentliche Neuerung liegt in dem automatischen Stromspannungsausgleich. Der Apparat besitzt einen Fühlmechanismus, der die unvermeidlichen Stromschwankungen des Netzes ausgleicht. Fortgesetzt arbeitet ein System von Vorrichtungen, um der Röntgenröhre den bestgeeigneten Strom zuzuführen.

Besonders vorteilhaft ist auch die Ausstattung des Geräts mit einer fahrbaren Fußbank. Bisher mußte bei Reihendurchleuchtungen für die verschiedenen Größen der zu Untersuchenden der Fußtritt von Hand verstellt werden. Bei unserem neuen Gerät genügt ein Hebeldruck, um den zu Untersuchenden in die gewünschte Höhe hinauf- oder herabzufahren oder auch in einen beliebigen Neigungswinkel zu versetzen. Da diese Fußbank außerdem noch beleuchtet ist, wird ein Stolpern oder Sichstoßen, wie es früher bei der Dunkelheit, die nun in einem Röntgenzimmer herrschen muß, oft der Fall war, jetzt vermieden.

Mit diesem Gerät wird das Modernste, was z. Z. auf dem Röntgenmarkt erhältlich ist, unserer Belegschaft zur Verfügung gestellt. Wir sind unserer Krankenkasse, die die dafür erforderlichen Mittel aufbrachte, zu Dank verpflichtet.

Wahlen zur Vertreterversammlung

Der Bundeswahlbeauftragte hat die Zahl der Mitglieder der Vertreterversammlung für die Gemeinsame Betriebskrankenkasse der Westfalahütte Aktiengesellschaft Dortmund und der Hoesch Aktiengesellschaft, deren Bezirk sich über alle Betriebe der Westfalahütte und der Hoesch Aktiengesellschaft erstreckt, soweit sie nicht eine eigene Betriebskrankenkasse haben, auf 31 Personen festgesetzt; davon entfallen 30 auf die Versicherten, eine auf den Arbeitgeber.

Für jedes Mitglied der Vertreterversammlung sind ein Vertreter sowie ein erster und ein zweiter Stellvertreter vorzuschlagen. Bei der Aufstellung der Vorschlagslisten empfiehlt sich die Berücksichtigung des Falles, daß Mitglieder der Vertreterversammlung in den Vorstand gewählt werden können und daher aus der Vertreterversammlung ausscheiden müssen.

Hiermit ergeht die öffentliche Aufforderung, Vorschlagslisten unter Berücksichtigung der vorgenannten Zahlen einzureichen. Bei der Aufstellung der Kandidaten sollen die einzelnen Wirtschaftszweige und Berufsgruppen sowie die einzelnen Bezirke angemessen vertreten sein. Die Zahl der Versicherten beträgt 14 100.

Die Vorschlagslisten sind dem Wahlausschuß der Gemeinsamen Betriebskrankenkasse der Westfalahütte Aktiengesellschaft Dortmund und der Hoesch Aktiengesellschaft in Dortmund, Eberhardstr. 12, in der Zeit vom 5. Januar 1953 spätestens bis zum 2. Februar 1953, 24 Uhr, einzureichen. Nach Büroschluß kann an diesem Tage Einreichung beim Pförtner der Hauptverwaltung Dortmund, Eberhardstr. 12, noch erfolgen. Verspätet eingereichte Vorschlagslisten sind ungültig.

Stichtag für das aktive und passive Wahlrecht ist der Tag der Wahlankündigung (14. Oktober 1952).

Die freiwilligen Mitglieder, die am Tag der Wahlankündigung, dem 14. Oktober 1952, nicht dem Betrieb angehört haben, sind weder wahlberechtigt noch wählbar.

Die Vorschlagslisten müssen mit Schreibmaschine geschrieben und in dreifacher Ausfertigung eingereicht werden.

Die eigenhändigen Unterschriften und etwa sonst eigenhändig gemachte Angaben der Listenunterzeichner müssen daneben oder darunter



maschinenschriftlich wiederholt werden. Die Wahlkandidaten sind nach Vor- und Zuname (bei Frauen auch Geburtsname) sowie nach Beruf, Geburtstag sowie -ort, Wohnort und Wohnung genau zu bezeichnen. Bei Pflichtversicherten ist auch die Firma anzugeben. Die im Betrieb beschäftigten freiwilligen Versicherten sind als solche kenntlich zu machen.

Die Vorschlagslisten können in den Geschäftsräumen der Gemeinsamen Betriebskrankenkasse der Westfalenhütte Aktiengesellschaft Dortmund und der Hoesch Aktiengesellschaft während der Dienststunden vom 6. Februar 1953 bis zum 13. Februar 1953 sowie beim Versicherungsamt Dortmund eingesehen werden.

Die vorläufige öffentliche Auslegung der Vorschlagslisten erfolgt vorbehaltlich der Prüfung und Entscheidung durch den Wahlausschuß.

Nach der Zulassung werden die Vorschlagslisten erneut eine Woche lang öffentlich ausgelegt, es sei denn, daß im Verhältnis zur vorläufigen Auslegung keine Änderung eingetreten ist.

Zu den Einzelheiten — z. B. für die Aufstellung von Vorschlagslisten und das Wahlrecht — wird insbesondere auf die Wahlankündigung des Landeswahlbeauftragten vom 1. Oktober 1952 im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 51 vom 14. Oktober 1952, S. 247, verwiesen.

Auskunft über die Durchführung der Wahlen erteilen der Wahlausschuß der Gemeinsamen Betriebskrankenkasse der Westfalenhütte Aktiengesellschaft Dortmund und der Hoesch Aktiengesellschaft und alle Versicherungssämter.

Fürsorgeärztliche Sprechstunde

Dr. Stüvermann teilte uns mit, daß er an jedem Mittwoch in der Zeit von 12 bis 13 Uhr in der vertrauensärztlichen Dienststelle eine fürsorgeärztliche Sprechstunde abhält. Unsere Mitglieder erhalten dort kostenlose Beratung, und sie haben dort auch Gelegenheit, alles vorzubringen, was sie gelegentlich der Durchführung des vertrauensärztlichen Dienstes an Wünschen oder Beschwerden haben.

Der Vertrauensarzt in Dortmund stellt damit wiederum unter Beweis, daß er alles tut, um das Vertrauen der Mitglieder zu erwerben, und wir würden uns freuen, wenn unsere Mitglieder von der neuen Einrichtung recht regen Gebrauch machten.

Haben Sie alle Steuervorteile für 1952 wahrgenommen?

Bis zum 31. Dezember 1952 haben die Finanzämter in Nordrhein-Westfalen von Lohn- und Gehaltsempfängern Lohnsteuerermäßigungsanträge entgegengenommen. Weitere Ermäßigungsbeiträge für das Kalenderjahr 1952 können ab 1. Januar 1953 nur noch im Lohnsteuerjahresausgleich ihre Erledigung finden.

Werbungskosten

Von den Belegschaftsmitgliedern muß sowohl für das Jahr 1952 als auch für das Jahr 1953 folgendes beachtet werden: Bei Geltendmachung von Werbungskosten, zu denen die Gewerkschaftsbeiträge, die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, die Aufwendungen für Arbeitsmittel (typische Berufskleidung und Fachliteratur), Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung und verlorene Baukostenzuschüsse gehören, ist darauf zu achten, daß diese nur zusätzlich Berücksichtigung finden, wenn der in der Lohnsteuertabelle eingearbeitete Betrag von jährlich 312,— DM überschritten wird.

Für das Jahr 1952 können auch als Werbungskosten auf Grund eines Erlasses des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen Mehrverpflegungskosten von täglich 2,50 DM (unter Ausscheiden der Sonn- und Feiertage und der Urlaubszeit) anerkannt werden. Voraussetzung ist jedoch, daß entweder eine Entfernung von 30 km vom Wohnort bis zum Arbeitsort vorliegt oder die Wohnung außerhalb des Arbeitsortes gelegen ist und das Belegschaftsmitglied bei Benutzung der üblichen Verkehrsmittel unter Zugrundelegung der normalen Arbeitszeit mehr als 10½ Stunden

von seiner Wohnung abwesend ist. Wohnort und Arbeitsort müssen zwei verschiedene politische Gemeinden sein. Für das Jahr 1953 ist der vorerwähnte Erlass aufgehoben worden.

Sonderausgaben

Die Berücksichtigung von Sonderausgaben im Kalenderjahr 1952 setzt voraus, daß diese Beträge den in der Lohnsteuertabelle eingearbeiteten Betrag von jährlich 468,— DM übersteigen. Dieser Betrag von 468,— DM ist nunmehr für das Kalenderjahr 1953 auf 624,— DM erhöht worden.

Zu den Sonderausgaben gehören die Beiträge zur Krankenkasse, Erwerbslosenversicherung, Invaliden- und Angestelltenversicherung (nur Arbeitnehmeranteil), Unfallversicherung, Haftpflichtversicherung, Lebensversicherung, Sterbekasse, Bausparkasse, der erste Erwerb von Anteilen an Bau-, Wohnungs-, Verbrauchergenossenschaften, Beiträge auf Grund anderer Kapitalansammlungsverträge, Schuldzinsen, Renten und dauernde Lasten, Kirchensteuer, Vermögensteuer sowie Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser und wissenschaftlicher Zwecke und der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke. Für 1953 müssen die vorbezeichneten Beiträge, wenn sie zusätzlich Berücksichtigung finden sollen, über 624,— DM hinausgehen.

Außergewöhnliche Belastungen:

Außergewöhnliche Belastungen können ebenfalls eine Steuerermäßigung begründen, z. B. Krankheit, Unfälle,

KULTURELLE BLITZLICHTER



Wieder einmal: Kino

Interessante Befragungen über „Jugend und Kino“ wurden in Düsseldorf Volksschulen durchgeführt. Das Ergebnis des Tests an 10—15jährigen Schülern war: die Häufigkeit des Kinobesuchs steht in umgekehrtem Verhältnis zur Intelligenz. In den Hilis- und Förderklassen finden sich dreimal soviel regelmäßige Kinobesucher wie bei den gleichaltrigen Kindern der Ausselektierten. Filmfachleute schließen daraus, daß der Film als Lehrmittel in weit stärkerem Maße als bisher in den Schulen verwandt werden müsse.

— Das mag stimmen: „Film als Lehrmittel“. Hängt es mit dieser Erkenntnis zusammen, daß im Verleihplan des Jahres 1953 — bisher! — nicht weniger als 23 Militärfilme vorgesehen bzw. angekündigt sind, wie „Alte Kameraden“, „Ich hatt' einen Kameraden“ usw? Wir haben wahrlich manchmal das Gefühl, daß wir, wie oben getestet, als in „Hilis- und Förderklassen“ sitzend behandelt werden.

Unterhalt von bedürftigen Angehörigen, Unterhalt und Berufsausbildung von Kindern, Aussteuer einer Tochter, Kosten der Ehescheidung und Unterhalt der geschiedenen Ehefrau, Aufwendungen für die Wiederbeschaffung notwendigen Hausrats und notwendiger Kleidung, Beschäftigung einer Hausgehilfin, Unterhalt von Angehörigen in der Ostzone.

Eine außergewöhnliche Belastung liegt nur dann vor, wenn derartige Aufwendungen die Mehrbelastungsgrenze des Steuerpflichtigen überschreiten. Diese Grenze wird festgelegt nach dem Jahreseinkommen des Steuerpflichtigen; sie befindet sich in den mittleren Steuerklassen und Einkommensstufen zwischen 2 und 6 Prozent des Jahreseinkommens (abzüglich Werbungskosten und Sonderausgaben). Der so ermittelte Betrag ist die „zumutbare Mehrbelastung“, eine Belastung also, die jedem Steuerpflichtigen auf Grund seines Einkommens zugemutet werden kann. Erst der über die Mehrbelastungsgrenze hinausgehende Betrag der

Aufwendungen stellt die „außergewöhnliche Belastung“ dar, die steuerlich begünstigt wird.

Eigene und fremde Kinder

Beim Unterhalt von Kindern ist durch die gewährte Kinderermäßigung grundsätzlich alles an Aufwendungen abgegolten (Kosten des Unterhalts und der Berufsausbildung). Das gilt auch bei auswärtigem Schulbesuch. Der Fall ist nur dann anders zu beurteilen, wenn zu diesen üblichen Aufwendungen noch andere außergewöhnliche hinzukommen (z. B. wenn das Kind in einer Blinden- oder Taubstummenanstalt untergebracht ist).

Befinden sich Kinder aus Berlin oder aus der Ostzone vorübergehend zur Erholung in der Westzone, so kann den Pflegeeltern ein Freibetrag wegen außergewöhnlicher Belastung gewährt werden. Die Mehrbelastungsgrenze wird hierbei nicht berücksichtigt.

Wie hoch ist meine Lohnsteuer?

Zunächst folgendes: Die Lohnsteuerkarte, die vom Arbeitnehmer dem Arbeitgeber bei Beginn des Kalenderjahres oder eines Dienstverhältnisses auszuhändigen ist und ggf. dem Arbeitnehmer während des Dienstverhältnisses nur vorübergehend zur Vorlage bei Behörden zurückgegeben wird, enthält alle Merkmale, die für die Berechnung der Lohnsteuer von Bedeutung sind. Sie ist so anzuwenden, wie sie dem Arbeitgeber vorgelegt wird. Eigenmächtige Änderungen sind unzulässig.

Für die Handhabung der Lohnsteuertabellen sind besonders die folgenden Eintragungen wichtig:

- a) **Steuerklassen**, die bei der Einreihung in die Spalten der Steuertabellen zu beachten sind. Es sind maßgebend:

Steuerklasse I für unverheiratete (ledige, verwitwete, geschiedene) Arbeitnehmer. Das gilt jedoch nicht, wenn ihnen Kinderermäßigung zusteht oder auf Antrag gewährt wird oder wenn sie das 60. Lebensjahr (verwitwete das 50. Lebensjahr) vollendet haben. Von dem Lohnzahlungszeitraum an, in den der Tag der Vollendung des 60. bzw. 50. Lebensjahres fällt, kann der Arbeitgeber auch ohne Berichtigung der Lohnsteuerkarte die Steuerklasse II anwenden.

Steuerklasse II für verheiratete Arbeitnehmer sowie für die vorhin bezeichneten unverheirateten Arbeitnehmer, die das 60. bzw. 50. Lebensjahr vollendet haben, sofern diese Personen nicht in die Steuerklasse III gehören.

Steuerklasse III für Arbeitnehmer, denen Kinderermäßigung zusteht oder auf Antrag gewährt wird. Dem Arbeitnehmer steht Kinderermäßigung zu für Kinder, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ohne Rücksicht auf Haushaltzugehörigkeit und Tragung der Unterhaltskosten. Ihm wird auf Antrag beim Finanzamt Kinderermäßigung gewährt für über 18 Jahre alte Kinder, die auf seine Kosten unterhalten und für einen Beruf ausgebildet werden und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Kinder sind eheliche Kinder, eheliche Stiefkinder, für ehelich erklärte Kinder, Adoptivkinder, uneheliche Kinder im Verhältnis zur leiblichen Mutter und Pflegekinder. Für Enkelkinder bis zu 18 Jahren wird auf Antrag beim Finanzamt Kinderermäßigung gewährt, wenn für ihre Aufnahme in den großelterlichen Haushalt ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt.

Maßgebend für die Einstufung in die Steuerklassen sind die Verhältnisse am 1. Januar des betreffenden Kalenderjahres. Bei unrichtigen Eintragungen ist vom Arbeitnehmer Berichtigung zu beantragen. Treten Ände-

rungen erst im Laufe des Kalenderjahres ein, so braucht Berichtigung der Steuerklasse nur beantragt zu werden, wenn dadurch eine Besserstellung des Arbeitnehmers eintritt. Eine Ausnahme besteht bei der Kinderermäßigung für über 18 Jahre alte Kinder. Hier besteht Anzeigepflicht, wenn die Voraussetzungen (Tragung der Unterhaltskosten, Berufs- oder Schulausbildung) weggefallen sind. Die Kinderermäßigung bleibt jedoch bestehen, wenn die Voraussetzungen 4 Monate im Kalenderjahr erfüllt sind.

- b) **Lohnsteuer-Freibeträge**, die auf Antrag des Arbeitnehmers vom Finanzamt eingetragen worden sind. Sie sind vor Anwendung der Lohnsteuertabelle von dem zu versteuernden Arbeitslohn abzuziehen.

- c) **Religionsbekenntnis**, nach dem sich die Einbehaltung der Kirchenlohnsteuer richtet.

Steuerpflichtiger Arbeitslohn: Dem Lohnsteuerabzug unterliegen grundsätzlich alle Einnahmen, die dem Arbeitnehmer oder seinem Rechtsnachfolger aus dem Dienstverhältnis oder einem früheren Dienstverhältnis zufließen. Einnahmen, gleichgültig ob laufende oder einmalige, sind alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen. Rechtsanspruch auf Leistung ist nicht erforderlich. Bezeichnung oder Form der Zuwendung spielt keine Rolle.

Anwendung der Tabelle: Bei Anwendung der Tabelle ist von dem Bruttoarbeitslohn des Arbeitnehmers für den Erhebungszeitraum (Kalendermonat) auszugehen. Der Kürzungsbetrag von 78,— DM monatlich (§ 4 Abs. 4 NOG) und die Abrundung sind bereits bei Ausarbeitung der Tabelle berücksichtigt worden. — Bei Arbeitnehmern, bei denen 5 und mehr Kinder auf der Lohnsteuerkarte bescheinigt sind, ist die Abgabe „Notopfer Berlin“ stets aus Spalte 9 der Tabelle zu entnehmen.

Steuerfreie Lohnbeträge, die auf der Lohnsteuerkarte des Arbeitnehmers eingetragen sind, sind in jedem Fall vor Anwendung der Tabelle von dem Bruttoarbeitslohn des Erhebungszeitraums (Kalendermonats) abzuziehen. Handelt es sich um einen Wochenlöhner, dem ein wöchentlicher steuerfreier Lohnbetrag auf der Steuerkarte eingetragen ist, dann richtet sich die Höhe des zu berücksichtigenden Freibetrags nach der Anzahl der Lohnzahlungszeiträume, die im Laufe des Erhebungszeitraums geendet haben. Es sind deshalb in Erhebungszeiträumen, in denen 4 Lohnzahlungszeiträume geendet haben, das Vierfache des wöchentlichen Freibetrags und in Erhebungszeiträumen, in denen fünf Lohnzahlungszeiträume geendet haben, das Fünffache des wöchentlichen Freibetrags von dem für den jeweiligen Erhebungszeitraum (Kalendermonat) zusammengerechneten Arbeitslohn abzuziehen.

Sozial- beitrag Gruppe A 1 u. D 1 DM	Monats- lohn Von 136,42 bis DM	Steuer- klasse I		Steuer- klasse II		Steuerklasse III bei Kinderermäßigung für									
		DM		DM		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 Kinder	
						DM		DM		DM		DM		DM	
		Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.
13,85	140,58	Monatslohn bis 140,58 DM steuerfrei													
14,27	144,74	0,50	0,04												
14,68	148,91	0,70	0,05												
15,10	153,08	0,80	0,07												
15,52	157,24	0,75	0,08												
15,93	161,41	1,25	0,11												
16,35	165,58	0,80	0,12												
16,77	169,74	1,65	0,15	0,55	0,05										
17,18	173,91	0,85	0,16	0,70	0,05										
17,60	178,08	2,05	0,19	0,90	0,08										
18,02	182,24	0,90	0,20	0,75	0,09										
18,43	186,41	2,40	0,22	1,25	0,11										
18,85	190,58	0,95	0,24	0,80	0,12										
19,27	194,74	2,75	0,26	1,50	0,14										
19,68	198,91	1,—	0,27	0,85	0,15										
20,10	203,08	3,05	0,28	1,75	0,16										
20,52	207,24	1,05	0,30	0,85	0,17										
20,93	211,41	3,40	0,32	2,05	0,19										
21,35	215,58	1,10	0,34	0,90	0,20										
21,77	219,74	3,75	0,35	2,30	0,21										
22,18	223,91	1,15	0,37	0,95	0,23										
22,60	228,08	4,30	0,40	2,55	0,24										
23,02	232,24	1,20	0,43	1,—	0,25										
23,43	236,41	5,—	0,47	2,90	0,27	0,80	0,07								
23,85	240,58	1,25	0,50	1,05	0,29	0,75	0,08								
24,27	244,74	5,55	0,52	3,15	0,29	1,25	0,11								
24,68	248,91	1,30	0,55	1,05	0,31	0,80	0,12								
25,10	253,08	6,25	0,59	3,40	0,32	1,50	0,14								
25,52	257,24	1,35	0,62	1,10	0,34	0,80	0,15								
25,93	261,41	6,80	0,64	3,75	0,35	1,75	0,16								
26,35	265,58	1,40	0,68	1,15	0,37	0,85	0,17								
26,77	269,74	7,50	0,71	4,—	0,38	2,05	0,19								
27,18	273,91	1,45	0,75	1,20	0,40	0,90	0,20								
27,60	278,08	8,05	0,76	4,25	0,40	2,30	0,21	0,55	0,05						
28,02	282,24	1,50	0,80	1,25	0,42	0,90	0,23	0,70	0,05						
28,43	286,41	8,75	0,83	4,55	0,43	2,55	0,24	0,80	0,07						
		1,55	0,87	1,25	0,45	0,95	0,25	0,75	0,08						
		9,30	0,88	4,80	0,45	2,90	0,27	1,—	0,09						
		1,60	0,93	1,30	0,48	0,95	0,29	0,75	0,10						
		10,—	0,95	5,05	0,47	3,15	0,29	1,50	0,14						
		1,65	1,—	1,35	0,50	1,—	0,31	0,80	0,15						
		10,55	1,—	5,30	0,50	3,30	0,31	1,65	0,15						
		1,70	1,05	1,40	0,53	1,—	0,33	0,80	0,16						
		11,25	1,06	5,55	0,52	3,55	0,33	1,90	0,18						
		1,75	1,12	1,45	0,55	1,05	0,35	0,85	0,19						
		11,80	1,12	5,80	0,55	3,75	0,35	2,05	0,19						
		1,75	1,18	1,45	0,58	1,10	0,37	0,85	0,20						
		12,50	1,18	6,05	0,57	4,—	0,38	2,30	0,21						
		1,80	1,25	1,50	0,60	1,10	0,40	0,85	0,23						
		13,05	1,23	6,30	0,59	4,15	0,39	2,50	0,23						
		1,85	1,30	1,55	0,63	1,15	0,41	0,90	0,25						
		13,75	1,30	6,65	0,63	4,40	0,41	2,75	0,26						
		1,90	1,37	1,60	0,66	1,15	0,44	0,90	0,27						
		14,30	1,35	6,90	0,65	4,65	0,44	3,—	0,28						
		1,95	1,43	1,60	0,69	1,20	0,46	0,95	0,30						
		15,—	1,42	7,50	0,71	4,90	0,46	3,25	0,30						
		2,—	1,50	1,65	0,75	1,25	0,49	0,95	0,32						
		15,55	1,47	8,05	0,76	5,15	0,48	3,50	0,33						
		2,05	1,55	1,70	0,80	1,25	0,51	1,—	0,35						
		16,25	1,54	8,75	0,83	5,40	0,51	3,75	0,35						
		2,10	1,62	1,75	0,87	1,30	0,54	1,—	0,37						
		16,80	1,59	9,30	0,88	5,65	0,53	4,—	0,38						
		2,15	1,68	1,80	0,93	1,30	0,56	1,05	0,40	—,80	0,07				
		17,50	1,66	10,00	0,95	6,—	0,57	4,15	0,39	—,85	0,08				
		2,20	1,75	1,80	1,—	1,35	0,60	1,05	0,41	1,25	0,11				
		18,05	1,71	10,55	1,—	6,30	0,59	4,75	0,45	—,85	0,12				
		2,25	1,80	1,85	1,05	1,35	0,63	1,10	0,47	1,50	0,14				
		18,75	1,78	11,25	1,06	6,65	0,63	5,—	0,47	—,90	0,15				
		2,30	1,87	1,90	1,12	1,40	0,66	1,10	0,50	1,75	0,16				
		19,55	1,85	11,80	1,12	7,05	0,66	5,30	0,50	—,90	0,17				
		2,35	1,95	1,95	1,18	1,45	0,70	1,10	0,53	2,05	0,19				
										—,90	0,20				

Lohnst. = Lohnsteuer
Notopf. = Notopfer Berlin
ev. = evangelische Kirchenst.
kath. = katholische Kirchenst.

Sozial- beitrag Gruppe A 1 u. D 1 DM	Monats- lohn DM	Steuer- klasse I		Steuer- klasse II		Steuerklasse III bei Kinderermäßigung für									
		DM		DM		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 Kinder	
		Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.
28,85	290,58	20,40	1,93	12,50	1,18	7,40	0,70	5,55	0,52	2,30	0,21				
		2,40	2,04	2,—	1,25	1,45	0,74	1,15	0,55	—,95	0,23				
29,27	294,74	21,25	2,01	13,05	1,23	7,75	0,73	5,80	0,55	2,55	0,24				
		2,45	2,12	2,—	1,30	1,50	0,77	1,15	0,58	—,95	0,25				
29,68	298,91	22,05	2,09	13,75	1,30	8,—	0,76	6,—	0,57	2,90	0,27				
		2,50	2,20	2,05	1,37	1,50	0,80	1,20	0,60	1,—	0,29				
30,10	303,08	22,90	2,17	14,30	1,35	8,30	0,78	6,25	0,59	3,15	0,29				
		2,55	2,29	2,10	1,43	1,55	0,83	1,20	0,62	1,—	0,31				
30,52	307,24	23,75	2,25	15,—	1,42	8,65	0,82	6,50	0,61	3,40	0,32				
		2,60	2,37	2,15	1,50	1,60	0,86	1,25	0,65	1,—	0,34				
30,93	311,41	24,55	2,33	15,55	1,47	8,90	0,84	6,65	0,63	3,75	0,35				
		2,65	2,45	2,20	1,55	1,60	0,89	1,25	0,66	1,05	0,37				
31,35	315,58	25,40	2,41	16,25	1,54	9,15	0,86	7,—	0,66	4,—	0,38				
		2,70	2,54	2,20	1,62	1,65	0,91	1,30	0,70	1,05	0,40				
31,77	319,74	26,25	2,49	16,80	1,59	9,55	0,90	7,15	0,67	4,25	0,40				
		2,75	2,62	2,25	1,68	1,65	0,95	1,30	0,71	1,05	0,42				
32,18	323,91	27,05	2,56	17,50	1,66	10,—	0,95	7,40	0,70	4,40	0,41				
		2,80	2,70	2,30	1,75	1,70	1,—	1,35	0,74	1,10	0,44				
32,60	328,08	27,90	2,65	18,05	1,71	10,55	1,—	7,55	0,71	4,55	0,43	—,80	0,07		
		2,85	2,79	2,35	1,80	1,70	1,05	1,35	0,75	1,10	0,45	—,85	0,08		
33,02	332,24	28,75	2,73	18,75	1,78	11,25	1,06	7,80	0,74	4,80	0,45	1,15	0,10		
		2,90	2,87	2,40	1,87	1,75	1,12	1,40	0,78	1,15	0,48	0,90	0,11		
33,43	336,41	29,55	2,80	19,55	1,85	11,80	1,12	8,—	0,76	5,—	0,47	1,40	0,13		
		2,90	2,95	2,40	1,95	1,80	1,18	1,40	0,80	1,15	0,50	0,90	0,14		
33,85	340,58	30,40	2,88	20,40	1,93	12,50	1,18	8,30	0,78	5,15	0,48	1,65	0,15		
		2,95	3,04	2,45	2,04	1,80	1,25	1,40	0,83	1,15	0,51	0,90	0,16		
34,27	344,74	31,25	2,96	21,25	2,01	13,05	1,23	8,50	0,80	5,40	0,51	2,—	0,19		
		3,—	3,12	2,50	2,12	1,85	1,30	1,45	0,85	1,20	0,54	0,90	0,20		
34,68	348,91	32,05	3,04	22,05	2,09	13,75	1,30	8,75	0,83	5,50	0,52	2,15	0,20		
		3,05	3,20	2,55	2,20	1,85	1,37	1,45	0,87	1,20	0,55	0,95	0,21		
35,10	353,08	32,90	3,12	22,90	2,17	14,30	1,35	9,—	0,85	5,65	0,53	2,40	0,22		
		3,10	3,29	2,55	2,29	1,90	1,43	1,50	0,90	1,20	0,56	0,95	0,24		
35,52	357,24	33,75	3,20	23,75	2,25	15,—	1,42	9,15	0,86	5,80	0,55	2,65	0,25		
		3,15	3,37	2,60	2,37	1,95	1,50	1,50	0,91	1,25	0,58	0,95	0,26		
35,93	361,41	34,55	3,28	24,55	2,33	15,55	1,47	9,40	0,89	5,90	0,56	2,90	0,27		
		3,20	3,45	2,65	2,45	1,95	1,55	1,55	0,94	1,25	0,59	1,—	0,29		
36,35	365,58	35,40	3,36	25,40	2,41	16,25	1,54	9,65	0,91	6,05	0,57	3,05	0,28		
		3,25	3,54	2,70	2,54	2,—	1,62	1,55	0,96	1,30	0,60	1,—	0,30		
36,77	369,74	36,25	3,44	26,25	2,49	16,80	1,59	9,80	0,93	6,25	0,59	3,30	0,31		
		3,30	3,62	2,75	2,62	2,—	1,68	1,60	0,98	1,30	0,62	1,—	0,33		
37,18	373,91	37,05	3,51	27,05	2,56	17,50	1,66	10,—	0,95	6,30	0,59	3,30	0,31		
		3,35	3,70	2,75	2,70	2,05	1,75	1,60	1,—	1,30	0,63	1,—	0,33		
37,60	378,08	37,90	3,60	27,90	2,65	18,05	1,71	10,55	1,—	6,50	0,61	3,40	0,32		
		3,40	3,79	2,80	2,79	2,05	1,80	1,65	1,05	1,35	0,65	1,05	0,34		
38,02	382,24	38,75	3,68	28,75	2,73	18,75	1,78	11,25	1,06	6,65	0,63	3,50	0,33		
		3,45	3,87	2,85	2,87	2,10	1,87	1,65	1,12	1,35	0,66	1,05	0,35		
38,43	386,41	39,75	3,77	29,55	2,80	19,55	1,85	11,80	1,12	6,75	0,64	3,55	0,33		
		3,50	3,97	2,90	2,95	2,15	1,95	1,70	1,18	1,40	0,67	1,05	0,35		
38,85	390,58	40,80	3,87	30,40	2,88	20,40	1,93	12,50	1,18	6,90	0,65	3,65	0,34		
		3,60	4,08	2,95	3,04	2,20	2,04	1,75	1,25	1,40	0,69	1,10	0,36		
39,27	394,74	41,80	3,97	31,25	2,96	21,25	2,01	13,05	1,23	7,05	0,66	3,75	0,35		
		3,65	4,18	3,05	3,12	2,25	2,12	1,75	1,30	1,45	0,70	1,10	0,37		
39,68	398,91	42,90	4,07	32,05	3,04	22,05	2,09	13,75	1,30	7,15	0,67	3,75	0,35		
		3,70	4,29	3,10	3,20	2,30	2,20	1,80	1,37	1,45	0,71	1,15	0,37		
40,10	403,08	43,90	4,17	32,90	3,12	22,90	2,17	14,30	1,35	7,30	0,69	3,75	0,35		
		3,80	4,39	3,15	3,29	2,35	2,29	1,85	1,43	1,50	0,73	1,15	0,37		
40,52	407,24	45,—	4,27	33,75	3,20	23,75	2,25	15,—	1,42	7,55	0,71	3,80	0,36		
		3,85	4,50	3,20	3,37	2,40	2,37	1,90	1,50	1,55	0,75	1,15	0,38		
40,93	411,41	46,—	4,37	34,55	3,28	24,55	2,33	15,55	1,47	8,05	0,76	3,90	0,37	0,25	0,02
		3,90	4,60	3,25	3,45	2,45	2,45	1,95	1,55	1,55	0,80	1,20	0,39	0,85	0,02
41,35	415,58	47,05	4,46	35,40	3,36	25,40	2,41	16,25	1,54	8,75	0,83	4,—	0,38	0,30	0,02
		4,—	4,70	3,30	3,54	2,50	2,54	1,95	1,62	1,60	0,87	1,20	0,40	0,85	0,03
41,77	419,74	48,05	4,56	36,25	3,44	26,25	2,49	16,80	1,59	9,30	0,88	4,05	0,38	0,40	0,03
		4,05	4,80	3,40	3,62	2,55	2,62	2,—	1,68	1,60	0,93	1,20	0,40	0,90	0,04
42,18	423,91	49,15	4,66	37,05	3,51	27,05	2,56	17,50	1,66	10,—	0,95	4,15	0,39	0,50	0,04
		4,10	4,91	3,45	3,70	2,60	2,70	2,05	1,75	1,65	1,—	1,25	0,41	0,90	0,05
42,60	428,08	50,15	4,76	37,90	3,60	27,90	2,65	18,05	1,71	10,55	1,—	4,15	0,39	0,65	0,06
		4,20	5,01	3,50	3,79	2,65	2,79	2,10	1,80	1,65	1,05	1,25	0,41	0,90	0,06
43,02	432,24	51,25	4,86	38,75	3,68	28,75	2,73	18,75	1,78	11,25	1,06	4,25	0,40	0,75	0,07
		4,25	5,12	3,55	3,87	2,70	2,87	2,15	1,87	1,70	1,12	1,30	0,42	0,95	0,07
43,43	436,41	52,25	4,96	39,75	3,77	29,55	2,80	19,55	1,85	11,80	1,12	4,30	0,40	0,80	0,07
		4,30	5,22	3,60	3,97	2,70	2,95	2,15	1,95	1,75	1,18	1,30	0,43	0,95	0,08

Sozial- beitrag Gruppe A 1 u. D 1 DM		Monats- lohn DM	Steuer- klasse I		Steuer- klasse II		Steuerklasse III bei Kinderermäßigung für									
			DM		DM		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 Kinder	
			Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.
43,85	440,58	53,30	5,06	40,80	3,87	30,40	2,88	20,40	1,93	12,50	1,18	5,—	0,47	0,80	0,07	
		4,40	5,33	3,65	4,08	2,75	3,04	2,20	2,04	1,75	1,25	1,30	0,50	0,95	0,08	
44,27	444,74	54,30	5,15	41,80	3,97	31,25	2,96	21,25	2,01	13,05	1,23	5,55	0,52	0,80	0,07	
		4,45	5,43	3,75	4,18	2,80	3,12	2,25	2,12	1,80	1,30	1,35	0,55	0,95	0,08	
44,68	448,91	55,40	5,26	42,90	4,07	32,05	3,04	22,05	2,09	13,75	1,30	6,25	0,59	0,80	0,07	
		4,50	5,54	3,80	4,29	2,85	3,20	2,30	2,20	1,80	1,37	1,35	0,62	1,—	0,08	
45,10	453,03	56,40	5,35	43,90	4,17	32,90	3,12	22,90	2,17	14,30	1,35	6,80	0,64	0,80	0,07	
		4,60	5,64	3,85	4,39	2,90	3,29	2,30	2,29	1,85	1,43	1,35	0,68	1,—	0,08	
45,52	457,24	57,50	5,46	45,—	4,27	33,75	3,20	23,75	2,25	15,—	1,42	7,50	0,71	1,25	0,11	
		4,65	5,75	3,90	4,50	2,95	3,37	2,35	2,37	1,90	1,50	1,40	0,75	1,—	0,12	
45,93	461,41	58,50	5,55	46,—	4,37	34,55	3,28	24,55	2,33	15,55	1,47	8,05	0,76	1,65	0,15	
		4,70	5,85	3,95	4,60	3,—	3,45	2,40	2,45	1,90	1,55	1,40	0,80	1,05	0,16	
46,35	465,58	59,55	5,65	47,05	4,46	35,40	3,36	25,40	2,41	16,25	1,54	8,75	0,83	2,05	0,19	
		4,80	5,95	4,—	4,70	3,05	3,54	2,45	2,54	1,95	1,62	1,45	0,87	1,05	0,20	
46,77	469,74	60,55	5,75	48,05	4,56	36,25	3,44	26,25	2,49	16,80	1,59	9,30	0,88	2,50	0,23	
		4,85	6,05	4,10	4,80	3,10	3,62	2,50	2,62	1,95	1,68	1,45	0,93	1,05	0,25	
47,18	473,91	61,65	5,85	49,15	4,66	37,05	3,51	27,05	2,56	17,50	1,66	10,—	0,95	2,90	0,27	
		4,90	6,16	4,15	4,91	3,15	3,70	2,50	2,70	2,—	1,75	1,45	1,—	1,05	0,29	
47,60	478,03	62,65	5,95	50,15	4,76	37,90	3,60	27,90	2,65	18,05	1,71	10,55	1,—	3,30	0,31	
		5,—	6,26	4,20	5,01	3,20	3,79	2,55	2,79	2,—	1,80	1,50	1,05	1,10	0,33	
48,02	482,24	63,75	6,05	51,25	4,86	38,75	3,68	28,75	2,73	18,75	1,78	11,25	1,06	3,75	0,35	
		5,05	6,37	4,25	5,12	3,25	3,87	2,60	2,87	2,05	1,87	1,50	1,12	1,10	0,37	
48,43	486,41	65,—	6,17	52,25	4,96	39,75	3,77	29,55	2,80	19,55	1,85	11,80	1,12	4,30	0,40	
		5,10	6,50	4,30	5,22	3,30	3,97	2,65	2,95	2,10	1,95	1,50	1,18	1,10	0,43	
48,85	490,58	66,25	6,29	53,30	5,06	40,80	3,87	30,40	2,88	20,40	1,93	12,50	1,18	5,—	0,47	
		5,20	6,62	4,35	5,33	3,35	4,08	2,70	3,04	2,10	2,04	1,55	1,25	1,15	0,50	
49,27	494,74	67,50	6,41	54,30	5,15	41,80	3,97	31,25	2,96	21,25	2,01	13,05	1,23	5,55	0,52	
		5,25	6,75	4,45	5,43	3,40	4,18	2,70	3,12	2,15	2,12	1,55	1,30	1,15	0,55	
49,68	498,91	68,75	6,53	55,40	5,26	42,90	4,07	32,05	3,04	22,05	2,09	13,75	1,30	6,25	0,59	
		5,30	6,87	4,50	5,54	3,45	4,29	2,75	3,20	2,15	2,20	1,60	1,37	1,15	0,62	
49,95	500,—	70,—	6,65	56,40	5,35	43,90	4,17	32,90	3,12	22,90	2,17	14,30	1,35	6,80	0,64	
		5,40	7,—	4,55	5,64	3,50	4,39	2,80	3,29	2,20	2,29	1,60	1,43	1,15	0,68	
F A Av	I Inv-V															
35,08	0,10	503,08	70,—	6,65	56,40	5,35	43,90	4,17	32,90	3,12	22,90	2,17	14,30	1,35	6,80	0,64
			5,40	7,—	4,55	5,64	3,50	4,39	2,80	3,29	2,20	2,29	1,60	1,43	1,15	0,68
35,26	0,29	507,24	71,25	6,76	57,50	5,46	45,—	4,27	33,75	3,20	23,75	2,25	15,—	1,42	7,50	0,71
			5,45	7,12	4,60	5,75	3,55	4,50	2,85	3,37	2,25	2,37	1,60	1,50	1,20	0,75
35,47	0,49	511,41	72,50	6,88	58,50	5,55	46,—	4,37	34,55	3,28	24,55	2,33	15,55	1,47	8,05	0,76
			5,50	7,25	4,65	5,85	3,60	4,60	2,90	3,45	2,25	2,45	1,65	1,55	1,20	0,80
35,68	0,70	515,58	73,75	7,00	59,55	5,65	47,05	4,46	35,40	3,36	25,40	2,41	16,25	1,54	8,75	0,83
			5,60	7,37	4,70	5,95	3,65	4,70	2,90	3,54	2,30	2,54	1,65	1,62	1,20	0,87
35,88	0,91	519,74	75,—	7,12	60,55	5,75	48,05	4,56	36,25	3,44	26,25	2,49	16,80	1,59	9,30	0,88
			5,65	7,50	4,80	6,05	3,70	4,80	2,95	3,62	2,30	2,62	1,65	1,68	1,25	0,93
36,09	1,12	523,91	76,25	7,24	61,65	5,85	49,15	4,66	37,05	3,51	27,05	2,56	17,50	1,66	10,—	0,95
			5,70	7,62	4,85	6,16	3,75	4,91	3,—	3,70	2,35	2,70	1,70	1,75	1,25	1,—
36,30	1,33	528,08	77,50	7,36	62,65	5,95	50,15	4,76	37,90	3,60	27,90	2,65	18,05	1,71	10,55	1,—
			5,80	7,75	4,90	6,26	3,80	5,01	3,05	3,79	2,35	2,79	1,70	1,80	1,25	1,05
36,51	1,54	532,24	78,75	7,48	63,75	6,05	51,25	4,86	38,75	3,68	28,75	2,73	18,75	1,78	11,25	1,06
			5,85	7,87	4,95	6,37	3,85	5,12	3,10	3,87	2,40	2,87	1,75	1,87	1,30	1,12
36,72	1,74	536,41	80,—	7,60	65,—	6,17	52,25	4,96	39,75	3,77	29,55	2,80	19,55	1,85	11,80	1,12
			5,90	8,—	5,—	6,50	3,85	5,22	3,10	3,97	2,45	2,95	1,75	1,95	1,30	1,18
36,93	1,95	540,58	81,25	7,71	66,25	6,29	53,30	5,06	40,80	3,87	30,40	2,88	20,40	1,93	12,50	1,18
			6,—	8,12	5,05	6,62	3,90	5,33	3,15	4,08	2,45	3,04	1,75	2,04	1,30	1,25
37,13	2,16	544,74	82,50	7,83	67,50	6,41	54,30	5,15	41,80	3,97	31,25	2,96	21,25	2,01	13,05	1,23
			6,05	8,25	5,15	6,75	3,95	5,43	3,20	4,18	2,50	3,12	1,80	2,12	1,30	1,30
37,34	2,37	548,91	83,75	7,95	68,75	6,53	55,40	5,26	42,90	4,07	32,05	3,04	22,05	2,09	13,75	1,30
			6,10	8,37	5,20	6,87	4,—	5,54	3,25	4,29	2,50	3,20	1,80	2,20	1,35	1,37
37,55	2,58	553,08	85,—	8,07	70,—	6,65	56,40	5,35	43,90	4,17	32,90	3,12	22,90	2,17	14,30	1,35
			6,20	8,50	5,25	7,—	4,05	5,64	3,25	4,39	2,55	3,29	1,80	2,29	1,35	1,43
37,76	2,79	557,24	86,25	8,19	71,25	6,76	57,50	5,46	45,—	4,27	33,75	3,20	23,75	2,25	15,—	1,42
			6,25	8,62	5,30	7,12	4,10	5,75	3,30	4,50	2,60	3,37	1,85	2,37	1,35	1,50
37,97	2,99	561,41	87,50	8,31	72,50	6,88	58,50	5,55	46,—	4,37	34,55	3,28	24,55	2,33	15,55	1,47
			6,30	8,75	5,35	7,25	4,15	5,85	3,35	4,60	2,60	3,45	1,85	2,45	1,40	1,55
38,18	3,20	565,58	88,75	8,43	73,75	7,—	59,55	5,65	47,05	4,46	35,40	3,36	25,40	2,41	16,25	1,54
			6,40	8,87	5,40	7,37	4,20	5,95	3,40	4,70	2,65	3,54	1,90	2,54	1,40	1,62
38,38	3,41	569,74	90,—	8,55	75,—	7,12	60,55	5,75	48,05	4,56	36,25	3,44	26,25	2,49	16,80	1,59
			6,45	9,—	5,50	7,50	4,25	6,05	3,45	4,80	2,65	3,62	1,90	2,62	1,40	1,68
38,59	3,62	573,91	91,25	8,66	76,25	7,24	61,65	5,85	49,15	4,66	37,05	3,51	27,05	2,56	17,50	1,66
			6,50	9,12	5,55	7,62	4,30	6,16	3,45	4,91	2,70	3,70	1,90	2,70	1,40	1,75

Sozial- beitrag		Monats- lohn	Steuer- klasse I		Steuer- klasse II		Steuerklasse III bei Kinderermäßigung für									
F A Av DM	I Inv-V DM		I		II		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 Kinder	
			DM	DM		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
			Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.	Lohnst. Notopf.	kath. ev.
38,80	3,83	578,08	92,50 6,60	8,78 9,25	77,50 5,60	7,36 7,75	62,65 4,35	5,95 6,26	50,15 3,50	4,76 5,01	37,90 2,70	3,60 3,79	27,90 1,95	2,65 2,79	18,05 1,45	1,71 1,80
39,01	4,04	582,24	93,75 6,65	8,90 9,37	78,75 5,65	7,48 7,87	63,75 4,40	6,05 6,37	51,25 3,55	4,86 5,12	38,75 2,75	3,68 3,87	28,75 1,95	2,73 2,87	18,75 1,45	1,78 1,87
39,22	4,24	586,41	95,15 6,80	9,03 9,51	80,— 5,75	7,60 8,—	65,— 4,50	6,17 6,50	52,25 3,65	4,96 5,22	39,75 2,80	3,77 3,97	29,55 2,—	2,80 2,95	19,55 1,45	1,85 1,95
39,43	4,45	590,58	96,65 6,90	9,18 9,66	81,25 5,90	7,71 8,12	66,25 4,60	6,29 6,62	53,30 3,70	5,06 5,33	40,80 2,85	3,87 4,08	30,40 2,05	2,88 3,04	20,40 1,50	1,93 2,04
39,63	4,66	594,74	98,05 7,05	9,31 9,80	82,50 6,—	7,83 8,25	67,50 4,70	6,41 6,75	54,30 3,80	5,15 5,43	41,80 2,95	3,97 4,18	31,25 2,05	2,96 3,12	21,25 1,50	2,01 2,12
39,84	4,87	598,91	99,55 7,20	9,45 9,95	83,75 6,10	7,95 8,37	68,75 4,80	6,53 6,87	55,40 3,85	5,26 5,54	42,90 3,—	4,07 4,29	32,05 2,10	3,04 3,20	22,05 1,55	2,09 2,20
40,05	5,08	603,08	101,— 7,35	9,59 10,10	85,— 6,25	8,07 8,50	70,— 4,90	6,65 7,—	56,40 3,95	5,35 5,64	43,90 3,05	4,17 4,39	32,90 2,15	3,12 3,29	22,90 1,55	2,17 2,29
40,26	5,29	607,24	102,50 7,45	9,73 10,25	86,25 6,35	8,19 8,62	71,25 5,—	6,76 7,12	57,50 4,—	5,46 5,75	45,— 3,10	4,27 4,50	33,75 2,20	3,20 3,37	23,75 1,55	2,25 2,37
40,47	5,49	611,41	103,90 7,60	9,87 10,39	87,50 6,45	8,31 8,75	72,50 5,05	6,88 7,25	58,50 4,10	5,55 5,85	46,— 3,15	4,37 4,60	34,55 2,25	3,28 3,45	24,55 1,60	2,33 2,45
40,68	5,70	615,58	105,40 7,75	10,01 10,54	88,75 6,60	8,43 8,87	73,75 5,15	7,— 7,37	59,55 4,15	5,65 5,95	47,05 3,20	4,46 4,70	35,40 2,25	3,36 3,54	25,40 1,60	2,41 2,54
40,88	5,91	619,74	106,80 7,85	10,14 10,68	90,— 6,70	8,55 9,—	75,— 5,25	7,12 7,50	60,55 4,25	5,75 6,05	48,05 3,30	4,56 4,80	36,25 2,30	3,44 3,62	26,25 1,60	2,49 2,62
41,09	6,12	623,91	108,30 8,—	10,28 10,83	91,25 6,80	8,66 9,12	76,25 5,35	7,24 7,62	61,65 4,30	5,85 6,16	49,15 3,35	4,66 4,91	37,05 2,35	3,51 3,70	27,05 1,65	2,56 2,70
41,30	6,33	628,08	109,75 8,15	10,42 10,97	92,50 6,95	8,78 9,25	77,50 5,45	7,36 7,75	62,65 4,40	5,95 6,26	50,15 3,40	4,76 5,01	37,90 2,40	3,60 3,79	27,90 1,65	2,65 2,79
41,51	6,54	632,24	111,25 8,30	10,56 11,12	93,75 7,05	8,90 9,37	78,75 5,55	7,48 7,87	63,75 4,50	6,05 6,37	51,25 3,45	4,86 5,12	38,75 2,45	3,68 3,87	28,75 1,70	2,73 2,87
41,72	6,74	636,41	112,65 8,40	10,70 11,26	95,15 7,15	9,03 9,51	80,— 5,65	7,60 8,—	65,— 4,55	6,17 6,50	52,25 3,50	4,96 5,22	39,75 2,45	3,77 3,97	29,55 1,70	2,80 2,95
41,93	6,95	640,58	114,15 8,55	10,84 11,41	96,65 7,30	9,18 9,66	81,25 5,75	7,71 8,12	66,25 4,65	6,29 6,62	53,30 3,55	5,06 5,33	40,80 2,50	3,87 4,08	30,40 1,70	2,88 3,04
42,13	7,16	644,74	115,55 8,70	10,97 11,55	98,05 7,40	9,31 9,80	82,50 5,85	7,83 8,25	67,50 4,70	6,41 6,75	54,30 3,65	5,15 5,43	41,80 2,55	3,97 4,18	31,25 1,75	2,96 3,12
42,34	7,37	648,91	117,05 8,80	11,11 11,70	99,55 7,50	9,45 9,95	83,75 5,95	7,95 8,37	68,75 4,80	6,53 6,87	55,40 3,70	5,26 5,54	42,90 2,60	4,07 4,29	32,05 1,75	3,04 3,20
42,55	7,58	653,08	118,50 8,95	11,25 11,85	101,— 7,65	9,59 10,10	85,— 6,05	8,07 8,50	70,— 4,85	6,65 7,—	56,40 3,75	5,35 5,64	43,90 2,60	4,17 4,39	32,90 1,75	3,12 3,29

Erläuterungen zu den Gesamtsozialversicherungsbeiträgen

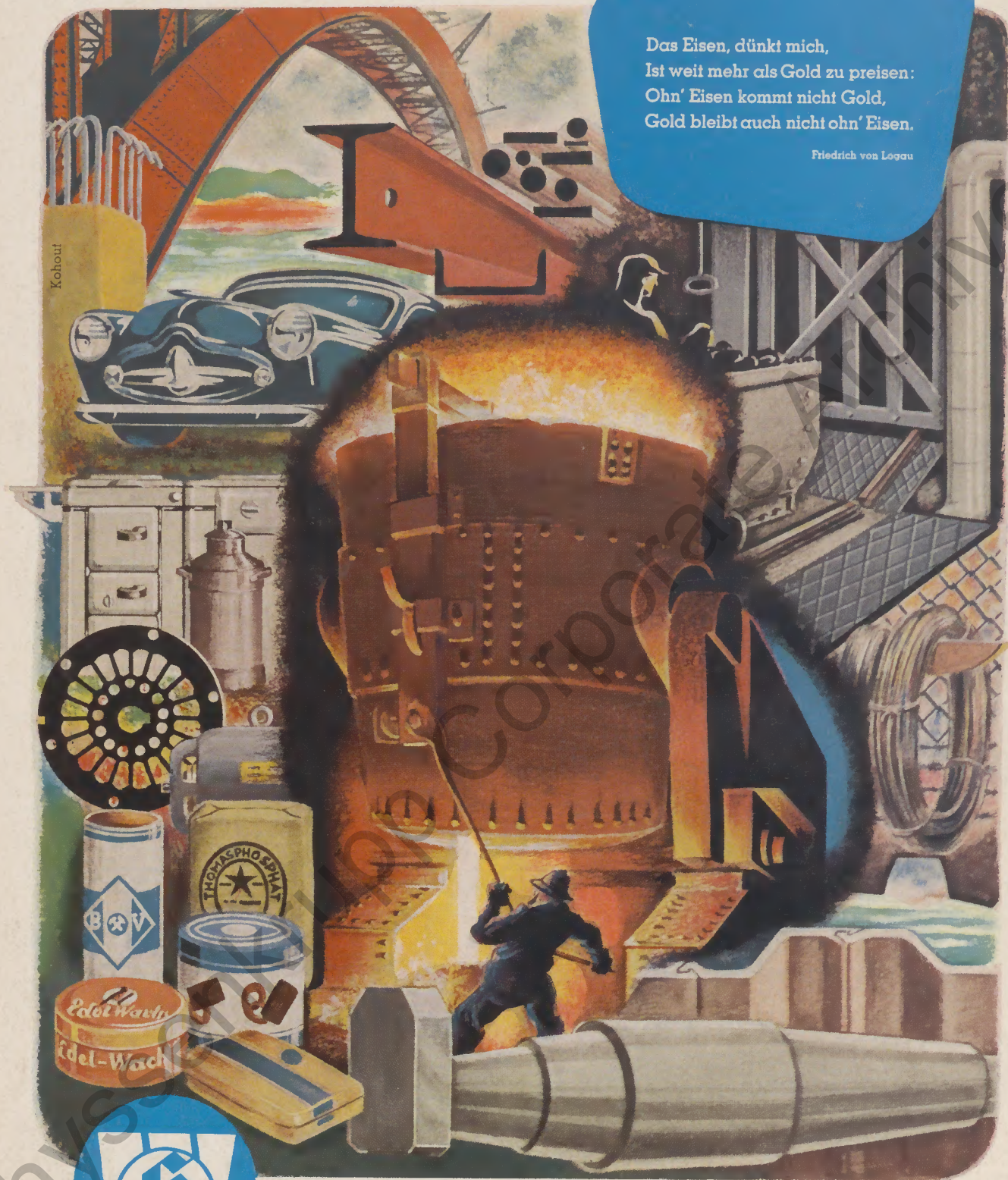
Angestellte sind bis zu einem Monatsgehalt von 500 DM krankenversicherungspflichtig. Überschreitet das Monatsgehalt 500 DM, so sind bis zum Höchstbetrage von 750 DM Beiträge in der Gruppe F abzuführen. Angestellte mit Monatsgehältern über 750 DM (Jahresarbeitsverdienst 9000 DM) sind nicht versicherungspflichtig.

Invalidenversicherungspflichtige Beschäftigte (Arbeiter, Gesellen, Gehilfen), deren Entgelt 500 DM monatlich überschreitet, haben Beiträge sowohl in der höchsten Stufe ihrer Beitragsgruppe als auch in der in Betracht kommenden Stufe der Beitragsgruppe I bis zum Höchstbetrage eines Monatsverdienstes von 750 DM zu entrichten. Übersteigt der Monatsverdienst 750 DM, so sind nur die Höchstbeiträge der beiden Beitragsgruppen anzusetzen.

Die Beiträge der Beitragsgruppe I sind in der Beitragsnachweisung für die Krankenkasse in der vorgesehenen Spalte besonders zu vermerken.

Das Eisen, dünkt mich,
Ist weit mehr als Gold zu preisen:
Ohn' Eisen kommt nicht Gold,
Gold bleibt auch nicht ohn' Eisen.

Friedrich von Logau



Wir erzeugen: Handelsbleche, Qualitätsbleche, Breitband, Handelseisen,
Qualitätsstähle, Betonsonderstahl, Oberbaumaterial, Spundwandeseisen,
Schmiedestücke, Grubenausbau, Drahterzeugnisse, Nebenerzeugnisse

WESTFALENHÜTTE AG. DORTMUND